

Über den Gebrauch „bereinigter Sprache“ durch britische Regierungsstellen zur Begründung von Gewaltanwendungen und deren Erklärung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ihres Landes

von:
Oberstleutnant Matthew R.C. Fyjis-Walker



EuroISME Diplomarbeit des Jahres 2022

Oberstleutnant Matthew R.C. Fyjis-Walker

Bereinigte Sprache

*Über den Gebrauch „bereinigter Sprache“ durch britische Regierungsstellen zur Begründung
von Gewaltanwendungen und deren Erklärung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ihres
Landes*

Aus dem Englischen von Tobias Gabel

Inhalt

1. Zusammenfassung
2. Einleitung
3. Kapitel 1: Taugt das Modell der „Stellvertreterschaft“ (*surrogacy*) für die Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in Großbritannien?
 - a) Clausewitz und die „Dreifaltigkeiten“ des Krieges
 - b) Volk und Regierung in Großbritannien – ein Fall für Clausewitz?
 - c) *Surrogacy* als Alternativmodell?
 - d) Was spräche für eine Synthese der beiden Ansätze?
4. Kapitel 2: Forschungsüberblick
 - a) Sprache, Krieg und Macht
 - b) Bereinigte Sprache
 - c) Institutionelle Macht
 - d) Politische Mythen
 - e) Öffentliche Meinung, Wissen und Interesse
 - f) Die britischen Medien und Staatsorgane
 - g) Vertrauen, Transparenz, Geheimhaltung
5. Kapitel 3: Methodik
 - a) Forschungsziele
 - b) Position des Verfassers
 - c) Das britische Veteranenkonzept des *Armed Forces Covenant*: Bezugsrahmen der Untersuchung
 - d) Forschungsdesign und Methoden
 - e) Einschränkungen und Zuverlässigkeit der Untersuchung
6. Kapitel 4: Ergebnisse
 - a) Libyen: Einleitung

- b) Das Rahmennarrativ
- c) Regimewechsel
- d) Zivile Opfer
- e) Die Situation nach der Operation
- f) Das Engagement der Anti-IS-Koalition im Irak und in Syrien: Einleitung
- g) Das Rahmennarrativ
- h) Töten bis zum Sieg?
- i) Menschenrechte und Drohneneinsatz
- j) Tendenzen?

7. Kapitel 5: Diskussion

- a) War es schon immer so?
- b) Was können wir aus diesen Vergleichen lernen?
- c) Spielt dies alles überhaupt eine Rolle?
- d) Geschmälertes Vertrauen
- e) Unverständnis
- f) Na und?
- g) Wie geht es weiter?

8. Literaturverzeichnis

Bereinigte Sprache

Über den Gebrauch „bereinigter Sprache“ durch britische Regierungsstellen zur Begründung von Gewaltanwendungen und deren Erklärung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ihres Landes

Zusammenfassung

Sprache ist nicht neutral; sie bestimmt die Perspektive des Sprechenden – und wird zugleich durch diese Perspektive bestimmt. Die vorliegende Arbeit untersucht die Rolle der „bereinigten Sprache“ – eines einflussreichen sprachlichen Spezialregisters aus Euphemismen, Abstraktionen und verunklarenden Formulierungen – beim Reden vom und über den Krieg. Wie eine kritische Diskursanalyse der Äußerungen über Militärkampagnen der jüngeren Vergangenheit zeigt, erklären die zuständigen Stellen im Vereinigten Königreich das Geschehen keineswegs so verständlich, wie es möglich und auch wünschenswert wäre. Diverse gesellschaftliche, politische und strategische Anreize lassen die Verwendung einer bereinigten Sprache opportun erscheinen; jedoch wird deutlich, dass diese Verwendung die Demokratie untergräbt und die (Rede-)Freiheit der Behördenvertreter einschränkt, was militärische Gegner womöglich ermutigt und potenzielle Verbündete abschreckt.

Einleitung

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.“

– Wittgenstein¹

Wenn die Bürgerinnen und Bürger eines Landes nur über eine beschränkte Sprache des Krieges, ein beschränktes militärisches Vokabular verfügen, wie können sie dann das ganze Ausmaß der Gewalt verstehen, die in ihrem Namen ausgeübt wird? Sprache spielt in der Beziehung zwischen einer Regierung und dem Wahlvolk eine zentrale Rolle. Mit Blick auf Gewalt ist diese Beziehung bislang noch nicht eingehend betrachtet worden.² Die vorliegende Arbeit untersucht die Rolle, die ein ganz besonders beschränkendes Sprachregister – das einer *bereinigten Sprache* nämlich – für das Bild spielt, das die Wählerinnen und Wähler sich vom Krieg machen.³

Bei dieser bereinigten Sprache handelt es sich nicht um ein klar definiertes Vokabular, sondern vielmehr um eine Art der Sprachverwendung, die darauf abzielt, das Erscheinungsbild bestimmter Geschehnisse in der Öffentlichkeit zu „säubern“ und gleichsam zu beschönigen. Zum Handwerkszeug der bereinigten Sprache gehören abstrakte Begriffe; Euphemismen, mit denen die Grenzen des gesellschaftlich Akzeptablen ausgelotet werden; die „Abtönung“ allzu emotionaler Gehalte und die zusätzliche Verunklarung ohnehin schwieriger Sachverhalte. Am Anfang dieser Studie stand das Eingeständnis ihres Verfassers, gewaltsame Konflikte selbst nicht gut genug erklären zu können; dass es bei der Sprachverwendung des Militärs in dieser Hinsicht gewisse Defizite gibt, haben freilich andere schon vorher erkannt. Matthew Parris hat eine oft geäußerte Klage zusammengefasst, als er über die Briefings und Pressekonferenzen des Militärs im Afghanistan-Einsatz schrieb: „Es fällt nicht schwer, sich ... von den Abkürzungen und Euphemismen blenden zu lassen ... [Diese Sprache] erzählt uns von Fassungslosen, die fern ihrer gewohnten Umgebung ... die Flucht vor der Realität angetreten haben.“³

¹ Ludwig Wittgenstein, *Logisch-philosophische Abhandlung/Tractatus logico-philosophicus* (Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2003), 86 [Satz 5.6].

² B. Heuser, *Clausewitz lesen! Eine Einführung*, übers. v. Birgit Krüger, Karin Hepp und Christina Schottstädt (München: Oldenbourg, 2005), 66.

³ Im Folgenden werden, der besseren Lesbarkeit wegen, die Formen „Bürger“, „Wähler“ etc. verwendet, die den weiblichen Teil der Bevölkerung natürlich einschließen. (Anm. d. Übers.)

³ M. Parris, „In the fog remember; victory is impossible in Afghanistan“, *The Times*, 4. Juli 2009.

In einem ersten Schritt wird die vorliegende Arbeit die Beziehung zwischen Regierung und Wählern durch die Linse des britischen Veteranenkonzepts *Armed Forces Covenant* betrachten, der letztlich auf die zweite Clausewitz'sche „Dreifaltigkeit“ (Volk – Regierung – Militär) zurückgeht. In Kapitel 1 wird gezeigt, dass die offiziellen Verlautbarungen in diesem Zusammenhang die Praxis nicht zutreffend wiedergeben; die Beziehung ist gestört. Krieg und Rickli haben in ihrem Modell der „Stellvertreterschaft“ (*surrogacy*) das Ausmaß dieser Störung wohl übertrieben, doch liefern sie damit eine Art von „Kontrastkonzept“, das als Ergänzung zu Clausewitz neue Nuancen zum Vorschein bringt und die Realität der Beziehung zwischen Regierung, Militär und Volk präziser erfassen kann. Die Werkzeuge der *surrogacy* sind Drohnen und einheimische Verbündete als Stellvertretertruppen; die vorliegende Studie kommt zu dem Schluss, dass im Bereich der Sprache ähnliche Mechanismen dazu beitragen können, die offenkundigen Kriegskosten öffentlicher Stellen zu reduzieren.

Die Arbeit baut auf bestehenden Argumenten auf, um eine Lücke in der Forschung zu schließen. In Kapitel 2 werden hierfür die folgenden Schlüsselbereiche eingeführt: bereinigte Sprache; Sprache, Krieg und Macht; politische Mythen; öffentliche Meinung und Medien sowie die Rolle von Vertrauen und Transparenz. Jedoch bestehen, wie in Kapitel 3 ausgeführt wird, zwei größere methodologische Lücken: Einerseits gibt es mit Blick auf die spezifische Fragestellung dieser Studie keine aussagekräftige Stichprobe über die öffentliche Meinung in Großbritannien; andererseits ist die Stichprobe, die doch erhoben wurde, vergleichsweise klein. Dies hat zur Folge, dass die Untersuchung gleichsam selbst auf „Stellvertreter“ zurückgreifen muss, um ihr Argument ins Feld zu führen – und dass ihre Schlussfolgerungen vorläufig sein werden.

Kapitel 4 stellt die Sprachverwendung in den öffentlichen Verlautbarungen über die Einsätze in Libyen und die Anti-IS-Kampagne 2011 in den Mittelpunkt. Hieraus lassen sich zwei Muster ableiten: Erstens ist Sprache, die Gewaltanwendung *rechtfertigen* soll, in der Regel klar gewählt und greift auf die Gegenüberstellung von Innengruppe und Außengruppe zurück („wir“ gegen „die“). Zweitens ist Sprache, die eine Gewaltanwendung seitens des Staates *erklären* soll, oft sehr viel weniger klar. Kapitel 5 untersucht Faktoren, die zu diesen augenscheinlichen Trends beitragen, insbesondere gesellschaftliche und politische Einflussfaktoren auf die Regierung und ihre Behörden. Dann wendet die Untersuchung sich, abschließend, den Auswirkungen eines solchen „bereinigten“ Sprachgebrauchs nach: Michaels hat überzeugend dafür argumentiert, dass die Sprachverwendung beim Militär zu

einer Beschränkung des Denkens führt,⁴ während Orwell davon ausgeht, dass die Sprache das Denken selbst reflektiert.⁵ Die vorliegende Arbeit betrachtet letztlich eine andere Problemstellung und argumentiert, dass bereinigte Sprache zwar hilfreich sein kann, ihre Verwendung am Ende jedoch nicht nur zu einem Demokratiedefizit führt, sondern auch die Handlungsfreiheit staatlicher Stellen einschränkt – und das womöglich unnötigerweise, da, wie sich herausstellt, die Öffentlichkeit beträchtliche Kriegskosten zu tolerieren bereit ist, wenn die Argumente *für* die betreffenden Militäreinsätze nur klar und deutlich vorgetragen werden.

Es wäre naiv, bei diesen Fragen einfache Antworten zu erwarten. Um konkrete Schlüsse ziehen zu können, wird weitere Forschung unabdingbar sein; jedoch steht zu hoffen, dass die im Folgenden formulierte Infragestellung des Status quo zu einer effektiveren Verteidigung des Wertes (und damit zu einer höheren Akzeptanz) „harter“ Macht führen wird – insbesondere, was die Androhung oder Anwendung von Gewalt als staatliche Handlungsinstrumente betrifft. Wenn die Öffentlichkeit den Wert einer solchen demokratisch legitimierten Gewaltanwendung nicht zu schätzen weiß und die Demokratie selbst dadurch untergraben wird, spielt dies letztlich den Feinden der Demokratie in die Hände – in Großbritannien, aber auch weltweit. Diese Studie soll dazu beitragen, dass genau dies verhindert wird – nicht durch eine Revolution, sondern durch eine Art von produktivem Ikonoklasmus.

⁴ J. Michaels, *The Discourse Trap* (London: Palgrave MacMillan, 2013).

⁵ G. Orwell, *Politics and the English language* (London: Penguin, 2013).

Kapitel 1: Taugt das Modell der „Stellvertreterschaft“ (*surrogacy*) für die Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in Großbritannien?

„Clausewitz’ zweite Dreifaltigkeit ... könnte sinnvoll weiterentwickelt werden, um die Dynamik des Verhältnisses von ziviler Politik und Militär sowie das Verhältnis von Regierung und Streitkräften zu erläutern und zu untersuchen.“⁶

Carl von Clausewitz (1780–1831) liefert uns die traditionelle „Brille“ zur Analyse zivil-militärischer Beziehungen. Allerdings ist seine Herangehensweise zuletzt infrage gestellt worden: Allzu veraltet, heißt es, sei die Perspektive, und müsse zumindest in den Einzelheiten an heutige Verhältnisse angepasst werden. Andere meinen, da sei nichts mehr zu machen: Clausewitz gehöre „auf den Müll“.⁷ Anders Krieg und Jean-Marc Rickli haben mit ihrem Konzept der „Stellvertreterschaft“ (*surrogacy*) ein Alternativmodell vorgestellt, das verspricht, über die Beziehungen zwischen der zivilen und der militärischen Sphäre neue Erkenntnisse zu gewinnen. In diesem Kapitel soll zunächst umrissen werden, wie sich diese Beziehungen in Großbritannien gestalten, das für die weitere Untersuchung über die Sprache der Gewalt den Bezugsrahmen darstellen wird.

In Großbritannien haben einige Prinzipien Gesetzesrang, die Clausewitz in einer seiner berühmtesten gedanklichen Konstruktionen, seiner sogenannten „zweiten Dreifaltigkeit“, formuliert hat. Geschaffen wurde diese Situation durch den *Armed Forces Covenant* (etwa: „Pakt für unsere Streitkräfte“), das offizielle Veteranenkonzept der britischen Regierung, mit dem diese gegenüber ihren Streitkräften die Einhaltung einer Reihe von Verpflichtungen zugesagt hat, die der Form nach ganz dem entsprechen, was Clausewitz beschreibt; dass der Clausewitz’sche Ansatz auch heute noch einen Wert hat, wird somit anerkannt. Während die britische Regierung sich für diesen einen Ansatz entschieden hat, gibt es auch noch andere, und verschiedene Aspekte der zivil-militärischen Beziehung sind verschiedentlich untersucht worden. Auch Mao Tse-tung, um nur einen zu nennen, war völlig fasziniert von dem Verhältnis zwischen Volk und Militär, und heute liefern die zivil-militärischen Beziehungen einem ganzen Forschungsfeld seinen Gegenstand. Die

⁶ Heuser, *Clausewitz lesen!*, 69.

⁷ H. Strachan, *Making strategy work: civil-military relations in Britain and the United States*. (Cambridge: Cambridge University Press. 2013), 46.

Beziehung zwischen dem (Wahl-)Volk und seiner Regierung, was den Einsatz von (militärischer) Gewalt betrifft, ist demgegenüber sehr viel weniger untersucht worden.⁸

Dieses Kapitel beleuchtet Clausewitz' „zweite Dreifaltigkeit“ (Volk, Militär und Regierung) im Kontext der „ersten“ (unten genauer vorgestellten), geht dabei auch auf seine Kritiker ein und plädiert letztlich dafür, auch gegen die Einwände prominenter Forscher in dem Clausewitz'schen Ansatz ein nach wie vor wertvolles – wenn auch etwas überstrapaziertes – Analysemodell zu erkennen. Der Verfasser schließt sich Strachan, Bassford und Villacres in ihrer Einschätzung an, dass Clausewitz sein Hauptwerk *Vom Kriege* (erschienen postum 1832–34) keineswegs im Sinne einer starren Doktrin angelegt hat, sondern vielmehr als ein flexibel zu handhabendes Analysewerkzeug; sein Ansatz ist dialektisch, nicht hierarchisch-doktrinär, und hierin liegt sein bleibender theoretischer Wert.⁹ In der Folge werden das Wesen und die Stärke der Beziehungen zwischen den Bürgern des Vereinigten Königreichs und ihrer Regierung durch eine Clausewitz'sche Linse betrachtet, wodurch einige Divergenzen zwischen dem theoretischen Sollen der jeweiligen Strukturen und ihrem Sein in der Praxis zum Vorschein kommen. Anschließend wird – als eine „Alternativlinse“ – das Konzept der Stellvertreterschaft nach Krieg und Rickli herangezogen, um zu diskutieren, ob die britische Regierung sich nicht vielleicht deshalb von den Idealen der „zweiten Dreifaltigkeit“ entfernt hat, um mit der modernen politischen Herausforderung der staatlichen Gewaltanwendung fertigzuwerden. In diesem Sinne argumentiert der Verfasser, dass Großbritannien sich von einer genauen Nachahmung der Clausewitz'schen Dreifaltigkeit entfernt hat, um sich einer freieren Interpretation anzunähern, in der die einzelnen Elemente der zweiten Dreifaltigkeit in einem zunehmend loseren Verhältnis zueinander stehen, als dies bei Clausewitz angelegt war.

a) Clausewitz und die „Dreifaltigkeiten“ des Krieges

Am Ende des ersten Kapitels seines Werks schreibt Clausewitz, der Krieg sei

„nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Fall
seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen

⁸ Heuser, *Clausewitz lesen!*, 66.

⁹ H. Strachan, Vortrag als Teil der *Sir Michael Howard Lectures*, 18. November 2020, sowie C. Bassford und E. Villacres, „Reclaiming the Clausewitzian Trinity“, in: *Parameters* 25 (1995), 17.

Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen, eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elements, dem Haß und der Feindschaft, die wie ein *blinder Naturtrieb* anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer *freien Seelentätigkeit* machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeugs, wodurch er *dem bloßen Verstande* anheim fällt.“¹⁰

Diesen drei Facetten des Krieges ordnet Clausewitz in der Folge drei menschliche Akteure zu, die entsprechend eine Art von „zweiter Dreifaltigkeit“ neben der ersten bilden. Die von ihm so genannte „ursprüngliche Gewaltsamkeit“ ist die emotionale Triebkraft eines jeden Konflikts und wird als solche gemeinhin mit dem Staatsvolk assoziiert, dessen Überzeugungen und Ansichten den Staat zum Waffengang bewegen. Dem „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“ – womit Clausewitz die vielfältigen Herausforderungen meint, mit denen sich die kämpfende Truppe konfrontiert sieht –, entspricht folglich das Militär, das die Spannungen und Reibungskräfte des Krieges zuvorderst auszuhalten hat. In seinem Buch *Rebooting Clausewitz* schreibt Christopher Coker: „... Reibungen [*friction*] ... sind das einzige, was in einem allgemein-konzeptuellen Sinne den wirklichen Krieg vom Krieg auf dem Papier unterscheidet“.¹¹ Quelle derartiger Reibungen – und Reibungsverluste – sind die unvorhersehbaren Probleme, die zur ungeplanten Abweichung von einem gefassten Plan führen und die „Praxis des Krieges“ so eminent schwierig machen. Die von Clausewitz angeführte „untergeordnete Natur [des Krieges als] eines politischen Werkzeugs“ schließlich wird für gewöhnlich mit der Regierung des kriegführenden Staates in Verbindung gebracht, deren Mitglieder dessen politischen Kurs bestimmen.¹²

¹⁰ C. von Clausewitz, *Vom Kriege. Auswahl* (Stuttgart: Reclam, 1980), 42 [Kap. 1.1]. Siehe auch C. Bassford, „The Primacy of Policy and the Trinity in Clausewitz’s mature thought“, in: H. Strachan, A. Herberg-Rothe (Hg.), *A Clausewitz in the Twenty-First Century*. (Oxford: Oxford University Press, 2007), 78.

¹¹ C. Coker, *Rebooting Clausewitz: „On War“ in the twenty-first century*. (New York: Oxford University Press, 2017), 128.

¹² Bassford und Villacres, „Reclaiming the Clausewitzian Trinity“, 10. T. Mahnken, „Strategic Theory“, in: J. Baylis, E. Cohen, C. Gray, J. Wirtz (Hg.), *Strategy in the contemporary world*, 2. Aufl. (Oxford: Oxford University Press, 2007), 72.

Die Beziehung zwischen der Nation und ihrer Regierung spielt im Krieg eine herausragende Rolle. In demokratischen Gesellschaften wird erwartet, dass die Bürger – wenigstens in einem weiteren Sinne – Anteil an der rationalen Entscheidungsfindung und der verantwortlichen Führung der Regierungsgeschäfte im Krieg nehmen. Der Abschlussbericht der Untersuchungskommission zur Rolle Großbritanniens im Dritten Golfkrieg 2003 (nach dem Vorsitzenden der Kommission Lord Chilcot oft als „Chilcot-Bericht“ bezeichnet) lässt hieran keinen Zweifel: „In einem demokratischen System kommt der Unterstützung und dem Verständnis, die in der Öffentlichkeit für einen militärischen Großeinsatz aufgebracht werden, grundlegende Bedeutung zu“.¹³ Auch Clausewitz argumentiert, dass politische Führung und (militärische) Strategie nicht das alleinige Vorrecht einer Regierung und der mit ihr verbundenen Funktionseliten sein dürfe; bei der Gestaltung ihrer politisch-strategischen Linie soll die Regierung in einen Dialog mit ihrem Militär treten – und in einen gesonderten Dialog auch mit dem Volk, dem die Regierung letztlich verpflichtet ist.¹⁴ Wie genau dieser Dialog sich gestaltet, wird in den folgenden Kapiteln noch eingehender beleuchtet. Auf der Grundlage des Clausewitz’schen Diktums, die Angehörigen eines Volkes kämpften genau dann gut, wenn sie wüssten, wofür, ließe sich argumentieren, dass auch heutige Berufarmeen nicht mehr Soldaten und Material benötigen, um erfolgreich zu sein, sondern vielmehr die Unterstützung der Bürger, in deren Namen sie eingesetzt werden.¹⁵ Eine Nation, deren Bürger verstehen, *warum* ihr Militär Gewalt anwendet, werden diesen Gewalteinsatz mit einer höheren Wahrscheinlichkeit gutheißen; auch hierauf wird später noch genauer eingegangen. Dieser Denkansatz ist in der Vergangenheit zur Erklärung sowohl von militärischen Erfolgen als auch von Niederlagen herangezogen worden. Nach der – allerdings nicht unumstrittenen – Analyse des US-Offiziers Harry G. Summers war die offenbare Nichtbeachtung der Clausewitz’schen Dreifaltigkeit ein entscheidender Faktor für das militärische Scheitern der Amerikaner in Vietnam. Insbesondere, so Summers, habe die fehlende Identifikation der amerikanischen Öffentlichkeit mit den Zielen des Vietnamkriegs dazu geführt, dass eine öffentliche Unterstützung dieses Krieges – und damit letztlich der Krieg selbst – kaum noch aufrechtzuerhalten war; hieran scheiterte schließlich auch die US-Regierung. In neuerer Zeit hat General David Petraeus dieselbe „Clausewitz’sche

¹³ Bassford und Villacres, „Reclaiming the Clausewitzian Trinity“, 13, und J. Chilcot, *The Report of the Iraq Inquiry*. (London: House of Commons, 2016), 129.

¹⁴ R. Harris und H. Strachan *The Utility of Military Force and Public Understanding in Today’s Britain* (RAND Europe, 2020), ii und 16.

¹⁵ Ebd., ii und 17.

Analysebrille“ zur Anwendung gebracht, ist dabei jedoch zu einer abweichenden Einschätzung gelangt: Der Beziehungsabbruch zwischen dem US-Militär und seiner Regierung sei der entscheidende Faktor gewesen.¹⁶ In gewisser Hinsicht schließen diese beiden Antworten einander nicht aus und zeigen beide, welchen Wert die Clausewitz'schen Dreifaltigkeiten bei der Analyse von Kriegen, der Kriegführung und der mit ihnen assoziierten Beziehungsgefüge haben.

Anders als Summers und Petraeus haben manche, vor allem neuere, Autoren davor gewarnt, auf Clausewitz allzu unbedarft zurückzugreifen. Unter anderem ist Clausewitz mit Blick auf seinen Begriff des Volkes – des Staats- oder Wahlvolks – kritisiert worden, und das in zweifacher Hinsicht. Erstens schreibt Martin van Creveld, habe Clausewitz die Rolle des Volkes im Krieg nicht tiefgehend genug betrachtet: „Das dritte Element im Clausewitzschen trinitarischen Krieg, das Volk, tauchte in der Gleichung überhaupt nicht erst auf.“¹⁷ Insbesondere weist van Creveld darauf hin, dass Clausewitz die Rolle des Volkes als *Kriegsopfer* vernachlässige; doch mag dies daran liegen, dass der preußische Theoretiker natürlich stark durch seine eigene Gegenwart geprägt war und Zivilisten in der Epoche Napoleons und der Befreiungskriege normalerweise nicht sehr stark von den Auswirkungen eines Krieges betroffen waren. Im Übrigen hat schon Raymond Aron ähnliche Einwände gegen Clausewitz mit dem Argument gekontert, dass dieser zwar die Auswirkungen von Gewalt auf die zivile, am eigentlichen Krieg unbeteiligte Sphäre nicht explizit thematisiere; dass eine solche Analyse in Clausewitz' Schriften jedoch implizit angelegt sei.¹⁸ Und Coker merkt an, dass Clausewitz sich durchaus auch für Zivilisten interessiere.¹⁹ Zweitens haben sowohl John Keegan als auch van Creveld ein großes Fragezeichen hinter die Clausewitz'sche Grundannahme gesetzt, dass Regierung, zivile Öffentlichkeit und Militär stets klar voneinander geschieden seien – ja, sie haben sogar infrage gestellt, ob diese Kategorien tatsächlich unter allen Umständen gegeben sein müssen. Die Kommentatoren sehen hierin ein Defizit von Clausewitz' Ansatz, insbesondere bei der Beschäftigung mit Volkskriegen, in denen die Grenzziehung zwischen den genannten Kategorien mitunter schwierig ist – oder

¹⁶ Heuser, *Clausewitz lesen!*, 67.

¹⁷ Martin van Creveld, *Die Zukunft des Krieges*, übers. v. Klaus Fritz und Norbert Juraschitz (München: Gerling Akademie Verlag, 2001), S. 89.

¹⁸ Heuser, *Clausewitz lesen!*, 66.

¹⁹ Coker, *Rebooting Clausewitz*, 119.

tatsächlich wegfallen mag,²⁰ wie van Creveld ausführt: „Die charakteristischste Tatsache ... ist gerade die, dass es solche Abgrenzungen gar nicht gab.“²¹ Aron gesteht in demselben Zusammenhang ein, dass Clausewitz' Analyse in diesem Punkt nicht gerade ausführlich sei, meint jedoch, dass die Clausewitz-Kritiker diesem zu Unrecht einen dogmatisch-doktrinären Ansatz unterstellten, wo er doch zuvorderst dialektisch gedacht habe. Jedoch entgeht Aron, dass so gut wie jeder Konflikt, der in einer Gesellschaft organisiert wird, irgendeine Art von Führung haben wird, eine Menge von Kämpfern (oder jedenfalls von denen, die entsprechende Operationen ausführen) und eine unterstützende Basis.²² Bassford und Villacres treten sehr dafür ein, dass diese „losere“ Beschreibung eine zutreffende Synonymik für die Clausewitz'schen Originalbegriffe ergebe – und dass dessen analytische „Brille“ folglich weiterhin relevant bleibe.²³ Dies erschließt sich jedoch nur dann, wenn dem Analytiker die Unterscheidung zwischen den beiden Clausewitz'schen Dreifaltigkeiten bewusst ist.

b) Volk und Regierung in Großbritannien – ein Fall für Clausewitz?

Wenn wir uns nun der spezifischen Situation in Großbritannien zuwenden, so ist es Clausewitz' zweite Dreifaltigkeit, die der britischen Regierung als enges Vorbild für ihren *Armed Forces Covenant* (AFC) zur Kodifizierung der zivil-militärischen Beziehungen gedient hat. Folglich kann die eingehende Betrachtung der Clausewitz'schen Vorlage zur Erläuterung und Untersuchung der zivil-militärischen Beziehungen im Vereinigten Königreich einiges beitragen. Im AFC sind die wechselseitigen Verpflichtungen der Nation (hier verstanden im Sinne des [Wahl-]Volkes), der Streitkräfte und der Regierung festgehalten (s. Abb. 1); die Grundprinzipien dieses Modells haben durch den *Armed Forces Act 2011* Gesetzeskraft erlangt.²⁴ Der AFC ist zwar hauptsächlich dazu gedacht, die militärische Gemeinschaft (also die Angehörigen der Streitkräfte und deren Umfeld) zu unterstützen; in der vorliegenden Studie wird jedoch zwangsläufig die Beziehung zwischen der Nation/dem Wahlvolk und der britischen Regierung im Mittelpunkt stehen.²⁵ Das Wahlvolk soll (die Regierung) *stützen* und die Politik (der Regierung) *verstehen*, während die Regierung verspricht, ihre Handlungen

²⁰ Ebd., 53.

²¹ M. van Creveld, „The Transformation of War Revisited“, *Small Wars & Insurgencies* 13 (2002), 8.

²² Heuser, *Clausewitz lesen!*, 66.

²³ Bassford und Villacres, „Reclaiming the Clausewitzian Trinity“, 15 und 17.

²⁴ Britisches Verteidigungsministerium, *The Armed Forces Covenant* (2000), 10.

²⁵ Dr. Sarah Ingham, Interview mit dem Verfasser, 27. April 2021.

(dem Volk gegenüber) zu *rechtfertigen* und zu *erklären*, aber auch, (das Volk) zu *führen*. Im AFC ist deutlich ausgesprochen, dass keine der genannten Verpflichtungen von irgendeiner anderen abhängt; doch da die Regierung als Urheberin des ganzen Modells fungiert, ist insbesondere sie verpflichtet, die Bestimmungen der Vereinbarung auch einzuhalten.²⁶

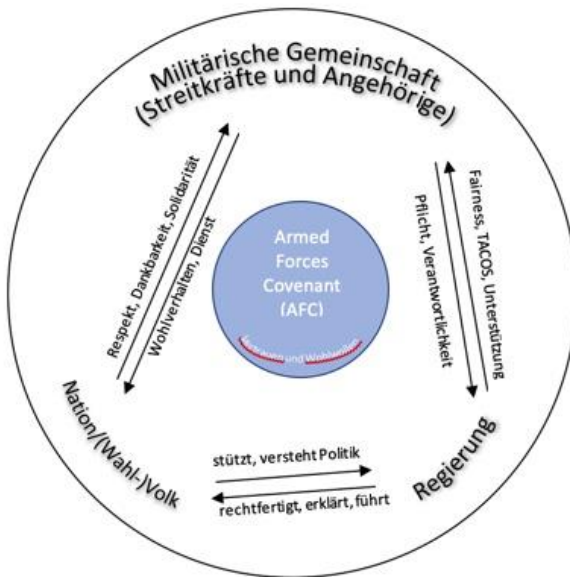


Abb. 1: Der *Armed Forces Covenant* (AFC):
Beziehungen und Verpflichtungen der Beteiligten untereinander²⁷

Zwar beruht der AFC im Grunde auf einem Gesellschaftsvertrag, in dem die Regierung das Gewaltmonopol innehat und von der Öffentlichkeit (dem Volk) für die Ausübung dieses Monopols zur Verantwortung gezogen wird; jedoch ist in der Ausformulierung des AFC keine Rede davon, wie genau das Volk seiner demokratischen Verantwortung nachkommen solle – oder auch nur davon, wie die Öffentlichkeit sich *überhaupt* gegenüber dem Einsatz von Gewalt bzw. der Kriegführung positionieren solle.²⁸ Während die britische Regierung sich

²⁶ Ebd.

²⁷ Britisches Verteidigungsministerium, *The Armed Forces Covenant*, 10.

²⁸ V. Rauta, „Delegation in distress; an ever-growing semantic field?“, in: A. Rauta u. a., „A Symposium – Debating ‚surrogate warfare‘ and the transformation of war“, *Defence Studies* 19 (2019), 417.

also eine dem Clausewitz'schen Modell verpflichtete Doktrin zu eigen macht, macht sie nicht deutlich, durch welche Mechanismen die zentrale Beziehung zwischen Nation und Regierung sich im Einzelnen auswirken solle; vielmehr bleibt der Regierung ein erheblicher Spielraum, um die Rahmenbedingungen der Beziehung auszugestalten.

In diesem Zusammenhang haben Harris und Strachan die Auffassung vertreten, dass das Wahlvolk und die Regierung Großbritanniens in dreifacher Weise miteinander verbunden seien, was die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols angeht: Erstens komme dem Wahlvolk die Aufgabe zu, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen; zweitens kommuniziere die Öffentlichkeit mit der Regierung über die Anwendung von Gewalt; drittens habe das Volk gegebenenfalls die Kosten der Gewaltanwendung zu tragen.²⁹ Wie stark diese Bindung zwischen Volk/Öffentlichkeit und Regierung sich ausprägt, ist unterschiedlich: Der im Folgenden präsentierte Befund stellt die Auffassung, dass zwischen beiden eine enge Bindung bestehe, zumindest infrage; für deren völlige Zurückweisung reicht er jedoch nicht aus.

Zunächst sollte bedacht werden, dass die Staatsform des Vereinigten Königreichs eine repräsentative, nicht eine partizipative Demokratie ist, was der Regierung eine gewisse Flexibilität in der Frage verschafft, inwieweit die Öffentlichkeit Einblick in die Regierungsgeschäfte erhalten soll (oder eben nicht); ferner in der Frage, wie die Regierung Gewaltanwendung rechtfertigt; und zuletzt beeinflusst dies auch das Ausmaß des öffentlichen Interesses (oder Anscheins von Interesse) an Fragen von Krieg und Gewalt.³⁰ Im Allgemeinen wählt das Wahlvolk Parlamentsabgeordnete, die in seinem Namen die Regierung zur Rechenschaft ziehen sollen;³¹ doch hat sich die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Gewaltanwendung in letzter Zeit deutlich gewandelt: durch neue und direktere Kommunikationswege; durch eine allgemeine Abneigung der Öffentlichkeit gegen alles, was mit Gewalt zu tun hat; auch dadurch, dass immer weniger Parlamentarier über die nötige militärische Erfahrung verfügen, um die Gewaltanwendung der Regierung beurteilen zu können.³² Die routinemäßige parlamentarische Kontrolle militärischer Gewaltanwendung ist nach allgemeinem Dafürhalten eher schwach ausgeprägt; die Abstimmung zum Syrieneinsatz 2013 war eine auffallende Ausnahme von dieser Regel. Die Sonderausschüsse des Parlaments erfüllen die genannte Funktion bis zu einem gewissen Grad, doch tun auch sie

²⁹ Harris und Strachan, *The Utility of Military Force and Public Understanding in Today's Britain*, 19–22.

³⁰ Ebd., 21.

³¹ A. Forster, *Armed Forces and Society in Europe*. (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2006), 26.

³² Harris und Strachan, *The Utility of Military Force and Public Understanding in Today's Britain*, 20.

dies nur sporadisch, und für die verantwortlichen Minister gibt es durchaus Mittel und Wege, sich der Aufsicht der Ausschüsse zu entziehen.³³ Angesichts all dessen kommt Stewart zu dem Schluss, dass im Sinne einer Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber der Öffentlichkeit auf das Parlament kein Verlass sei.³⁴ Tatsächlich hat die parteiübergreifende Parlamentariergruppe zum Thema Drohnen der britischen Regierung vorgeworfen, sie lasse es in Sachen Militäreinsätzen – und insbesondere in der Zusammenarbeit mit den entsprechenden parlamentarischen Ausschüssen – an Transparenz fehlen.³⁵ Als Konsequenz hieraus besitzt die britische Wählerschaft nur begrenzte formaldemokratische Mittel, die Regierung zur Rede zu stellen, und die Regierung kann sich ihrer Pflicht zur gründlichen Rechtfertigung des eigenen Vorgehens – wie sie im AFC verpflichtend festgeschrieben ist – ungehindert entziehen.

Das zweite Problem betrifft die Kommunikation zwischen dem Volk und seiner Regierung; hier hat in den letzten Jahren ein beträchtlicher Wandel eingesetzt und die traditionelle Sichtweise dieser Beziehung eingetrübt. Eine Vielzahl neuer Technologien und Kommunikationswege ermöglicht es einzelnen Bürgern, in direkten Kontakt mit der Regierung zu treten, um auf diese Weise den Entscheidungsprozess der Eliten über eine Gewaltanwendung zu verstehen, aber auch zu infrage zu stellen, ganz so, wie es ihrer Verpflichtung durch den AFC entspricht. Die Regierung und staatliche Stellen nutzen diese Kommunikationswege ebenfalls, sind dabei jedoch sehr viel zurückhaltender (vielleicht, weil sie sich dann weniger rechtfertigen müssen). Von Regierungsseite betrachtet, bergen die neuen Kommunikationsmöglichkeiten genauso viele Risiken wie Chancen. Durch den technologischen Wandel können die Eliten die öffentlichen Debatten und Narrative nicht mehr so eng kontrollieren wie zuvor. Bisweilen ist sogar argumentiert worden, dass die bisherige Dominanz der Regierung in ihrer Beziehung zu Volk und Öffentlichkeit dadurch ins Wanken gerate. Die traditionelle Presse spielt als vermittelnde Instanz zwischen der Elite und der Öffentlichkeit noch immer eine entscheidende Rolle; jedoch wird auch sie durch den Einsatz neuer Technologien geschwächt, die von den Bürgern eingesetzt werden. Regierung und Wahlvolk Großbritanniens passen sich an diese neuen Kommunikationsmöglichkeiten an, insbesondere auch bei der Kommunikation über die Anwendung von militärischer

³³ Ebd., 21.

³⁴ R. Stewart, Interview mit dem Verfasser, 27. Mai 2021.

³⁵ Fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe Drohnen (APPG), *The UK's Use of Armed Drones: working with partners*. www.appgdrones.org.uk (2018), 8.

Gewalt.: Während die Bürgerinnen und Bürger durch neue Kommunikationswege Gelegenheit erhalten, ihren im AFC festgehaltenen Verpflichtungen nachzukommen, die Politik besser zu verstehen und ihren Anliegen auf neue Weise Geltung zu verschaffen, erscheint die Regierung vorerst noch zurückhaltend, was zu einer verbreiteten Unzufriedenheit über die ungleiche Interaktion zwischen Regierung und Öffentlichkeit geführt hat.³⁶ Die Rolle der Presse wird in Kapitel 2 ausführlicher diskutiert.

Zum Dritten trägt die Nation die Kosten auswärtiger Gewaltanwendung, vor allem in der Form von getöteten Soldaten, aber auch im Sinne der materiellen Kriegskosten. Während der jüngsten Einsätze des britischen Militärs in Afghanistan und dem Irak sind getötete britische Soldaten zu einem Politikum ersten Ranges geworden, wie David Whetham in seinem Aufsatz „Neither Victors nor Victims“ („Weder Sieger noch Opfer“) erläutert. Whetham führt aus, dass die britische Wählerschaft mit der Regierung eine intensive Auseinandersetzung über diese Toten aus der „eigenen Mannschaft“ geführt hat. Von Regierungsseite befürchtete man so sehr, diese Kosten des Krieges seien nicht tragbar, dass das britische Verteidigungsministerium offenbar versucht hat, die öffentliche Sichtbarkeit der britischen Kriegstoten zu minimieren, indem man in aller Stille die Route änderte, auf der die Leichen der Gefallenen im Anschluss an ihre Überführung nach Großbritannien zur gerichtsmedizinischen Begutachtung gebracht wurden.³⁷ Was die materiellen Kriegskosten betrifft, so hat Großbritannien in jüngerer Zeit nur selten Kriegskosten schultern müssen, die klar und deutlich als solche erkennbar gewesen wären. Wenn britische Schatzkanzler – als Finanz- und Wirtschaftsminister ihrer Regierung – in den letzten Jahren etwa ihre Steuerpolitik erläutert haben, so geschah dies nur selten unter Verweis auf Kriegseinsätze. Selbst bei den Einsätzen in Afghanistan und dem Irak wurde dies nicht thematisiert; vielmehr hat das britische Finanzministerium die entsprechenden Mehrkosten jeweils „geschluckt“, ohne viel Aufhebens darum zu machen.³⁸ Die Prüfung der öffentlichen Ausgaben in der Spending Review 2020 war eine der am stärksten politisch aufgeladenen (und öffentlich wahrgenommenen) Auseinandersetzungen zwischen dem britischen Finanz- und dem Verteidigungsministerium; immerhin erhielt der Verteidigungshaushalt durch ein auf zehn Jahre angelegtes Investmentprogramm eine erhebliche Finanzspritze – und das mitten in der

³⁶ Harris und Strachan, *The Utility of Military Force and Public Understanding in Today's Britain*: 21–22.

³⁷ D. Whetham, „Neither Victors nor Victims“, in: A. Hom, C. O'Driscoll und K. Mills (Hg.), *Moral Victories: The Ethics of Winning Wars*, (2017), 176–198.

³⁸ Harris und Strachan, *The Utility of Military Force and Public Understanding in Today's Britain*, 21.

Corona-Pandemie.³⁹ Die Reaktionen hierauf in der Öffentlichkeit – wenn auch nicht in der Presse – blieben verhalten, was womöglich zur einer Analyse der Stimmung vor den britischen Wahlen passt: In einer Umfrage des Meinungsforschungsportals YouGov hatten nur 5 Prozent der Befragten der Landesverteidigung und dem Militär eine hohe Bedeutung zugemessen, womit dieser Themenbereich auf der Liste der Themen, die das britische Volk bewegten, weit unten rangierte.⁴⁰ Die Folge hieraus ist, dass die Öffentlichkeit sich für Kriegskosten nur dann interessiert, wenn sie gleichsam „real“ geworden sind und persönliche Tragödien die öffentliche Stimmung anheizen. Die Regierung tut nur wenig, um hieran etwas zu ändern, ja sie versucht womöglich sogar, das Thema aktiv zu vermeiden, und zieht sich dementsprechend aus einer aktiven Gestaltung ihrer im AFC vorgesehenen Beziehung zur nationalen Öffentlichkeit zurück. Diese Problematik wird im Folgenden noch einmal aufgenommen, wenn es darum geht, aus den vorgestellten Hauptproblemen und -argumenten zu möglichen Schlüssen zu gelangen.

c) *Surrogacy* als Alternativmodell?

Diese Deutung der jüngsten Entwicklungen legt nahe, dass in Großbritannien demokratische Strukturen zwar existieren, die für Beziehungen zwischen Volk und Regierung im Clausewitz'schen Sinne günstige Rahmenbedingungen schaffen; dass jedoch die tatsächliche Ausprägung einer starken Beziehung zwischen der britischen Regierung und der Wählerschaft eher zweifelhaft erscheint. Tatsächlich scheint die britische Regierung auch wenig daran interessiert, diese Beziehung zu stärken. Bringt man eine andere „analytische Brille“ in Anschlag, kann man auch zu dem Schluss gelangen, dass die Regierung in Großbritannien überhaupt keine solche Beziehung in ihrer Clausewitz'schen Reinform verfolgt, sondern vielmehr bewusst auf deren Umformung hinarbeitet. Das Buch des Soziologen Martin Shaw *The New Western Way of War* beispielsweise kommt zu einem solchen Schluss, auch wenn Shaw Clausewitz durchaus einen gewissen Wert beimisst und sich stark auf die technologischen Aspekte der Kriegführung fokussiert.⁴¹ Andreas Krieg und Jean-Marc Rickli wiederum haben argumentiert, dass Regierungen sich – von einem Clausewitz'schen Standpunkt aus gesehen – „anti-trinitarische“ Kriegskonzepte zu eigen

³⁹ Presseerklärung der britischen Regierung, „PM to announce largest military investment in 30 years“ (2020). www.gov.uk.

⁴⁰ YouGov, *Which issues will decide the general election?* 7. November 2019, www.yougov.co.uk.

⁴¹ Coker, *Rebooting Clausewitz*, xi.

machten, um mit den vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart fertigzuwerden, insbesondere indem sie die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren organisierter Gewaltanwendung umformten.

Krieg und Rickli bezeichnen ihr Konzept der „stellvertretenden Kriegführung“ (*surrogacy warfare*) als einen „Bruch mit dem klassischen [Clausewitzisch-]trinitarischen Modell des Krieges“. Die stellvertretende Kriegführung definieren sie als „den konzeptuellen Schirm, unter den alle Externalisierungstendenzen zu fassen sind, durch welche die eigentliche Last der Kriegführung auf Hilfs- bzw. Ersatztruppen und [technologische] Plattformen verlagert wird“,⁴² worunter beispielsweise auch Technologien wie Drohnen fallen, aber auch die im militärischen Bereich altbekannten „Stellvertretertruppen“. Letztlich handelt es sich bei der stellvertretenden Kriegführung um den Versuch der jeweiligen Regierung, die eigenen Kriegskosten, d. h. auch die von der eigenen Wählerschaft und den eigenen Truppen zu tragenden Kosten und Verluste, so gering wie möglich zu halten. Derartige Bestrebungen zur Reduktion der Kriegskosten sind ebenso rational wie traditionell; doch sind Krieg und Rickli der Auffassung, dass sie in jüngerer Zeit eben nicht mehr nur eine Begleiterscheinung „normaler“ Gewaltanwendung dargestellt hätten, sondern vielmehr zur neuen Norm geworden seien. Dies habe es Regierungen ermöglicht, als Sicherheitsakteure die Zügel in der Hand zu behalten, ohne sich die damit normalerweise einhergehenden „trinitarischen Kosten“ einzuhandeln. Diese Kosten sind in zunehmendem Maße auch politischer Natur, sind nicht mehr ausschließlich in den Maßstäben finanzieller und menschlicher Verluste zu bemessen. Das Zusammenkommen dieser mehrfachen Kosten macht es aus politischer Sicht attraktiv, die Last der Kriegführung auf einen externen Stellvertreter abzuwälzen, da dieser Stellvertreter – zumindest bei einer dogmatischen Auslegung der Clausewitz’schen Dreifaltigkeit – außerhalb der hierfür maßgeblichen Sphäre angesiedelt ist. Indem „die Last der Kriegführung externalisiert wird“, so Krieg und Rickli, verlagerten Regierungen politischen und emotionalen Druck, der von ihrem Wahlvolk ausgehe, auf die Stellvertreter, wodurch sich die Beziehung Wahlvolk–Regierung in eine Beziehung Wahlvolk–Stellvertreter verwandle: „Die stellvertretende Kriegführung durchtrennt die gesellschaftlichen und politischen Bindungen [der Clausewitz’schen Dreifaltigkeit]“. Als Beispiel hierfür verweisen die Autoren auf die Übertragung der öffentlichen Aufmerksamkeit – in nationaler wie

⁴² A. Krieg und J.-M. Rickli, „Surrogate warfare: the art of war in the 21 Century?“, *Defence Studies* 18 (2018), 115.

internationaler Perspektive – von einer „Sponsor-Regierung“ auf den von ihr gesponsorten Stellvertreter, wie sie etwa im Fall der kurdischen Peschmerga-Kämpfer in ihrem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) im Irak und in Syrien beobachtet werden könne. Die Sponsormächte in diesem Fall seien eben Großbritannien (und die Vereinigten Staaten), die mit Blick auf ihre eigenen Soldaten eine „Strategie der nichtkämpfenden Truppe“ (*a no boots on the ground policy*) verfolgten.⁴³ Es deutet etliches darauf hin, dass auch Großbritannien ein breiteres Spektrum militärischer Stellvertreter-Technologien entwickelt, teils um die Gefahr einer Tötung eigener Soldaten in einem Konflikt zu reduzieren. Hierzu gehört etwa die Modernisierung der britischen Drohnenflotte des Typs „Reaper“, aber auch die Entwicklung eines unbemannten „Flügelmanns“ für künftige Kampfflugzeuge sowie ferngesteuerte Unterwasserfahrzeuge.⁴⁴ In all diesen Punkten erscheint die Stellvertreterschaft als ein zentrales Element der militärischen Methodik Großbritanniens – nicht erst in ferner Zukunft, sondern schon heute.

Es überrascht nicht, dass dieser Vorschlag zu einer Modifizierung des Clausewitz'schen Modells umstritten ist. Vladimir Rauta beispielsweise ist überhaupt nicht angetan von der Idee, dass das Konzept der Stellvertreterschaft eine neue Alternative zu der alten Dreifaltigkeit bieten könnte, gesteht aber immerhin ein, dass es eine Art „Neo-Trinitarianismus“ in einem modernen Kontext bedeuten könne. Insbesondere greift Rauta die von ihm als zu locker empfundene Definition von Stellvertreterschaft an, womit er jedoch neuere Bemühungen (etwa von Heuser und anderen), verschiedene Arten von Stellvertreterschaft gegeneinander abzugrenzen, geflissentlich übergeht; außerdem übersieht Rauta die Möglichkeit, dass die Stellvertreter in ihrer Beziehung zum Sponsor tatsächlich die dominanten Akteure sein können, die sich Unterstützung von außen verschaffen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen.⁴⁵ Christopher Rickland hat angemerkt, dass das Konzept der Stellvertreterschaft keineswegs so neu sei, wie manche meinten; außerdem sei es mit denselben Argumenten angreifbar, die auch schon gegen die Theoretiker der *New Wars* vorgebracht wurden. Zwar enthalte das Konzept der Stellvertreterschaft manches Wahre, doch trage es eher zum „konzeptuellen Chaos auf diesem Forschungsgebiet“ bei als zu einer Klärung.⁴⁶ Krieg und Rickli formulieren zwar einen tauglichen analytischen

⁴³ Ebd., 116 und 117.

⁴⁴ APPG *The UK's Use of Armed Drones: working with partners*, 22.

⁴⁵ V. Rauta, „Delegation in distress: an ever-growing semantic field“, 418.

⁴⁶ C. Rickland, „Iran's surrogate warfare and the future of the concept“, in: A. Rauta u. a., „A Symposium – Debating 'surrogate warfare' and the transformation of war“, *Defence Studies* 19 (2019), 420–421.

Kontrapunkt zur traditionellen „Brille“ der Clausewitz’schen Dreifaltigkeit; ihre Argumente sind jedoch nicht stark genug, um Clausewitz selbst ad acta legen zu können.

d) Was spräche für eine Synthese der beiden Ansätze?

Wie deutlich wird, können das Clausewitz’sche Dreifaltigkeits- und das Krieg-Rickli’sche Stellvertreter-Modell bis zu einem gewissen Grad durchaus nebeneinander bestehen: Beide Modelle erweisen sich als brauchbare Werkzeuge, um die Beziehung zwischen Wahlvolk und Regierung in Großbritannien zu erfassen. Die Stellvertreter könnte, wenn man sie weniger streng auslegt, auch als Ergänzung zu Clausewitz taugen, um die wechselseitige „Beziehungsarbeit“ der britischen Regierung und Bürger besser zu verstehen. Der britische Befund zeigt außerdem, dass die Struktur des demokratischen Regierungssystems einen Rahmen bietet, der für die Ausbildung einer fluiden Beziehung zwischen Regierung und Nation geeignet ist. Beide Seiten, Regierung wie Wahlvolk, können aktiv zur Stärkung (oder eben Schwächung) dieser Beziehung beitragen. Wie auch in anderen Ländern erscheint die Bevölkerung Großbritanniens zurzeit vergleichsweise apathisch,⁴⁷ und die Regierung ist bemüht, den auf sie (vom Volk) ausgeübten Druck durch den Einsatz von Stellvertretern zu reduzieren. Allerdings ist der britischen Regierung klar, dass sie sich nicht völlig vom Wahlvolk lösen kann; das kommt im AFC ja deutlich zum Ausdruck. Aus diesem Grund hat sie auch davor zurückgeschreckt, die Wählerschaft weitgehend zu entrenchen, wie es – so Summers – die amerikanischen Regierungen in der Zeit des Vietnamkriegs taten und dafür einen hohen Preis zahlen mussten. Wir haben es hier also nicht nur mit einem Clausewitz’schen, sondern mit einem allgemein-demokratischen Problem zu tun. Die britische Regierung bemüht sich daher, die Stärke und Schwerpunktsetzung ihrer Beziehung zum Wahlvolk selbst zu kontrollieren – und hat dabei natürlich ihren eigenen Vorteil im Blick: Sie erkennt die Bedeutung der Beziehung zwischen Regierung und Wahlvolk an, schöpft zugleich aber die Vorteile der Stellvertreterschaft aus. Möglichweise sollte man diesen Zustand also nicht als eine komplette Verlagerung der Beziehung, sondern vielmehr als ihre – von der Regierung betriebene – Verwässerung beschreiben.

⁴⁷ J. Mueller, *War, Presidents and Public Opinion* (New York: John Wiley, 1973), 59, und YouGov, *Which issues will decide the general election?*

Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, gibt es – trotz ernstzunehmender Auflösungserscheinungen an den Rändern – noch immer einen demokratischen Rahmen, in der eine Clausewitz'sche Beziehung zwischen Regierung und Nation aufrechterhalten werden kann. Und trotz scharfer Angriffe durch neuere Autoren wie Keegan und van Creveld kann Clausewitz' Ansatz auch weiterhin als ein analytisches Werkzeug dienen, als eine dialektische Methode, nicht eine dogmatische Lehre, zum besseren Verständnis von auswärtiger Gewaltanwendung. Harris und Strachan legen Belege dafür vor, dass die Clausewitz'sche Beziehung zwischen Regierung und Wahlvolk in Großbritannien erkennbar belastet ist – als Beziehung bleibt sie aber dennoch bestehen. Anhand des schwachen, aber immerhin funktionierenden System parlamentarischer Kontrolle in Großbritannien, einer vorsichtigen Kommunikationsstrategie gegenüber der Öffentlichkeit und ebenso zurückhaltenden Erklärungen zu den finanziellen Kosten militärischer Einsätze wird deutlich, dass die britische Regierung sich ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Volk bewusst ist; jedoch unternimmt sie nur wenig, um die sich hieraus ergebende Beziehung zu stärken oder zu vertiefen. Die von Krieg und Rickli unter dem Schlagwort der „Stellvertreterschaft“ vorgeschlagene Sichtweise verdeutlicht tatsächlich noch weiter, wie die Regierung ihre Beziehung zu den Bürgern kontrollieren möchte, indem die Kosten des Gewalteinsatzes auf technologische oder menschliche Stellvertreter abgewälzt werden. Dieser Ansatz ist zwar weder ganz neu noch völlig überraschend, doch argumentieren die Autoren, dass die Dominanz solcher Stellvertretertaktiken als neuer Standard der Gewaltanwendung sie auf eine Ebene mit dem Clausewitz'schen Modell hebe, so dass die beiden Analyseansätze gleichberechtigt nebeneinander stünden. Die Kritik an Krieg und Rickli zielt vor allem auf die mangelnde Originalität von deren Ansatz und die wenig hilfreiche Breite ihres Konzepts, hebt aber auch den Umstand hervor, dass Stellvertreter durchaus Akteure mit eigenen Handlungsmotivationen sein können. All dieser Kritik zum Trotz kann doch kaum bestritten werden, dass die Beschreibung des Einsatzes von Stellvertretern durch Großbritannien tatsächliche Verhaltensweisen der britischen Regierung zutreffend erfasst. Immer wieder hat Großbritannien in den letzten Jahren Stellvertreter und Partner unterstützt, um den britischen Interessen zu Diensten zu sein, beispielsweise im Irak. Für die Zukunft lässt sich absehen, dass mit Hochdruck an der Entwicklung technologischer Stellvertreter zum Einsatz durch die britischen Streitkräfte gearbeitet wird. Doch selbst dies bedeutet noch nicht, dass der Clausewitz'sche Ansatz als Analyseinstrument veraltet wäre – noch heißt es, dass

britische Regierungen das Wahlvolk bei der Formulierung und Umsetzung von Strategien zur Anwendung von Gewalt ganz einfach ignorieren könnte. Eine weniger strikte Interpretation des Stellvertretermodells von Krieg und Rickli könnte tatsächlich gut zu einer etwas lockerer gefassten Analyse auf Clausewitz'scher Grundlage passen, wenn auf beiden Seiten gewisse Kompromisse eingegangen würden.

Wenn man akzeptiert, dass die beiden Ansätze keinen dogmatischen Charakter haben und einander nicht ausschließen müssen, gewinnt man den nötigen Spielraum, um die Beziehung zwischen Regierung und Wahlvolk in Großbritannien nuancierter zu erfassen. In der vorliegenden Arbeit kommt deshalb ein solcherart modifizierter Clausewitz'scher Ansatz zum Tragen, um die Rolle von Sprache bei der Einbindung (oder dem Ausschluss) des Volkes im Prozess der Gewaltanwendung zu untersuchen; dies mag unter Umständen eine erste Stufe in Richtung der völligen Stellvertreterschaft darstellen. Als nächstes soll nun eine Reihe weiterer Konzepte betrachtet werden, die für die spätere Argumentation entscheidend sind.

Kapitel 2: Forschungsüberblick

In seinem 1991 erschienenen Buch *La Guerre de Golfe n'a pas eu lieu* („Der Golfkrieg hat nicht stattgefunden“) argumentiert der französische Philosoph Jean Baudrillard, die visuelle Repräsentation des Zweiten Golfkrieges in der medialen Öffentlichkeit sei durch die alliierten Regierungen derart effektiv bereinigt worden, dass sie mit dem tatsächlichen Konflikt nichts mehr zu tun gehabt habe.⁴⁸ Die vorliegende Arbeit verknüpft diese Idee mit anderen, ausgearbeiteten Konzepten, um den spezifischen Gegenstand der Untersuchung zu analysieren: die Verwendung bereinigter Sprache im offiziellen britischen Diskurs über die auswärtige Gewaltanwendung. Ein Großteil der Literatur fokussiert sich auf die Vereinigten Staaten. Dies mag im Allgemeinen hilfreich sein, ist jedoch wenig dienlich, wenn die in Großbritannien zu beobachtenden Tendenzen beleuchtet werden sollen, wie Robert Kagan angemerkt hat: „In der alles entscheidenden Frage der Gewalt [*power*] ... der Effektivität von Gewalt, der Moralität und Wünschbarkeit von Gewaltanwendung, gehen die amerikanischen und die europäischen Perspektiven auseinander ... Amerikaner sind vom Mars, Europäer von der Venus.“⁴⁹ Zur Analyse genau dieser Spezifik der Situation in Großbritannien heute bietet die vorliegende Studie eine Synthese an und zeigt Punkte auf, an denen die Forschung künftig vorangetrieben werden könnte. Dieses zweite Kapitel bereitet die spätere Diskussion vor und stellt hierzu die folgenden Fragen: Was lässt sich über die Beziehung zwischen Macht bzw. Gewaltanwendung [*power*] und Sprache sagen? Wie verhält es sich mit euphemistischen, abstrakten und bereinigenden Redeweisen? Wie prägt sich der Einfluss des modernen Kontexts aus, insbesondere von politischen Mythen, der öffentlichen Meinung, neuen Technologien (bspw. Drohnen), den Medien sowie der Bewegung von existenziell-gewaltsamen Gesellschaften und Kriegen hin zu instrumenteller und in der Tendenz weniger gewalttätig gestalteten? Wie wichtig sind die Konzepte Transparenz und Vertrauen für den hier betrachteten Problembereich?

a) Sprache, Krieg und Macht

Jeffrey Michaels hat argumentiert, dass man, um den Krieg zu verstehen, zunächst die Sprache des Krieges verstehen müsse. In einer Demokratie sollten die Regierung und ihre

⁴⁸ J. Baudrillard, *The Gulf War did not take place* (Bloomington: Indiana University Press, 1995.)

⁴⁹ A. Forster, *Armed Forces and Society in Europe* (London: Palgrave Macmillan, 2005), 2.

Behörden kommunizieren, um sich verständlich zu machen.⁵⁰ In diesem Zusammenhang kommt auch eine Unterscheidung von Jürgen Habermas zum Tragen, nämlich die zwischen einem kommunikativen und einem strategischen Sprachgebrauch. Nach Habermas haben sich die Institutionen der Öffentlichkeit im Lauf der Zeit immer weiter von der Produktion von Bedeutung (durch kommunikative Sprache) weg- und stattdessen auf das Erreichen eines selbst definierten Erfolgsziels (durch strategische Sprache) hinbewegt.⁵¹ Michel Foucault wiederum steht für die Auffassung, dass Diskurse und Sprachverwendungen institutionelle Machtverhältnisse stützen. Laity schließlich argumentiert, dass der Zweck politischer Sprache die Überzeugung sei;⁵² sie könne auch als Mechanismus gesehen werden, um Macht über ein Publikum zu gewinnen. Dies ist jedoch nicht die einzige Perspektive: Anthony Giddens hat vorgebracht, dass Institutionen durch ihren Sprachgebrauch sowohl emanzipatorisch als auch herrisch-dominant auftreten könnten. Das bedeutet, das auch Sprache selbst sowohl emanzipatorisch als auch dominant wirken kann. In dieser Studie wird der Gedanke der sprachlichen Dominanz mit Habermas' Konzept der strategischen Sprache in Verbindung gebracht, während der Gedanke einer emanzipatorischen Wirkung von Sprache in Verbindung mit Habermas' kommunikativer Sprache gedacht wird.⁵³ Wenn wir nun zum AFC zurückkehren, so könnte die Öffentlichkeit womöglich erwarten, dass die britische Regierung strategische Sprache einsetzt, um sich zu *rechtfertigen*, und kommunikative Sprache, um zu *erklären*; wie im Folgenden jedoch gezeigt wird, lässt sich strategische Sprache gerade da nachweisen, wo man eigentlich kommunikative Sprache erwarten würde. Folgt man Richard Jackson, so ist die Sprache der Gewalt niemals neutral; ihr binärer Charakter bringe es mit sich, dass die Verwendung des einen Terminus zugleich den Ausschluss – und damit die Abwertung – eines anderen bedeute. Worte würden so gewählt, dass sie Bedeutungen transportierten oder verbergen würden.⁵⁴ Laity regt an, dass Regierungs- und Behördenvertreter ihre Sprache an ihr jeweiliges Publikum anpassen sollten, sofern sie ein ehrliches Motiv hätten und die Information klar vermittelt werde. Mangle es an einem dieser Punkte, solle die kommunizierende Person dafür kritisiert werden.⁵⁵

⁵⁰ J. Michaels, *The Discourse trap and the US military* (London: Palgrave Macmillan, 2013), 1.

⁵¹ A. Mayr, *Language and power: An introduction to institutional discourse* (London: Continuum, 2008), 5.

⁵² M. Laity, Interview mit dem Verfasser, 8. April 2021.

⁵³ Mayr, *Language and power*, 6.

⁵⁴ R. Jackson, *Writing the War on Terrorism: Language, politics and Counter-Terrorism* (Manchester: Manchester University Press, 2005), 2.

⁵⁵ M. Laity, Interview mit dem Verfasser, 8. April 2021.

b) Bereinigte Sprache

George Orwell beklagt in *Politics and the English Language* („Politik und die englische Sprache“) die Verwahrlosung des Englischen und vertritt die Auffassung, dass ein unsachgemäßer Sprachgebrauch Denkfehler und Unaufrichtigkeit des Sprechenden zutage treten lasse.⁵⁶ Orwell hebt Euphemismen und Abstraktionen hervor: Diese sprachlichen Kunstgriffe trügen insbesondere zu einer Abstumpfung des gesunden Menschenverstandes bei. Euphemismen und Abstraktionen sind zwei Anzeichen dessen, was in dieser Arbeit als „bereinigte Sprache“ bezeichnet wird: nicht ein besonderes Vokabular, sondern eine Sprachverwendung, die darauf abzielt, bestimmte Geschehnisse in der Öffentlichkeit zu säubern und zu beschönigen. Die Kurzdefinition Walter Redferns: „Euphemismen eröffnen einen Weg, über das Unaussprechliche zu sprechen“,⁵⁷ lässt erkennen, welchen Wert Euphemismen durchaus haben können, geht jedoch nicht auf die kontroversere Seite des Problems ein: dass nämlich Euphemismen, genau genommen, einen Weg eröffnen, über das Unaussprechliche *auf eine verunklarende Weise* zu sprechen. Abrantes weist darauf hin, dass Euphemismen Wörter (oder Wendungen) sind, die eingesetzt werden, um die unangenehme Wirkung einer Aussage zu umgehen oder zumindest abzumildern. Für gewöhnlich kommen hierbei die folgenden Strategien zum Einsatz: Der Sprecher benennt unangenehme Gegenstände mit angenehmeren Bezeichnungen; fokussiert auf die am wenigsten unangenehmen Aspekte eines Gesamtzusammenhangs; lenkt durch Verallgemeinerungen von Details ab oder gebraucht Metaphern, um jegliche Spezifik zu vermeiden. Wie Abrantes weiterhin ausführt, ist der Euphemismus – bisweilen auf eher unbequeme Art – irgendwo auf dem Spektrum zwischen Wahrheit und Lüge angesiedelt. Wo die Aussageabsicht, der Aussagegegenstand und die Bedeutung der Aussage für alle Beteiligten transparent sind, ist der Euphemismus willkommen. Dies ist jedoch in institutionellen oder strategischen Verwendungen von Euphemismen nicht immer der Fall; insbesondere im Kriegskontext kann der Euphemismus ein Werkzeug der Dehumanisierung sein, worauf später noch genauer eingegangen wird.⁵⁸

⁵⁶ Orwell. *Politics and the English Language*.

⁵⁷ A. Abrantes, „Euphemism and co-operation in discourse“, in: E. Grillo (Hg.), *Power without domination: dialogism and the empowering property of communication* (Amsterdam: John Benjamins, 2005), 85.

⁵⁸ Ebd., 86.

Mit Blick auf Abstraktionen als ein Merkmal bereinigender Sprache soll zunächst die Definition Philip Neissers angeführt werden: Abstraktionen sind „Repräsentationen, die insofern zum Beinahe-Verschwinden bestimmter Tatsachen führen, insofern sie in einer Theorie darüber, wie die Einzelheiten sich zu einem Ganzen fügen, deren Platz einnehmen“. Dies erfasst sehr gut den Umstand, dass aussagekräftige Details durch Abstraktion in einem allgemeinen „Rauschen“ untergehen und somit versteckt werden können.⁵⁹ Margot Norris hat argumentiert, dass diejenigen, die Kriege führen, bemüht sind, den wahren Gegenstand und die eigentliche Bedeutung ihrer Aussage vor dem Publikum zu verbergen. Wie sie ausführt, versuchten öffentliche Stellen, „das wirklichkeitsstiftende Signum des Krieges – den verwundeten oder getöteten Körper nämlich – durch seine Verwandlung in eine Irrealität, Unkenntlichkeit und Nichtlesbarkeit“ auszulöschen oder wenigstens verschwimmen zu lassen.⁶⁰ Auch hierauf kommt die Untersuchung später noch einmal zurück. Thomas Colley identifiziert Techniken, die eingesetzt werden, um kohärente Narrative zu konstruieren. Diese Techniken unterteilen sich, so Colley, in zwei große Kategorien: solche, mit denen die von den Kommunizierenden verfolgten positiven Narrative gestärkt werden (wie etwa das Einbeziehen von Informationen, deren Verknüpfung, konzeptuelle Schärfung und Klärung); und auf der anderen Seite solche, mit denen die Auswirkung negativer Lesarten auf das Narrativ geschwächt werden soll (wie etwa das Auslassen von Informationen, das Mundtotmachen unliebsamer Stimmen, die Verflachung potenziell schädlicher Gehalte). Während das Publikum die Techniken der ersten Kategorie in den Bemühungen der britischen Regierung, ihr Vorgehen zu *rechtfertigen*, erwarten dürfte, stellt das Auftreten der zweiten Kategorie für den demokratischen Diskurs ein größeres Problem dar.⁶¹ In Kapitel 4 wird der Einsatz dieser Techniken anhand von Beispielen offengelegt.

c) Institutionelle Macht

⁵⁹ P. Neisser, „Targets“, in: J. Collins und R. Glover (Hg.), *Collateral Language* (New York: New York University Press, 2002), 139.

⁶⁰ M. Norris, „Military Censorship and the Body Count in the Persian Gulf War“, in: *Cultural Critique* 19 (1991), 224.

⁶¹ T. Colley, „Is Britain a force for good? Investigating British citizens’ narrative understanding of war“, *Defence Studies* 17 (2017), 7–8.

Die oben genannten Techniken werden von Regierungsstellen und Behörden eingesetzt, um die öffentlich geführten Narrative und Diskurse über Gewalt zu kontrollieren.⁶² Mayr zufolge handelt es sich bei Sprache um ein Werkzeug, *mit dem* und bei Diskursen um eine Umgebung, *in der* Institutionen und Regierungen ihre Macht über das Wahlvolk ausüben; institutionelle Praktiken und Prozesse spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, wie ein bestimmtes Geschehen verstanden und aufgefasst wird. Durch Kommunikation bemühen sich Institutionen, ihre Existenz und Vorgehensweise zu rechtfertigen, aber auch, soziale Praktiken oder Bedeutungskonventionen zu verändern oder neu zu kontextualisieren. Dies geschieht durch eine Stärkung bestimmter Perspektiven sowie dadurch, dass andere geschützt werden. Weber bringt vor, dass Institutionen in einer Demokratie auf öffentliche Akzeptanz angewiesen seien und deshalb zur Ausübung ihrer Macht eine explizite oder zumindest implizite Legitimität benötigen.⁶³ Jackson schließt sich dieser Auffassung an und argumentiert, dass jede staatliche Gewaltanwendung durch einen politischen und gesellschaftlichen Konsens legitimiert werden müsse; die Sprache jedoch ist das Werkzeug, mit dem diese Legitimierung erreicht wird.⁶⁴

Teun van Dijk schreibt, dass dominante Akteure (Regierungen) „ihre eigenen Dominanzpositionen diskursiv konstruieren und reproduzieren“: Dominanz und Macht erlauben es Eliten, bestimmte Narrative zu forcieren, durch die ihre jeweiligen Handlungsentscheidungen gerechtfertigt und erklärt werden.⁶⁵ Politische Mythen sind bei dieser Forcierung von Narrativen von zentraler Bedeutung, teils weil die Öffentlichkeit sich Ideen wesentlich einfacher aneignen kann, wenn diese als Geschichten – und nicht nur in Form von Fakten – kommuniziert werden.⁶⁶ Innerhalb des Mythos spielt abstrakte Sprache eine wichtige Rolle, weil sie die Dominanz der „Erzähler“-Elite zementiert; die Bereinigung der Sprache ist eine Form der Machtausübung.⁶⁷

d) Politische Mythen

⁶² K. Sengupta, Interview mit dem Verfasser, 10. Mai 2021.

⁶³ Mayr, *Language and power*, 1–2.

⁶⁴ Jackson, *Writing the War on Terrorism*, 2.

⁶⁵ Mayr, *Language and power*, 3.

⁶⁶ Interview mit Laity. T. Colley Interview mit dem Verfasser, 14. April 2021. J. Shea, Interview mit dem Verfasser, 7. April 2021.

⁶⁷ P. Neisser, „Targets“, 138.

Der Mythos ist ein intuitives Denkinstrument, er verleiht Geschehnissen eine Bedeutung (Rechtfertigung) und bewirkt die Vereinfachung des Komplexen – wobei er jedoch nicht selten über sein Ziel hinausschießt (Übervereinfachung) und logische Mängel aufweist.⁶⁸ Die kundige Handhabung politischer Mythen ist entscheidend für das „Framing“, durch das den Bürgern eine auswärtige Gewaltanwendung ihres Staates vermittelt wird. Die Beziehungen zwischen Mythen, Bedeutungen und Ereignissen ist in der Literatur ausführlich diskutiert worden. Joanne Esch schließt sich Jackson an und argumentiert, dass Ereignissen und Fakten kein intrinsischer Bedeutungswert zugesprochen werden könne, da die Tatsachen „nie für sich selbst sprechen“.⁶⁹ Chiara Bottici und Benoît Challand halten fest, dass dem Mythos eine beträchtliche, wenn auch „unsichtbare“ Macht eigne, was die Formung von Diskursen und der Realität angehe.⁷⁰ Das menschliche Verstehen ist konstruiert; Mythen leisten zur Determinierung dieses Verstehens einen Beitrag.⁷¹ Wo ein politischer Mythos auf allgemeines Verständnis stößt, stellt er ein probates Hilfsmittel dar, das es Regierungs- oder Behördenvertretern ermöglicht, einen Konsens herzustellen. Wo ein politischer Mythos auf Unverständnis stößt (oder schlicht nicht verstanden wird), fällt die Konsensbildung schwer. Gewaltanwendung wird oft durch Mythen der Form „Wir gegen die“ gerechtfertigt. Dies liegt daran, dass, wie David Matsumoto und Hyeon Hwang ausführen, Aggression leichter fällt, wenn eine anzugreifende Außengruppe klar definiert und entmenschlicht wird, wozu eine größere Entfernung zwischen dem Aggressor und dessen Herkunftsgesellschaft auf der einen und der Opfergesellschaft auf der anderen Seite beitragen kann.⁷² In den weiteren Kapiteln dieser Arbeit wird deutlich werden, dass das Muster „Wir gegen die“ in Gewaltrechtfertigungen des gegenwärtigen politischen Diskurses in Großbritannien immer wieder aufgegriffen wird.

Als Beispiele für etablierte Kriegsmymen in der politischen Kultur der Vereinigten Staaten nennt Esch den „amerikanischen Exzeptionalismus“ sowie das Muster „Zivilisation gegen Barbarei“. Ersterer Mythos ist für Großbritannien nicht direkt relevant, wenn auch vielleicht der britische Mythos des „nostalgischen Imperialismus“ im Rahmen eines weiteren mythischen Verständnisses von Großbritannien als einer „Kraft zum Guten“ vergleichbar

⁶⁸ J. Esch, „Legitimising the ‚War on terror‘: political Myth in Official level Rhetoric“, *Political Psychology* 31 (2010), 360, 362.

⁶⁹ Ebd., 357.

⁷⁰ C. Bottici und B. Challand, „Rethinking Political Myth: The Clash of Civilizations as a Self-Fulfilling Prophecy“, *European Journal of Social Theory* 9 (2006), 316.

⁷¹ B. Lance, „Myth, Ritual, and Political Control“, In *Journal of Communication* 30 (1980), 166–179.

⁷² D. Matsumoto und H. Hwang, „The Language of Political Aggression“, *Journal of Language and Social Psychology* 32 (2012), 337.

wäre (und Colley die Rede von der „Kraft zum Guten“ als einen zentralen Mythos des britischen Eliten-Narrativs identifiziert hat). Die genannten Mythen sind im britischen Kriegsdiskurs augenfällig und erfüllen dort eine ähnliche Funktion wie der „amerikanische Exzeptionalismus“ in den Vereinigten Staaten.⁷³ Bei dem zweiten Muster, „Zivilisation gegen Barbarei“ handelt es sich um eine Variante des klassischen „Wir gegen die“-Paradigmas, das oftmals in Rechtfertigungen von Gewaltanwendung einfließt. Im offiziellen Diskurs britischer Regierungsstellen kommt es oft zum Tragen, insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus.⁷⁴ Mythen kommen hier zum Einsatz, weil sie offenbar wirken – und das bedeutet unter anderem: weil sie einen Beitrag zur öffentlichen Akzeptanz von Kriegseinsätzen leisten. Vor dem Zweiten Golfkrieg (1991) erhobene Meinungsumfragen zeigen, dass eine axiologische (wertbezogene) Rhetorik, in der die Bösartigkeit des Saddam-Regimes hervorgehoben wurde, auf die Öffentlichkeit überzeugender wirkte als rationale Argumente.⁷⁵ In letzter Zeit lässt sich Ähnliches im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terror beobachten.⁷⁶ In späteren Kapiteln dieser Arbeit wird die Verwendung von Mythen im Kriegsdiskurs Großbritanniens untersucht werden.

e) Öffentliche Meinung, Wissen und Interesse

Die öffentliche Meinung über eine Sache ist ein eher grobes Maß für die öffentliche Akzeptanz dieser Sache; die öffentliche Meinung über internationale Angelegenheiten ist ein brauchbares, wenn auch keineswegs vollständiges, Synonym für die Meinung über den auswärtigen Gewalteinsatz. Wie Paul Brewer und seine Mitautoren anmerken, kamen frühe Untersuchungen dieser Zusammenhänge zu dem Schluss, dass die öffentliche Meinung unkultiviert und irrational sei – gemäß der Sottise „Vox populi, vox Rindvieh“.⁷⁷ In neueren Arbeiten wird eher die Meinung vertreten, dass Bürger selbst dann rational sein können, wenn sie nicht oder nur schlecht informiert sind; innerhalb dieser Heuristik wird dem Konzept des politischen Vertrauens eine entscheidende Funktion als Orientierungsfaktor

⁷³ T. Colley, „Is Britain a force for good? Investigating British citizens' narrative understanding of war“, 1–22.

⁷⁴ Esch, „Legitimising the ‚War on terror‘“, 358 und 365.

⁷⁵ B. Rottinghaus, „Presidential Leadership on Foreign Policy, Opinion Polling, and the Possible Limits of ‚Crafted Talk‘“, *Political Communication* 25 (2008), 148.

⁷⁶ Jackson, *Writing the War on Terrorism*, 5.

⁷⁷ P. Brewer u. a., „International Trust and Public Opinion About World Affairs“, *American Journal of Political Science* 48 (2004), 94.

zugeschrieben.⁷⁸ Die Untersuchungsergebnisse von Gregory Brunk, Donald Secrest und Howard Tamashiro wiederum beruhen auffallend stark auf Meinungsbildern von Eliten, weshalb ihnen das „wahre Bild“ davon, wie die breite Wählerschaft sich eine Meinung zum Krieg bildet, möglicherweise entgangen ist. Im Allgemeinen kommen die Verfasser zu dem Schluss, dass die öffentlichen Überzeugungssysteme arm an Information sind. Sie stellen fest, dass die öffentliche Meinung zwar sehr vielfältig sei und kein zentrales Konzept kenne, um das sie sich gruppieren könnte;⁷⁹ dass demgegenüber jedoch öffentliche *Überzeugungssysteme* einen kohärenten und einigermaßen systematischen Zugang erlauben würden, die auf Moralvorstellungen und (politischer) Heuristik beruhen, nicht auf Informationen, um Entscheidungen bezüglich einer Unterstützung oder Ablehnung von Kriegsvorhaben zu treffen.⁸⁰ Dies ist aufschlussreich, weil es nahelegt, dass detaillierte Informationen nicht der entscheidende Faktor sind, durch den die öffentliche Meinung bestimmt wird. Jamie Shea stimmt dem mehr oder weniger zu: Die Öffentlichkeit verlange Geschichten, nicht Zahlen und Fakten, weil Geschichten die Emotionen ansprechen und sich nicht in faden Erläuterungen des Geschehens erschöpfen.⁸¹

In der Forschung ist ein Fokus auf die Frage gelegt worden, wie die *Unterstützung* eines Kriegseinsatzes in der Öffentlichkeit – im Gegensatz zu einem *Verständnis* der Öffentlichkeit für die Realitäten des Krieges – die politische Linie eines Staates (und die Selbstwahrnehmung der Regierung mit Blick auf ihre Legitimität) beeinflussen kann. Es mag verlockend erscheinen, auch derartige Analysen zur – indirekten – Betrachtung des öffentlichen Verständnisses heranzuziehen; doch wäre dies falsch. John E. Mueller kommt zu dem Schluss, dass die Öffentlichkeit oft nicht einmal die grundlegenden Aspekte eines Krieges tatsächlich begreift.⁸² Allerdings ist es so, dass in amerikanischen Meinungsumfragen viele Befragte angaben, sich unterinformiert zu fühlen, was zumindest suggeriert, dass sie eigentlich erwarteten, am demokratischen Prozess sachkundigen Anteil zu nehmen.⁸³ In Großbritannien kamen 2012 YouGov und Lord Ashcroft zu einem ähnlichen Ergebnis: dass nämlich 69 bzw. 62 Prozent der befragten Bürger angaben, über die Aktivitäten der

⁷⁸ G. Brunk, D. Secrest und H. Tamashiro, *Understanding Attitudes about War: modelling moral judgements*. (Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 1996).

⁷⁹ Ebd., 110.

⁸⁰ Ebd., 49.

⁸¹ Interview mit Shea.

⁸² J. Mueller, *War, Presidents and Public Opinion*. (New York: John Wiley & Sons, 1973), 2.

⁸³ Ebd., 112.

britischen Streitkräfte nur unzureichend informiert zu sein.⁸⁴ Colley hat den Gedanken weiterverfolgt, dass die Öffentlichkeit zur Ausbildung eines Verständnisses von Krieg überhaupt nicht auf detaillierte Fakten zurückgreife, und argumentiert entsprechend, dass sich eine Art intuitives Verständnis von Krieg durch die öffentliche Wahrnehmung der militärischen und kolonialen Vergangenheit Großbritanniens entwickelt habe. Intuitionen werden stark durch soziale Dynamiken und Vorurteile beeinflusst, was bedeutet, dass die Bürger kaum je ein „wahres“ oder auch nur vollständiges Bild des Krieges entwickeln können.⁸⁵ Auf dieses Verständnisdefizit aufmerksam zu machen, ist ein zentrales Anliegen der vorliegenden Studie.

In ihrem Buch *Accountability for Killing* („Rechenschaft für das Töten“) argumentiert die amerikanische Politikwissenschaftlerin Neta Crawford, die Öffentlichkeit äußere weder ein Interesse an Kriegen, noch übe sie mit Blick auf diese eine Kontrollfunktion aus. Jedoch, so Crawford weiter, entbinde dies die Öffentlichkeit durchaus nicht von ihrer Verantwortlichkeit – in einem demokratischen Rahmen – genau dies zu tun.⁸⁶ Für Crawford ist die Kriegführung eine soziale Handlung, die Handlung einer Gesellschaft – und dementsprechend habe die Öffentlichkeit die Pflicht, diese Handlung zu beaufsichtigen.⁸⁷ Diese Sichtweise weicht auf subtile, aber entscheidende Weise von der Perspektive des AFC ab, der vorsieht, dass das britische Volk seine Regierung bei einem Kriegseinsatz *versteht* und *unterstützt*, nicht aber, dass es ihre Entscheidungen und Vorgehensweise *überwacht* oder *hinterfragt*.⁸⁸ Asa Kasher stimmt Crawford zu: Die Institutionen einer demokratischen Regierung sollten durch die Öffentlichkeit genauestens beaufsichtigt werden.⁸⁹ Laity andererseits widerspricht: Eine solche Aufsicht sei Aufgabe der Parlamentsabgeordneten, die in einer repräsentativen Demokratie wie der des Vereinigten Königreichs damit betraut seien „sich im Namen der Wählerinnen und Wähler um [die Kriegführung] zu kümmern“. ⁹⁰ Schon im 18. Jahrhundert hatte sich Edmund Burke ebenfalls in diesem Sinne geäußert: Gewählte Abgeordnete sollten von den Alltagsmeinungen ihrer Wählerschaft nicht

⁸⁴ Royal British Legion, *How much do you know about the Armed Forces?*, www.britishlegion.org.uk, und Lord Ashcroft, *The Armed Forces and Society*, Umfrage Mai 2012, www.lordashcroftpolls.com.

⁸⁵ Colley, „Is Britain a force for good?“, 1–22.

⁸⁶ N. Crawford, *Accountability for Killing: Moral Responsibility for Collateral Damage in America's Post-9/11 Wars*. (New York: Oxford University Press, 2017).

⁸⁷ Ebd., 422 und 423.

⁸⁸ Britisches Verteidigungsministerium, *The Armed Forces Covenant*, 2011.

⁸⁹ A. Kasher, „Public Trust in a Military Force“, *Journal of Military Ethics* 2 (2003), 30.

⁹⁰ Interview mit Laity.

beeinflusst werden.⁹¹ Stewart jedoch lässt die Politiker nicht so leicht vom Haken: In ihrer Kommunikation mit der Öffentlichkeit seien diese verpflichtet, sich klar auszudrücken – wie sonst könne die Öffentlichkeit schließlich das Regierungshandeln verstehen? Politiker sollten als eine Art Dolmetscher fungieren, die bürokratischen Jargon in allgemein verständliche Aussagen übersetzten.⁹² Das Demokratiedefizit, das im Hintergrund dieser Diagnose sichtbar wird, ist ebenfalls Gegenstand der vorliegenden Studie.

Ob die Öffentlichkeit nun ein gesteigertes Interesse an den Details der Kriegführung hat oder nicht: Ihre Meinung ist definitiv von Interesse für die Politik. Allerdings hat es den Anschein, dass man auf politischer Seite die Empfindlichkeit der Öffentlichkeit bezüglich der Kosten von Krieg und Gewaltanwendung überschätzt. William Darley und Christopher Dandeker haben darauf hingewiesen, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger pragmatisch eingestellt und bereit seien, ein erhebliches Maß an Gewalt zu tolerieren. Entsprechend sollte die Politik ihre Kommunikation und politische Strategie dieser höheren Toleranz anpassen.⁹³ Eine YouGov-Umfrage belegt, wie unempfindlich die britische Öffentlichkeit gegenüber den Kriegskosten sein kann: Sobald in der Frage *davon ausgegangen* wurde, dass bei einem Drohnenangriff auch unschuldige Zivilisten getötet würden, sank der Zustimmungswert lediglich von 75 auf 64 Prozent.⁹⁴ Kevin Coe argumentiert, dass diese hohe Toleranz die Klarheit der Kriegsziele widerspiegelt, aber auch den Charakter der öffentlichen Unterstützung für den Kriegseinsatz: Wo die Ziele klar sind und auch allgemein unterstützt werden, ist auch die amerikanische Toleranz für tote Zivilisten – als indirekter Maßstab für eine allgemeine Gewalttoleranz – hoch.⁹⁵ Daraus ließe sich folgern, dass bei unklarer politischer Zielsetzung eines Kriegseinsatzes die Kriegskostentoleranz entsprechend niedrig sein müsste. Dies mag offensichtlich sein, doch handelt es sich hierbei um wichtige Beobachtungen, die entscheidend darauf einwirken, wie Politiker und Behördenvertreter über Krieg kommunizieren. Jan van der Meulen fügt noch hinzu, dass ein Vertrauen zum eigenen Militär ebenfalls von zentraler Bedeutung für die Gewalttoleranz ist – und

⁹¹ M. Margolis und G. Mauser, „Public opinion as a Dependent Variable: A Framework for analysis“, *Political Communication* 6 (1989), 93.

⁹² Interview mit Stewart.

⁹³ W. Darley, „War Policy, Public Support, and the Media“, *Parameters* 35 (2005), 127 und C. Dandeker, Interview mit dem Verfasser, 19. April 2021.

⁹⁴ De Waal, *British attitudes to drones*, 3. April 2013, www.yougov.co.uk.

⁹⁵ K. Coe, „Television News, Public Opinion, and the Iraq War: Do Wartime Rationales Matter?“, *Communication Research* 40 (2013), 488.

insbesondere für die Toleranz ziviler Kriegsoffer.⁹⁶ Auf das Problem des Vertrauens wird im Schlussteil dieses Kapitels sowie in der späteren Diskussion noch zurückzukommen sein.

f) Die britischen Medien und Staatsorgane

Im Kern der Beziehung zwischen Medien und Staatsorganen in Großbritannien liegt die folgende Spannung: Beide Seiten brauchen einander, sind jedoch oft argwöhnisch, was die Handlungsmotive des Gegenübers angeht. Den staatlichen Stellen wirft man vor, sie seien kontrollsüchtig, den Journalisten, sie sähen Nachrichten als eine bloße Ware an.⁹⁷ Allerdings befindet sich dieses Verhältnis im Wandel, und die traditionellen Medien sind heute nicht mehr *die* einflussreiche und maßgebliche Informationsquelle, die sie vielleicht einmal waren. David Patrikarakos hat in seinem Buch *War in 140 Characters* („Krieg in 140 Zeichen“) gezeigt, dass der Einfluss von Social-Media-Nutzern als *citizen journalists* (Bürgerjournalisten oder partizipativer Journalisten) die traditionellen Medien als wichtigster Kommunikationskanal für Nachrichten und Analyse inzwischen immer mehr ablöst.⁹⁸ Die Herausgeber scheuen zunehmend davor zurück, die teuren Versicherungsprämien für die Entsendung von Reportern in Kriegsgebiete zu zahlen. Shea weist darauf hin, dass Hilfs- und andere Nichtregierungsorganisationen inzwischen die Rolle des Berichterstatters vor Ort übernommen hätten.⁹⁹ Die BBC wird demnächst den Posten ihres Verteidigungskorrespondenten streichen, aus Kostengründen, wie es heißt; auch das ist ein Symptom der voranschreitenden Erosion der Kriegsberichterstattung.¹⁰⁰ Offenbar ist man bei der BBC der Meinung, dass diese Lücke problemlos durch andere geschlossen werden könne. Allerdings muss die Öffentlichkeit nun auf die objektive Analyse und Erklärungsleistung verzichten, die von Journalisten bislang erbracht wurde. Die staatlichen Stellen wiederum müssen darauf verzichten, dass die Journalisten als „Dolmetscher“ für ihre bürokratischen Verlautbarungen tätig werden. Regierung und Behörden müssen deshalb in einem sehr viel höheren Maß als zuvor *direkt* mit der Öffentlichkeit kommunizieren.

Unabhängig davon hat sich der Grundton der Kriegsberichterstattung verändert. Etwa seit den Jugoslawienkriegen legen die traditionellen Medien den Schwerpunkt ihrer

⁹⁶ J. van der Muelen, „Bombing ISIS. Public Support and Public Dilemmas“, in J. Heereen-Bogers u. a. (Hg.), *The Yin-Yang Military* (Cham: Springer, 2020).

⁹⁷ J. Seaton, *Carnage and the Media* (London: Allen Lane, 2005), xx.

⁹⁸ D. Patrikarakos, *War in 140 Characters* (New York: Hachette, 2017).

⁹⁹ Interview mit Shea.

¹⁰⁰ Laity auf Twitter, 19. März 2021.

Berichterstattung auf emotional besetzte Aspekte der Kriegführung, während technische Aspekte sehr viel weniger berücksichtigt werden. Diese Entwicklung hat auch die offiziellen Verlautbarungen und das öffentliche Verständnis beeinflusst, da Regierungsvertreter sich nun wie auf Eierschalen um diese emotionalen „Trigger“ – wie etwa zivile Todesopfer – herumbewegen, während die öffentliche Aufmerksamkeit sich gerade auf diese fokussiert.¹⁰¹ Erica Scharrer und Greg Blackburn werfen den Medien in diesem Zusammenhang vor, als Komplizen der Regierung bereinigte, geschönte Kriegsberichte zu verbreiten.¹⁰² Im Vergleich zu Fernsehsendern aus dem Nahen Osten nehmen die redaktionellen Richtlinien der BBC sehr viel mehr Rücksicht auf die Empfindlichkeiten des Publikums: „Wir müssen darauf achten, dass unser Journalismus ... keinen unnötigen Schmerz verursacht.“ Bei Al Jazeera ist von Gewalt oder Schmerz überhaupt keine Rede.¹⁰³ Auch Steven Poole zeigt mit starken Argumenten, dass die Medien durchaus eine Komplizenrolle einnehmen können, wenn sie die Gewaltanwendung der eigenen Seite beschönigen. Abschließend zitiert er Richard Falk: „Unter Mithilfe der einflussreichen Medien hat der Staat die Schlacht um die Definitionshoheit nach und nach gewonnen, indem er seine eigene Gewalt gegen Zivilisten davon ausnimmt, als „Terrorismus“ betrachtet zu werden. Stattdessen ist diese Gewalt in der Regel als ‚Gewaltanwendung‘ bezeichnet worden.“¹⁰⁴

g) Vertrauen, Transparenz, Geheimhaltung

In diesem größeren Zusammenhang spielen Vertrauen und Transparenz eine entscheidende Rolle: Sie sollen sicherstellen, dass die Regierung der Verpflichtung nachkommt, ihr Handeln zu *erklären* und zu *rechtfertigen*, damit die Öffentlichkeit es verstehen kann. Die Themenbereiche Vertrauen und öffentliche Meinung werden einzeln zwar schon seit langer Zeit erforscht, im Zusammenhang jedoch erst seit vergleichsweise kurzem. Marc Hetherington und Suzanne Globetti argumentieren, Vertrauen werde von der Öffentlichkeit als ein heuristisches Instrument eingesetzt, um zu politischen Entscheidungen zu gelangen,

¹⁰¹ Interview mit Laity.

¹⁰² E. Scharrer und G. Blackburn, „Images of Injury: Graphic News Visual Effects on Attitudes toward the Use of Unmanned Drones“, *Mass Communication and Society* 18 (2015), 801.

¹⁰³ BBC, *Editorial guidelines*, www.bbc.co.uk, und Al Jazeera, *Editorial guidelines*, www.allied-media.com.

¹⁰⁴ S. Poole, *Unspeak* (London: Abacus, 2007), 131.

auch zu Entscheidungen über die Anwendung von Gewalt (wie auch Brewer und seine Mitautoren mit Bezug auf die Invasion im Irak 2003 festhalten).¹⁰⁵

Der Aufbau von Vertrauen ist ein wechselseitiger Prozess, von dem auch die Funktionsfähigkeit einer Regierung profitiert.¹⁰⁶ Hetherington und Globetti weisen dies nach und argumentieren, dass die Öffentlichkeit in einer Demokratie den Handlungsspielraum der Regierung beschneiden werde, wenn diese Regierung ihr nicht (mehr) vertrauenswürdig erscheint, und dass ein Regierungshandeln, das ohne öffentliche Aufsicht erfolgt, einen höheren Grad von Vertrauen erfordere. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Öffentlichkeit aus diesem Handeln keinen klar quantifizierbaren Vorteil zieht oder die einzelnen Bürger nur wenig persönliche Erfahrung haben, um die Aktivitäten der Regierung beurteilen zu können.¹⁰⁷ Für militärische Aktivitäten ist dies unmittelbar relevant, da Kriege im (mitunter fernen) Ausland geführt werden und deshalb der direkten Aufsicht durch die Öffentlichkeit entzogen sind. Wie Kasher ausführt, verfügen die meisten Menschen nur über beschränkte Mittel, um Kriege zu beurteilen; deshalb sind demokratische Regierungen auf ein hohes Maß an Vertrauen angewiesen, um ausreichende Handlungsfreiheit für ein militärisches Vorgehen zu erlangen.¹⁰⁸

Kasher argumentiert auch, dass Transparenz für den Aufbau von Vertrauen von entscheidender Bedeutung sei. Wie er ausführt, genießen Institutionen genau dann das Vertrauen der Öffentlichkeit, wenn die Öffentlichkeit „sich [ihnen] gegenüber so verhält, wie sie es unter der Annahme [ihres] korrekten, professionellen Funktionierens tut“. Weiterhin stellt er fest, dass die Annahme des korrekten Funktionierens zu einer weiteren Annahme führe, nämlich der einer „korrekten ethischen Regelbefolgung“ oder eines Wohlverhaltens. Die Transparenz, so Kasher, spiele eine zentrale Rolle beim Entstehen dieser zweiten Annahme eine zentrale Rolle.¹⁰⁹ Diese entscheidende Wichtigkeit der Transparenz ist jedoch auch bestritten worden: Wie Stephan Grimmelikhuijsen und seine Mitautoren festhalten, hat die Transparenz nach Aussage verschiedener Studien keinerlei Einfluss auf das

¹⁰⁵ Brewer u. a., „International Trust and Public Opinion About World Affairs“, 93.

¹⁰⁶ Whiteley u. a., „Why Do Voters Lose Trust in Governments? Public Perceptions of Government Honesty and Trustworthiness in Britain 2000–2013“, 246.

¹⁰⁷ M. Hetherington und S. Globetti, „Political Trust and Racial Policy Preferences“, *American Journal of Political Science* 46 (2002), 254.

¹⁰⁸ A. Kasher, „Public Trust in a Military Force“, 20–26.

¹⁰⁹ Ebd., 42.

Vertrauen, während manche sogar zu dem Schluss kommen, zu große Transparenz könne dem Vertrauen sogar schaden. Hierauf wird später noch einmal eingegangen.¹¹⁰

Zum Thema Geheimhaltung argumentiert Owen Thomas, Politiker hätten das inhärente Paradox zu bewältigen, dass Geheimhaltung die demokratische Selbstregierung sowohl schütze als auch gefährde. Über die richtige Balance in diesem Paradox entscheidet letztlich die Regierung und bewahrt so ihre Deutungshoheit im Diskurs; in diesem Sinne reproduziert Geheimhaltung die Macht von Eliten.¹¹¹ Dies untergrabe, so Thomas, das ordnungsgemäße Funktionieren der Demokratie.¹¹² Insbesondere in militärischen Zusammenhängen ist ein hohes Maß an Geheimhaltung verlockend, insbesondere die Verunklarung und Vertuschung von Sachverhalten, wie Austin Carson ausführte: Durch Geheimhaltung könne sich eine Regierung militärische Handlungsfreiheit erkaufen, insbesondere in einer eher pazifistisch eingestellten Gesellschaft, die Politiker in Großbritannien eher als Hindernis sähen.¹¹³ Die Schwierigkeiten, die sich aus dem staatlichen Umgang mit Geheimhaltung ergeben, ähneln denen, die durch bereinigte Sprache entstehen; Geheimhaltung und Sprachbereinigung sind Geschwister – beide zielen auf eine Vertuschung von Tatsachen ab.

¹¹⁰ S. Grimmelikhuijsen u. a., „The Effect of Transparency on Trust in Government: A Cross-National Comparative Experiment“, *Public Administration Review* 73 (2013), 757.

¹¹¹ D. Thomas, „Security in the balance: How Britain tried to keep its Iraq War secrets“, *Security Dialogue* 51 (2019), 77.

¹¹² Ebd., 84.

¹¹³ A. Carson, *Secret Wars: Covert Conflict in International Politics* (Princeton: Princeton University Press, 2018), 298.

Kapitel 3: Methodik

Das Ziel der Untersuchung ist in der Einleitung ausführlich dargestellt worden; kurz gesagt, soll die vorliegende Arbeit als eine Art Vorstudie zu einer tieferen Erforschung der Frage dienen, ob die Staatsorgane Großbritanniens effektiv mit der britischen Öffentlichkeit kommunizieren und welche Auswirkungen dies auf die Verteidigungspolitik und das Wahlvolk hat.

a) Forschungsziele

Die vorliegende Studie hat drei Einzelziele:

- die Verwendung bereinigter oder opaker Sprache durch die britische Regierung zu untersuchen, wie diese gegenüber der Öffentlichkeit zur Erklärung und Rechtfertigung von auswärtiger Gewaltanwendung eingesetzt wird;
- zu untersuchen, ob die Verwendung bereinigter oder opaker Sprache das Verständnis der Öffentlichkeit von bzw. für auswärtige Gewaltanwendung reduziert;
- zu untersuchen, ob die Verwendung bereinigter oder opaker Sprache eine (Demokratie-)Lücke zwischen Öffentlichkeit und Regierung (sowie dem Militär) erzeugt.

b) Position des Verfassers

Die Position des Verfassers als eines Angehörigen der britischen Streitkräfte hat bei der Durchführung der Studie sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich gebracht. Die Vertrautheit mit der Sprache der Gewalt hat womöglich zu einer verzerrten Wahrnehmung geführt¹¹⁴ und ein Phänomen begünstigt, das Iver Neumann als „home-blind[ness]“ (Gewöhnungsblindheit) bezeichnet, d. h. dass Formulierungen, Praktiken oder Strukturen, die anderen als abnormal

¹¹⁴ P. Higate und A. Cameron, „Reflectivity and researching the military“, *Armed Forces and Society* 32 (2006), 221–222.

auffallen würden, gar nicht mehr wahrgenommen, sondern vielmehr als Teil der üblichen Routine eingeordnet werden.¹¹⁵ Andererseits hat seine Zugehörigkeit zur Innengruppe dem Verfasser sowohl eine gewisse Glaubwürdigkeit im Gespräch mit seinen Interviewpartnern verschafft, hat sein Verständnis der Militärkultur und -sprache es ihm ermöglicht, Äußerungen kompetent zu interpretieren und dabei auch Nuancen zu berücksichtigen – die ausgesprochenen und die nur angedeuteten.¹¹⁶ Im Austausch über ein kontroverses Thema war es für den Verfasser von Vorteil, von seinen Gesprächspartnern als „Insider“ – und damit als weniger „gefährlich“ für die Institution Militär – angesehen zu werden.¹¹⁷ Am Ausgang der Untersuchung bestand eine implizite Vorbeeinflussung in Gestalt eigener Beobachtungen und Erfahrungen; deren Gültigkeit wurde jedoch im Gespräch mit den Interviewpartnern wiederholt infrage gestellt.

c) Das britische Veteranenkonzept des *Armed Forces Covenant*: Bezugsrahmen der Untersuchung

Wie in Kapitel 1 bereits ausgeführt, liefert der *Armed Forces Covenant* (AFC) einen Rahmen für den Austausch zwischen Wahlvolk und Regierung Großbritanniens über die auswärtige Gewaltanwendung. Ein Großteil der kritischen Aufmerksamkeit, mit der dem AFC bislang in der britischen Öffentlichkeit begegnet wurde, hing mit der Frage zusammen, ob die Regierung ihren Verpflichtungen gegenüber der militärischen Gemeinschaft in ausreichender Weise nachkomme. Ihre Verpflichtungen gegenüber dem Volk werden weniger oft geprüft. Aus diesem Grund sollen in der vorliegenden Arbeit die Bemühungen der Regierung zur *Rechtfertigung* und *Erklärung* ihres militärischen Handelns untersucht werden.¹¹⁸

d) Forschungsdesign und Methoden

Die vorliegende Studie kann keine endgültigen Antworten liefern und wird dies auch nicht versuchen; stattdessen geht es darum, den Gegenstandsbereich zu beleuchten und auszuloten. Berücksichtigt werden dabei die Ideen und Konzepte, Diskurse und Taktiken, die

¹¹⁵ I. Neumann, „Discourse Analysis“, in: A. Klotz und D. Prakash (Hg.), *Qualitative Methods in International Relations* (New York: Palgrave MacMillan, 2008), 65.

¹¹⁶ Ebd., 63.

¹¹⁷ Higate und Cameron, „Reflectivity and researching the military“, 228.

¹¹⁸ Interview mit Ingham.

in der offiziellen Kommunikation staatlicher Stellen eine Rolle spielen und in denen Emotionen, Perspektiven und Sprache entscheidend zu den Prozessen beitragen, in denen Bedeutung, Verstehen und Wirklichkeitsbezug erzeugt werden.¹¹⁹ Zwar soll im Folgenden auch versucht werden, Entwicklungstendenzen und damit verbundene Wirkfolgen aufzuzeigen, die womöglich auf bewusste Strategien zurückgehen; doch geschieht dies in dem Bewusstsein, dass auch hier endgültige Schlüsse – aufgrund der kleinen Stichproben – nicht gezogen werden können. Es erschien deshalb vielversprechender, die durchaus nuancierten und subjektiv eingefärbten Sprachverwendungen in den einzelnen Fällen durch eine qualitative Untersuchung zu erhellen.¹²⁰ Die Studie hat sich in drei Bereichen um eine Datenaufnahme bemüht:

1. **Open-Source-Quellen:** Wie wird bereinigte Sprache von öffentlichen Stellen eingesetzt? Wer sagt was? Wann wird es gesagt und was soll es dem Anschein nach – in welchen Zusammenhängen? – bedeuten?
2. **Interviews:** Ist Regierungs- und Behördenvertretern sowie Journalisten das Konzept einer bereinigten Sprache bewusst? Sind ihnen Euphemismen bewusst? Erkennen sie, wann und weshalb diese sprachlichen Werkzeuge eingesetzt werden und welche Wirkung sie haben? Welche Bedeutung weisen sie ihnen zu – und welche Bedeutung, glauben sie, weist das Publikum ihnen zu?
3. **Meinungsumfragen:** Wie fasst die Öffentlichkeit die von Regierungs- und Behördenvertretern verwendete Sprache auf? Wie viel von der intendierten Bedeutung geht „unterwegs verloren“? Wie beeinflusst dies die Zustimmung der Befragten zu (und ihr Verständnis von) der Anwendung von Gewalt?

zu 1. Open-Source-Quellen

Für die vorliegende Studie wurden veröffentlichte Aussagen britischer Regierungsstellen und anderer offizieller Akteure ausgewertet, die etwa als Pressemitteilungen oder Presseinterviews, in Form von Medienberichten oder in parlamentarischen Stellungnahmen, Ausschussberichten oder sonstigen Protokollen vorliegen. Zwar ist diese Liste keineswegs

¹¹⁹ D. Marsh und P. Furlong, „A skin not a sweater: ontology and epistemology in political science“, in: V. Lowndes, D. Marsh und G. Stoker, *Theory and methods in political science*. (New York: Palgrave MacMillan, 2008), 27.

¹²⁰ R. Ormston u. a., „The foundations of qualitative research“, in: J. Ritchie (Hg.), *Qualitative research practice: a guide for social science students and researchers* (Los Angeles: SAGE, 2014), 16.

vollständig, doch ermöglicht es schon dieses breite Spektrum an Texten aus unterschiedlichen Entstehungszusammenhängen in dieser Studie ein ebenso breites Verständnis des allgemeinen Diskurses rund um Krieg und Gewalt.¹²¹ Das Heranziehen öffentlich verfügbarer Quellen war bei diesem heiklen Thema besonders hilfreich, da die ethischen Bedenken bezüglich einer weiteren Verwendung von Einzelinterviews vermieden werden konnten. Allerdings bedeutete es auch, dass der Verfasser schwierige Fragen nicht direkt stellen konnte; insbesondere die zentrale Frage nach dem „Warum?“ einer bestimmten Sprachverwendung blieb oft unbeantwortet.¹²²

Die aufgeführten Open-Source-Quellen wurden analysiert, um Muster, sprachliche Techniken sowie das intendierte Verhältnis zwischen sprechendem Subjekt und Publikum aufzuzeigen. Die kritische Diskursanalyse erforscht, wie Sprache eingesetzt wird, um Narrative, Wertzuschreibungen und Sichtweisen zu erzeugen, zu bestätigen und zu verbreiten, die im Allgemeinen dem (Macht-)Erhalt des Status quo dienen sollen.¹²³ Sie hilft zu verstehen, wie Sprache, Überzeugungen, Ideologie sowie gesellschaftliche und politische Phänomene zusammenhängen. Die Analyse umfasst dabei drei große Bereiche: eine Beschreibung des Textes; seine Analyse und schließlich Einordnung bzw. Evaluierung. Bei der Beschreibung steht die Lexik des Textes im Mittelpunkt, bei der Interpretation die Aussageabsicht des Verfassers; in der Evaluierung geht es darum, den jeweiligen Text in einen größeren Kontext einzuordnen und seine Wirkung zu beurteilen.¹²⁴

Als Teil ihres analytischen Rahmens übernimmt diese Studie viele Fragen von Richard Jackson bzw. Norman und Isabela Fairclough. Erstens, mit Bezug auf die Textbeschreibung: Welche ist die Position der Akteure in ihren Sätzen? Wie trägt der Satzbau zur Bedeutungserzeugung bei? Zweitens: Was wird im Text ausgelassen und wie beeinträchtigt dies das Verstehen? Hieraus lässt sich als nächste Frage ableiten: Welches Vorwissen setzt der Text voraus? Und: Welches Vorwissen sollte er vernünftigerweise voraussetzen? Wie beeinflusst dies das Verstehen des Publikums? Kann der Sprecher sich etwa hinter dem Unwissen seines Publikums verstecken? Welche Bedeutungen werden einzelnen Begriffen explizit zugeschrieben und welche bleiben implizit, sind im Akt des Lesens erst zu erschließen? Was impliziert, darüber hinausgehend, der Text, was sein Kontext? Und wie

¹²¹ Neumann, „Discourse Analysis“, 67.

¹²² J. Lewis und C. Nicholls, „Design Issues“, in: Ritchie (Hg.), *Qualitative research practice*, 57.

¹²³ K. O’ Halloran, „Critical Discourse Analysis“, in: J. Simpson (Hg.), *The Routledge Handbook of Applied Linguistics* (Abingdon: Routledge, 2011), 445.

¹²⁴ I. Fairclough und N. Fairclough, *Political Discourse Analysis: A method for advanced students* (Abingdon: Routledge, 2012), 90.

wirkt sich dies wiederum auf das Verstehen des Publikums aus? Damit zusammenhängend: Was wären andere Möglichkeiten, für größere Klarheit zu sorgen? Doch welche Risiken ginge der Sprecher – ginge womöglich auch das Publikum – damit ein? In der Weiterführung dieser Fragen war es außerdem wichtig, Texte als Ganzes zu untersuchen: In welchem Verhältnis stehen die einzelnen Teile des Textes zueinander? Und wie wirkt sich das wiederum auf das Verstehen des Publikums aus?

Der jeweilige Kontext der Texte ist wichtig. Die folgende Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, vermittelt jedoch einen ersten Eindruck von den entscheidenden Punkten: Erstens ist die Positionierung des Publikums und des Sprechers zu bedenken – in welchem Verhältnis stehen die Positionen zueinander? Wie ließe sich ihre wechselseitige Beziehung charakterisieren, vor allem mit Blick auf die herrschende Machtdynamik? Zweitens muss der historische Kontext berücksichtigt werden, der sowohl die Interpretation durch das Publikum als auch die Wortwahl des Sprechers beeinflusst. Drittens werden sowohl der Sprecher als auch das Publikum durch den Kontext ihrer jeweiligen Gegenwart beeinflusst. Viertens: Wie werden sprachliche Äußerungen durch andere diskursive Handlungen verstärkt, etwa durch die Verfolgung einer bestimmten Politik? Wie gestaltet sich das Wechselspiel zwischen sprachlichem und anderem Handeln? Welchen Einfluss hat die angestrebte Normalisierung? Fünftens ist zu bedenken, welche Rolle verschiedene Kommunikationskanäle und -akteure spielen, insbesondere Übersetzer und Dolmetscher sowie Befürworter oder Kritiker einer bestimmten (Kommunikations-)Strategie.¹²⁵

zu 2. Interviews

Um das Bild des Untersuchungsgegenstands auch jenseits der verfügbaren Open-Source-Quellen auszufüllen, wurden semistrukturierte Interviews geführt. Schon früh war dabei klar, dass die Datenerhebung mittels einer wirklich repräsentativen Stichprobe jenseits der Möglichkeiten dieser Studie lag; dennoch hatten die Interviews die wichtige Aufgabe, Vorannahmen und -beeinflussungen des Verfassers infrage zu stellen und neue Untersuchungsperspektiven zu eröffnen, die ansonsten verschlossen geblieben wären. Die willkürliche Auswahl der Stichprobe erfolgte in dem Bewusstsein, dass eine quantitative

¹²⁵ Jackson, *Writing the War on Terrorism*, 24; Fairclough und Fairclough, *Political Discourse Analysis*, 76–116.

Analyse der erhobenen Daten nicht möglich sein würde, dass die gemachten Beobachtungen nicht zwingend auch die Meinungen einer breiteren Öffentlichkeit widerspiegeln würden und dass sich ethische Problempunkte ergeben könnten.¹²⁶

Als Interviewpartner wurden Personen angefragt, die an der Erklärung von militärischen Gewaltanwendungen gegenüber der britischen Öffentlichkeit beteiligt gewesen waren oder sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit diesem Gegenstand beschäftigt hatten. Zu den Befragten gehörten letztlich: Personen, die an der Formulierung offizieller Verlautbarungen beteiligt gewesen waren, etwa in Presseabteilungen; andere, deren Aussageabsichten in solchen Verlautbarungen weitergegeben worden waren, etwa hohe Behördenvertreter; dann jene, die bei der Interpretation oder „Übersetzung“ der Verlautbarungen für die Bürger eine Rolle gespielt hatten wie etwa Journalisten; schließlich auch Wissenschaftler, die mit dem oder über das britische Militär geforscht hatten. Trotz des potenziell kontroversen und herausfordernden Gegenstands waren die meisten der Kontaktierten gern bereit, sich in einem Interview zu äußern. Es wurde berücksichtigt, dass Gesprächspartner, die noch immer im Staatsdienst standen, womöglich Bedenken darüber hatten, sich „gegen“ ihre Institution zu äußern.¹²⁷ Trotz der kleinen Stichprobe handelte es sich bei mehreren Interviewpartnern um ausgewiesene Experten auf ihrem jeweiligen Fachgebiet, wie aus den detaillierten Angaben in der Bibliografie deutlich wird.

Die Interviews waren semistrukturiert und begannen jeweils mit ähnlichen Eröffnungsfragen, die darauf angelegt waren, ein fließendes Gespräch in Gang zu setzen, das dann auf das Spezialgebiet der Gesprächspartner gelenkt werden konnte. Obwohl dies nicht in allen Fällen explizit gemacht wird, verwendete der Verfasser eine Likert-Skala, um die Überzeugungsstärke der Gesprächspartner bezüglich der angesprochenen Themen einzuordnen, ähnlich wie dies Gregory Brunk und seine Mitautoren getan haben.¹²⁸ Die Interviewfragen waren teils abstrakt gehalten, um allgemeinere Fragestellungen zu berücksichtigen, teils aber auch spezifisch formuliert, um das Gespräch lebendiger zu gestalten. Im Allgemeinen drehten sich die Fragen darum, wie militärische Aktivitäten bzw. Militäreinsätze in Großbritannien kontrolliert bzw. beaufsichtigt werden sollten und ob es einen Unterschied zwischen dem theoretischen Rahmenwerk einer solchen Aufsicht und ihrer praktischen Umsetzung gebe.

¹²⁶ J. Brewis, „The ethics of researching friends: on convenience sampling in qualitative management and organisation studies“, *British Journal of Management* 25 (2014), 859–861.

¹²⁷ Ebd., 860.

¹²⁸ Brunk u. a., *Understanding Attitudes about War*.

e) Einschränkungen und Zuverlässigkeit der Untersuchung

Im Grunde gibt es zwei Schlüsselprobleme. Erstens erschwert der geringe Umfang der Stichprobe das Ziehen endgültiger Schlüsse, wobei jedoch die gemachten Beobachtungen erkennen lassen, welche Bereiche eine genauere Untersuchung wert wären. Zweitens war es im Rahmen der vorliegenden Studie nicht möglich, auch die öffentliche Meinung bzw. das Verständnis der vorgestellten Problematik im britischen Wahlvolk zu untersuchen, weshalb die diesbezüglichen Schlussfolgerungen auf Stellvertreter-Argumente beruhen müssen.

Kapitel 4: Ergebnisse

In diesem Kapitel werden zwei Fälle analysiert, in denen die Verwendung bereinigter Sprache durch britische Behörden zur *Rechtfertigung* und *Erklärung* auswärtiger Gewaltanwendung besonders deutlich wird. Dies sind, zum einen, der Militäreinsatz in Libyen 2011 sowie, zum anderen, die Kampagne gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ im selben Jahr. Kurz geht die Arbeit auch auf einen Bericht über den Einsatz von Drohnen durch Großbritannien ein, die der Sonderausschuss des gemeinsamen Menschenrechtsausschusses im britischen Parlament vorgelegt hat. Ein Großteil der Diskussion befasst sich mit den Charakteristika der Gewaltanwendung im spezifischen Fall und insbesondere mit den Bemühungen, die (menschlichen, finanziellen und politischen) Kriegskosten vor der Öffentlichkeit, dem Wahlvolk, zu verbergen. In jeder Fallstudie gibt es zentrale Protagonisten, Narrative und Kontexte, die erläutert werden, bevor eine detaillierte Analyse des offiziellen Sprachgebrauchs folgt. In Libyen wie im Irak scheint Großbritannien eine Strategie verfolgt zu haben, die sich mit dem Begriff der *Stellvertreterschaft* beschreiben lässt. Großbritannien setzte stattdessen auf eine „Strategie der nichtkämpfenden (eigenen) Truppe“: Anstatt eigene Soldaten einzusetzen, wurden lokale Kräfte unterstützt, die dann die Kämpfe vor Ort führten. Außerdem setzte das britische Militär an beiden Konfliktschauplätzen unbemannte Luftfahrzeuge – Drohnen – ein, aber auch bemannte Kampfflugzeuge. Zu den Narrativen der britischen Regierung gehörte die Darstellung, dass der jeweilige Konflikt die britische Öffentlichkeit nicht viel kosten werde. Weitere Themen, die in diesem Zusammenhang untersucht werden sollen, kommen im nächsten Kapitel zur Sprache, doch sollen hier schon die sprachlichen Techniken genannt sein, die am meisten auffallen: Euphemismus; Abstraktion; Trennung des Sprechers vom militärischen Vorgehen vor Ort bzw. am Boden; Entmenschlichung des Gegners sowie die Verflachung potenziell „interessanter“ oder emotional besetzter Inhalte.

a) Libyen: Einleitung

Unter der Führung des Premierministers David Cameron nahm Großbritannien 2011 an der Intervention der NATO in Libyen teil. Außer Cameron berücksichtigt die Studie auch Aussagen des damaligen Verteidigungsministers Liam Fox; des Ständigen Vertreters des

Vereinigten Königreichs bei den Vereinten Nationen, Sir Mark Lyall Grant; sowie des Ständigen Vertreters des Vereinigten Königreichs beim Nordatlantikrat der NATO, Marriot Leslie. Bei späteren Einsätzen in Libyen hatte Sir Michael Fallon den Posten des Verteidigungsministers übernommen und gab Interviews. Sprachbereinigung konnte vor allem in den Themenbereichen Regimewechsel, zivile Opfer sowie Aktivitäten nach dem Konflikt festgestellt werden.

b) Das Rahmennarrativ

Camerons Argumentation für ein militärisches Eingreifen Großbritanniens in Libyen war komplex und facettenreich. Innerhalb dieser Argumentation spielten humanitäre Beweggründe eine entscheidende Rolle; sie prägten die Geschichte, welche die Regierung Cameron der britischen Öffentlichkeit erzählte. Der Kampf gegen Gaddafi wurde als das Bestreben dargestellt, Zivilisten zu schützen, die bei den Auseinandersetzungen zwischen Truppen, die Gaddafi stürzen wollten, und Gaddafi treuen Kräften zwischen die Fronten geraten seien.¹²⁹ Der Schutz dieser libyschen Zivilisten war ein ausdrückliches Ziel der entsprechenden Resolution des UN-Sicherheitsrates (UNSCR 1973).¹³⁰ In dem Narrativ, das der britischen Öffentlichkeit vermittelt wurde, spielte das nationale Interesse Großbritanniens im Verhältnis nur eine geringe Rolle; der Schutz von Zivilisten wurde betont. Dies wirkte sich darauf aus, wie die Kampagne geführt und wie darüber gesprochen werden konnte. Eine Senkung der „menschlichen Kosten“ – sowohl unter der libyschen Zivilbevölkerung als auch bei den britischen Truppen – war für die Legitimität und weitere Unterstützung des Regierungshandelns in der Heimat von entscheidender Bedeutung. Dieser Punkt – sowie das Framing von Muammar al-Gaddafi als einem barbarischen Gewaltherrscher – bildete deshalb den Kern des britischen Kriegsnarrativs; der Einsatz britischer Kräfte beschränkte sich auf Luftschläge zur Unterstützung der Anti-Gaddafi-Rebellen.¹³¹ Fox sagte: „Ich habe darauf hingewiesen ..., dass wir größeren Respekt vor dem Leben von Zivilisten [demonstrieren mussten] ... als das Regime, das gerade ersetzt wurde.“¹³² Die NATO-Staaten stellten Gaddafi als eine Inkarnation des „barbarischen

¹²⁹ T. Colley, „What’s in it for us? Responses to the UK’s strategic narrative on intervention in Libya“, *The RUSI Journal* 160 (2015), 60.

¹³⁰ Vereinte Nationen, *United Nations Security Council Resolution 1973* (17. März 2011), 1.

¹³¹ Colley, „What’s in it for us?“, 63, 65.

¹³² *The Guardian*, „David Cameron’s Libya War: why the PM felt Gaddafi had to be stopped“ (2. Oktober 2011).

Anderen“ dar. Cameron sagte: „Es bestand die dringende Notwendigkeit ..., [Gaddafis] **Gemetzel** [an Zivilisten] zu stoppen.“¹³³ Die Sprache, die zur *Rechtfertigung* des Militäreinsatzes gebraucht wurde, war klar und deutlich. Die Sprache, die zur *Erklärung* des NATO-Einsatzes dienen sollte, war – insbesondere, wo umstrittene oder politisch schädliche Handlungen angesprochen wurden – sehr viel weniger klar und deutlich.

c) Regimewechsel

Ein Regimewechsel war nach der Resolution UNSCR 1973 nicht vorgesehen, doch wurde bald der Vorwurf laut, die NATO strebe ihn dennoch an. Bei seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses im britischen Unterhaus wies Lyall Grant diesen Vorwurf zurück: „Einen Regimewechsel haben wir nicht angestrebt, weder durch diese Resolution noch durch den Militäreinsatz.“¹³⁴

Die Vorwürfe verstummten jedoch nicht, und die britische Regierung geriet immer wieder in heikle, ja peinliche Kommunikationslagen. Ende März sagte Cameron: „Wir haben in Libyen die Situation, dass es da einen Diktator gab, dessen Volk ihn loswerden wollte ...“,¹³⁵ was verständlicherweise Befürchtungen hervorrief, der NATO-Einsatz könne tatsächlich auf einen Regimewechsel abzielen. Fox führte aus: „Ich hätte gemeint, dass es unser sehr klares Ziel ist, dass die Leute [dort] ihre Zukunft selbst bestimmen können, das wollten wir im Ergebnis sehen ... das war doch offensichtlich. Aber es ist auch klar: Ein Regimewechsel wäre ein sehr großes politisches Ziel, und auch eines, das in der Resolution [1973] überhaupt nicht vorgesehen ist.“¹³⁶ Man sieht leicht, warum vielen in den Medien und in der Öffentlichkeit die hier getroffene Unterscheidung unaufrichtig oder zumindest verdächtig vorkam; auch andere Erklärungen des NATO-Vorgehens waren oft unklar, vor allem, wo es um die direkten Angriffe auf Gaddafi und seine Familie ging. Sowohl Lyall Grant als auch Fox gaben zu, dass Gaddafi und die Mitglieder seiner Regierung getötet werden konnten, falls sie sich in militärischen Einrichtungen wie etwa Kommandozentren aufhielten. Lyall Grant brachte das folgende juristische Argument vor: „Natürlich gibt es Umstände, unter denen ein solches militärisches Vorgehen berechtigt wäre, wenn man es schafft, [die

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, *Ninth Report – Operations in Libya*, www.data.parliament.uk (25. Januar 2012), 33.

¹³⁵ Britisches Parlament, *Hansard House of Commons Debate*. (21. März 2011), Sp. 708.

¹³⁶ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, *Ninth Report – Operations in Libya*, 31.

Tötung Gaddafis] mit dem Beschützen von Zivilisten zu verbinden.¹³⁷ Bei einer Befragung durch den Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Verteidigungsausschusses gab Fox Auskunft zu den mutmaßlichen direkten Angriffen auf Gaddafi und seinen innersten Kreis. So fasste er die britische Regierungsposition zusammen: „Wenn einzelne Personen, die wir der Führungsriege des [Gaddafi-]Regimes zurechneten, sich zufällig dort befanden, [wo wir unsere Luftangriffe durchführten,] dann hatten sie eben Pech. **Wir haben Ressourcen ins Visier genommen, nicht Individuen.**“¹³⁸ Aus militärischer Sicht trifft dies zu: Kommando- und Kontrollressourcen wurden angegriffen, genauer Kommunikationssysteme und Örtlichkeiten, von denen aus die libyschen Kommandeure ihre Truppen führen konnten; aber natürlich wurden damit auch diese Militärkommandeure selbst zum Ziel. Einerseits muss man anerkennen, dass Fox versuchte, mit einem spezifischen Argument den Vorwurf eines (illegalen) direkten Angriffs auf Gaddafi zu entkräften; andererseits wiederholt er jedoch das schon gebräuchliche, entmenschlichende Narrativ, dem zufolge „Ressourcen“ und „Individuen“ streng voneinander geschieden werden könnten. Außerdem geht Fox offenbar davon aus, dass sein Publikum über ein hinreichendes Vorwissen bezüglich der militärischen Technologien und Abläufe verfügt, um erkennen zu können, dass zwischen seinem spezifischen Argument und der allgemeinen Einordnung des Militäreinsatzes ein Unterschied besteht. Und allgemein lässt sich sagen, dass bei einem Angriff auf Kommando- und Kontrolleinrichtungen („Ressourcen“) die jeweiligen Kommandeure nicht nur daran gehindert werden, effektiv mit ihren Truppen zu kommunizieren – sondern sie werden mitunter auch getötet.

d) Zivile Opfer

Die Möglichkeit ziviler Opfer war für Großbritannien von größter Bedeutung. Tote libysche Zivilisten zählten zwar nicht zu den Kriegskosten, die von der britischen Öffentlichkeit getragen werden mussten, doch bedeuteten sie politische Kosten für die Vertreter Großbritanniens und der anderen Regierungen der Anti-Gaddafi-Koalition, die ihren gemeinsamen Einsatz nicht so sehr als eine Frage des nationalen Interesses präsentiert hatten, sondern vielmehr als eine Schutzmission im Interesse der libyschen Zivilbevölkerung. Die Regierung Cameron wurde nicht müde zu betonen, dass Großbritannien bei der Planung

¹³⁷ Ebd., 33.

¹³⁸ Ebd.

und Durchführung seiner Luftangriffe in Libyen mit äußerster Sorgfalt vorgehe und zivile Opfer vermeide, soweit dies irgend möglich sei; oft sei der Schutz von Zivilisten über das militärische Weiterkommen gestellt worden.¹³⁹ Bei seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Verteidigungsausschusses sagte Fox ganz deutlich: „Wir müssen das Risiko ziviler Opfer zu jeder Zeit minimieren.“¹⁴⁰ Das zu erreichen, war jedoch nicht leicht, und wiederholt gab es Berichte, nach denen die NATO-Angriffe zu Todesopfern unter der libyschen Zivilbevölkerung geführt hatten.¹⁴¹

Ein gutes Beispiel dafür, wie offizielle britische Stellen diese zivilen Opfer „bereinigten“, liefert Marriot Leslie mit einer Äußerung zu den Herausforderungen, vor denen die NATO bei der angestrebten Vermeidung von Zivilopfern gestanden habe: „**Und dann kann man ja auch nicht in jedes einzelne Gebäude hineinschauen, um absolut sicherzugehen, dass nicht irgendwo ein Glassplitter jemanden getroffen hat, den man nicht sieht**, und deshalb kann man ehrlicherweise nicht sicher sagen: ‚Ich weiß definitiv, dass ich keinen Zivilisten getötet habe‘. Uns ist jedenfalls nicht bekannt, dass [wir Zivilisten getötet hätten], und **wir sind überzeugt, dass es nur sehr wenige wären, wenn wir überhaupt irgendwelche [Zivilisten getötet] haben.**“¹⁴² Zu Beginn seiner Aussage spricht Leslie sehr deutlich aus, dass es nahezu unmöglich ist, das Ausmaß der potenziellen oder tatsächlichen Verletzung (oder Tötung) von Zivilisten zu ermessen. Im nächsten Satz gibt er dann allerdings an, die NATO glaube, nur sehr wenige Menschen getötet zu haben, *falls überhaupt* irgendwelche Menschen getötet worden seien. Dass dies eine widersprüchliche Position ist, wird unmittelbar deutlich. Die Formulierung „um absolut sicherzugehen, dass nicht irgendwo ein Glassplitter jemanden getroffen hat, den man nicht sieht“* allerdings zieht die Vorstellung, für Todesopfer die Verantwortung zu übernehmen, ins Absurde. Ganz offensichtlich wird hier der Versuch unternommen, die Luftangriffe der NATO auf dicht besiedeltes Stadtgebiet von den hierbei getöteten Zivilisten zu trennen und so das Vorgehen der NATO sprachlich-kommunikativ zu bereinigen.

e) Die Situation nach der Operation

¹³⁹ *The Guardian*, „David Cameron’s Libya War“.

¹⁴⁰ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, Protokoll HC 950.

¹⁴¹ *New York Times*, „Scores of unintended casualties in NATO war in Libya“ (18. Dezember 2011) www.nytimes.com.

¹⁴² Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, *Ninth Report – Operations in Libya*, 36.

* Im Original: „to be absolutely sure that a shard of glass has not gone through somebody you cannot see“ (Anm. d. Übers.)

Die Situation in Libyen nach dem Ende des NATO-Einsatzes stellte Großbritannien vor zwei große Herausforderungen: den Wiederaufbau und die Gefahr des Terrorismus. Auf die Frage eines Ausschussmitglieds zum Übergang von den Kriegshandlungen zu einem Wiederaufbau Libyens antwortete Fox: „Nichts wäre uns lieber, als dass **der kinetische Teil** [*the kinetic element*] schon vorbei wäre ...“¹⁴³ Der Verteidigungsminister greift hier zu einem Euphemismus: „**kinetischer Teil**“ statt „Bombardierungskampagne“ oder „Krieg“, wodurch die Verantwortung der NATO für Zerstörung und Leid verschleiert wird. Außerdem formuliert er im Passiv und im Nominalstil, d. h. ein Substantiv – „**der kinetische Teil**“ – wird für ein Verb – „bombardieren“ etwa – eingesetzt. Hierdurch schafft er weitere Distanz zwischen den NATO-Mächten und den Folgen ihrer Handlungen. Er sagt: es „wäre uns lieber, dass der kinetische Teil schon vorbei wäre“; er hätte sagen können: „Sobald wir mit unseren Bombenangriffen aufhören ...“ In seiner weiteren Aussage geht Fox dann schnell zu einer aktiven Redeweise über und übernimmt die Verantwortung für diejenigen Elemente des NATO-Einsatzes, die für ein britisches Publikum wesentlich akzeptabler sind als zivile Todesopfer: „[nichts wäre uns lieber, als] ... dass wir [d. h. die NATO] uns jetzt auf die UN-Unterstützung für **die humanitäre Hilfe** konzentrieren könnten“.¹⁴⁴ Für das Publikum seiner Aussagen bleibt unklar, wessen „kinetischer Teil ... vorbei“ sein soll; den Beitrag der NATO zu den humanitären Hilfsanstrengungen kann es dagegen nur bewundern. Überflüssig zu betonen, dass die NATO an *beidem* beteiligt war.

Später wuchs in Europa und den Vereinigten Staaten die Besorgnis über ein mögliches Erstarken terroristischer Organisationen in Libyen. Im Süden des Landes etablierte sich ein Ableger des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS, im Folgenden auch Daesh). Diese Gruppierung wurde von Kräften angegriffen, die mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens operierten. Am 19. Februar 2016 unternahmen US-Flugzeuge von Stützpunkten in Großbritannien aus einen Angriff auf ein IS-Ausbildungslager, in dem sich nach amerikanischen Erkenntnissen auch der gebürtige Tunesier Nouredine Chouchane (Nureddin Shushan) aufhalten sollte. Chouchane wurde verdächtigt, kurz zuvor an der Durchführung von Terrorangriffen in Tunesien beteiligt gewesen zu sein, unter anderem an dem Anschlag in Port El-Kantaoui bei Sousse im Juni 2015, unter dessen Todesopfern auch 30 britische Touristen gewesen waren.¹⁴⁵ Der britische Verteidigungsminister Fallon musste

¹⁴³ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, Protokoll HC 950.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ *The Guardian*, „US airstrikes target Islamic State militants in Libya“ (19. Februar 2016).

die Verwendung britischer Militärflugplätze für den amerikanischen Luftschiag autorisieren. Bei seiner Befragung über den Angriff sagte er:

„Ich begrüße diesen Luftschiag, der ein **Daesh-Ausbildungslager ausgeschaltet** hat, welches genutzt wurde, um Terroristen für die Ausführung von Anschlägen auszubilden. Ich war überzeugt, dass **seine Zerstörung** zu unser aller Sicherheit beitragen würde und ich habe [deshalb] die Nutzung unserer Luftstützpunkte durch die Vereinigten Staaten persönlich autorisiert.“¹⁴⁶

Das grundlegende lexikalische Stilmittel in dieser Passage ist das Verfahren der Entmenschlichung: Den Einzelmenschen, der das eigentliche Ziel des Luftschiags war, erwähnt er mit keinem Wort, genauso wenig andere Daesh-Kämpfer, die womöglich ebenfalls getötet wurden. Als Ziel des Angriffs benennt Fallon das **Ausbildungslager** als solches und formuliert möglichst zurückhaltend („**ausgeschaltet** hat“), um sich und das Publikum von der Realität des Angriffs zu distanzieren. Anschließend formuliert er dann mit starker Betonung seiner aktiven Beteiligung, um Stärke sowie Solidarität mit den Verbündeten zu demonstrieren – „**ich habe ... persönlich autorisiert**“ –; dies soll vermutlich die Zustimmung der Öffentlichkeit bewirken. Bei dem Angriff wurden 41 Menschen getötet; Vertreter des amerikanischen Militärs konnten später nicht sicher feststellen, ob auch Nouredine Chouchane, das eigentliche Ziel der Aktion, zu den Toten gehörte.¹⁴⁷ Auf diese Aspekte des Luftangriffs geht Fallon nicht ein. Indem er das **Ausbildungslager** als Angriffsziel benennt, tritt dieses in der Vorstellung des Publikums an die Stelle der – hier verschwiegenen – 41 Todesopfer. Nach der Darstellung des Verteidigungsministers war es das **Ausbildungslager**, das eine Gefahr für Großbritannien dargestellt hatte. Allerdings handelte es sich bei diesem **Ausbildungslager** um eine Ansammlung schlichter Hütten und Zelte mitten in der Wüste, die für sich genommen keineswegs eine Gefahr für Großbritannien darstellten. Die bleibende Wirkung des Luftschiags wurde dadurch erzielt, dass man die mutmaßlichen Daesh-Mitglieder tötete, die sich in dem Lager befanden. Außerdem kann Fallon – durch die Konzentration auf das **Ausbildungslager** als Ziel des Angriffs – das Geschehen weiter bereinigen, indem er die Formulierung **ausgeschaltet**

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Ebd.

verwendet, was das Publikum zusätzlich von der Kriegsrealität mit ihren menschlichen Opfern entfernt.

f) Das Engagement der Anti-IS-Koalition im Irak und in Syrien: Einleitung

Der britische Premierminister David Cameron und sein Verteidigungsminister Sir Michael Fallon waren zwei der wichtigsten Kommunikatoren, die der „Heimatöffentlichkeit“ in Großbritannien den Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (oder Daesh) vermittelten. Unterstützt wurden sie dabei durch eine Reihe hochrangiger Beamter und Offiziere, darunter den Stellvertretenden Chef des Verteidigungsstabes (Militärstrategie und Operationen), der beim britischen Verteidigungsministerium für die Planung und Durchführung von Einsätzen zuständig ist. Das Verteidigungsministerium als Institution nutzte zur Kommunikation Pressemitteilungen sowie schriftliche Auskünfte an den Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses im britischen Parlament.

g) Das Rahmennarrativ

Trotz seiner beschämenden Wurzeln im Irakkrieg von 2003 stieß der Kampf der Koalition gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (Daesh) auf weitgehende Unterstützung.¹⁴⁸ Der Gegner wurde als barbarisch hingestellt, die Anti-IS-Koalition als integer und verdienstvoll. Bei einer Stellungnahme im britischen Unterhaus bezüglich der Tötung der beiden britischen Staatsbürger Junaid Hussain und Reyaad Khan am 7. September 2015 sprach Cameron von „der Bedrohung, der **vergiftenden** [poisonous] Ideologie des islamistischen Extremismus“ und fügte an: „Sowohl Junaid Hussain als auch Reyaad Khan ... arbeiteten darauf hin, **spezifische** und **barbarische** Anschläge auf den Westen durchzuführen ...“.¹⁴⁹

Die Last des Krieges wollte Cameron sich jedoch nicht aufhalsen. In der kurzen Passage, die folgte, umriss der Premierminister in groben Zügen künftige Militäreinsätze:

„Wir brauchen keine Bodentruppen, um die Ölvorkommen anzutasten [to target the supply of oil], die Daesh einsetzt, um den Terrorismus zu finanzieren. Wir brauchen keine Bodentruppen, um

¹⁴⁸ W. Dahlgreen, *ISIS: How 57% came to favour air strikes*. (26. September 2014), www.yougov.co.uk.

¹⁴⁹ Britisches Parlament, *Hansard House of Commons Debate* (7. September 2015), Sp. 25.

die **Daesh-Kommandozentralen zu treffen**, die **Infrastruktur**, die **Versorgungswege**, die **Ausbildungseinrichtungen**, die **Waffenlager**.“¹⁵⁰

Cameron sagt ganz deutlich, dass Großbritannien die emotionalen Kosten des Krieges – in Gestalt toter britischer Soldaten – nicht tragen müsse: „**Wir brauchen keine Bodentruppen**“. Dann setzt er Abstraktionen ein: „**Kommandozentralen [und] Ausbildungseinrichtungen**“ werden „**getroffen**“, ohne dabei zu erwähnen, dass Großbritannien viele der Menschen, die sich in diesen Zentralen und Einrichtungen befinden, töten würde. Andere britische Regierungsvertreter nahmen sich an dieser Kommunikationsstrategie ihres Premiers ein Beispiel.

In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nach der Zahl der von der britischen Royal Air Force (RAF) zur Unterstützung ihrer Verbündeten am Boden geflogenen Luftangriffe verwendet Fallon eine Konstruktion, deren implizite Botschaft einen klaren Zweck hat: Sie soll die Position Großbritanniens (und der anderen Koalitionsmächte) als verantwortliche Akteure in diesem Krieg bestätigen und zugleich die britische Wählerschaft von den Kriegskosten distanzieren:

„Ich würde jedoch betonen, dass **weder das Vereinigte Königreich noch die Koalition** in Syrien eine **allgemeine Bombardierungskampagne** durchführen ... Vielmehr **leistet die Koalition** – und zu ihr gehört auch die Royal Air Force – **präzise Luftunterstützung** für **spezifische** Anti-Daesh-Offensiven.“¹⁵¹

Fallon stellt negativ konnotierte Aktivitäten, an denen Großbritannien nicht beteiligt sei, positiv konnotierten gegenüber, die mit britischer Beteiligung geschähen: Die RAF bombardiert nicht etwa feindliche Soldaten; sie **leistet Luftunterstützung** für verbündete Soldaten. Dass überhaupt bombardiert wird, setzt der Verteidigungsminister stillschweigend voraus, auch dass diese Bombardierungen Tod und Zerstörung nach sich ziehen. Andererseits ist es eine positive Handlung, verbündeten Streitkräften „**präzise Luftunterstützung [zu leisten]**“. Die bloße Verwendung des Begriffs „**Luftunterstützung**“

¹⁵⁰ Britisches Parlament, *Hansard House of Commons Debate* (2. Dezember 2015), Sp. 332.

¹⁵¹ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, *Report: UK Military Operations in Syria and Iraq* (16. September 2016).

verschleiert die Tatsache, dass zumindest in manchen Fällen diese Luftunterstützung zu Toten und Verwundeten am Boden führen wird – nämlich **präzise** da, wo sich die Daesh-Kämpfer befinden, die britische kämpfende Truppe aber nicht. Zwar hat Fallon vermutlich die Absicht, die sorgfältige Planung der britischen Angriffe zu vermitteln; aber seine Entmenschlichung des britischen Kampfeinsatzes (**Luftunterstützung**) führt dazu, dass die Öffentlichkeit Großbritanniens von den Kosten des Krieges und der Lebenswirklichkeit im Kriegsgebiet entfremdet wird – von den Auswirkungen auf die Menschen vor Ort, denen die Kriegskosten im Namen des britischen Volkes aufgebürdet werden.

h) Töten bis zum Sieg?

Nach Aussage des US-Verteidigungsministers General James Mattis verfolgte die Anti-IS-Koalition gegenüber Daesh eine Politik der **Auslöschung**.¹⁵² Nach landläufigem Verständnis schließt **Auslöschung** – neben der Zerstörung von Ausrüstung und Infrastruktur – auch das Töten ein.¹⁵³ Während eine solche Rhetorik – und vielleicht auch die entsprechende Strategie – in der amerikanischen Öffentlichkeit auf breite Zustimmung treffen mag, sind derartige Formulierungen für ein britisches Publikum sehr viel problematischer – mögen sie auch durchaus der Realität entsprechen.¹⁵⁴ In diesem spezifisch britischen Kontext also hatten die Minister der Regierung Cameron die Aufgabe, die Strategie der Anti-IS-Koalition zu kommunizieren.

Als die Parlamentarier des Untersuchungsausschusses von Fallon bei dessen Befragung Einzelheiten über die Luftangriffe der Royal Air Force und ihrer Verbündeten hören wollten und besonders hartnäckig nach der Zahl der getöteten Daesh-Kämpfer fragen, sagte der britische Verteidigungsminister:

„Lassen Sie mich zunächst sagen, dass es außerordentlich irreführend ist, wenn man die Statistik auf diese Weise betrachtet ... Das **Ziel dieser Einsätze ist ja nicht**, so viele Daesh-Mitglieder **zu töten** wie möglich, sondern sie zu **schwächen** [to degrade them], wenn die Gelegenheit sich bietet, indem man ihre **Führungsspitze angeht** und

¹⁵² F. Solomon, „Defence Chief James Mattis says the US is using ‚annihilation tactics‘ against ISIS“ (*Time*, 29. Mai 2017).

¹⁵³ www.dictionary.cambridge.org.

¹⁵⁴ Interview mit Shea.

sich letztlich bemüht, ihren Kampfwillen zu untergraben, indem man ihre **Kommando- und Kontrollstrukturen angreift**, ihre **Infrastruktur** und so weiter. Es ist viel zu schlicht gedacht, wenn man [den Erfolg einer] Mission daran messen will, wie viele **Leute nun getötet** wurden. Wie Sie ja angedeutet haben, **geht es bei vielen dieser Einsätze darum, Erkenntnisse** [im Sinne militärischer Aufklärung] **zu gewinnen, und nicht darum, Menschen etwas anzutun**. Die vorab geplanten Missionen **richten sich** in der Regel **gegen die Infrastruktur**.¹⁵⁵

Im zweiten Satz macht Fallon die **Mission** – und nicht die Soldaten, die diese ausführen – zum impliziten Subjekt der Handlung. Hierdurch wird eine gewisse Distanz zwischen den eigentlich Handelnden – den Bomberpiloten der RAF – und den Konsequenzen der Handlung (der Mission) geschaffen. Außerdem pflegt der Minister wiederum einen abstrahierenden Nominalstil, indem die Tätigkeit „bombardieren“ durch das Abstraktum „Mission“ umschrieben wird. Dieses abstrakte Konzept wird nicht weiter definiert; die Notwendigkeit eines erkennbaren Subjekts, das die Bombardierung tatsächlich durchführt, entfällt damit. Zugleich entfällt, in der Vorstellung des Lesers oder Zuhörers, ein großer Teil der potenziellen negativen Konsequenzen der Mission.

Im erneuten Versuch, die gründlich durchdachte Planung der britischen Luftangriffe hervorzukehren, spricht Fallon eine deutliche Sprache, wenn er sagen will, was britische Soldaten alles *nicht* tun – *töten* etwa oder die Zahl der *Getöteten* feststellen. Sobald es darum geht, *was* britische Soldaten tun werden, wird die Ausdrucksweise abstrakt: Dann wird **geschwächt**, die **Führungsspitze angegangen**, **Kommando- und Kontrollstrukturen** sowie Missionen **gegen die Infrastruktur gerichtet**. Auch sei darauf hingewiesen, dass der Minister nicht die ganze Wahrheit sagt: Es stimmt schon, dass es „**bei vielen dieser Einsätze darum [geht], Erkenntnisse zu gewinnen**“; aber eben nicht bei allen. Ebenso richtig ist, dass es durchaus Missionen gibt, deren alleiniger Zweck es ist, „**Menschen etwas anzutun**“.

In seiner Einlassung vor demselben Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Verteidigungsausschusses beschrieb der Stellvertretende Chef des Verteidigungsstabes (*Deputy Chief of Defence Staff*, DCDS) die Unterschiede in der Herangehensweise des

¹⁵⁵ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, *Report: UK Military Operations in Syria and Iraq* (26. Mai 2016).

britischen Militärs im Irak und in Syrien. Er sagte: „In Syrien ist das Ziel, **die Kommando- und Kontrollstrukturen** [des Gegners] **zu unterbrechen** sowie seine **Kommunikationslinien zu stören und unbrauchbar zu machen**“. Im Irak dagegen, so die Aussage, strebte die Strategie eine „**taktische Überwältigung** [tactical overmatch]“ an.¹⁵⁶

Als Berufssoldat verwendet der DCDS hier zwar die ordnungsgemäße militärische Terminologie, um das Vorgehen jener zu beschreiben, für die er letztlich Verantwortung trägt; es gelingt ihm jedoch nicht, den zweifellos zutreffenden Gehalt seiner Aussage in eine auch für militärische Laien nachvollziehbare Sprache zu „übersetzen“. Indem er sich auf einen technischen Sprachgebrauch zurückzieht, unterlässt er es, den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses zu erklären, was genau „**taktische Überwältigung**“ im Feld bedeuten kann.

Später berichtet der DCDS, wie sich der Einsatz von Luftangriffen auf Daesh auswirke:

„Es gibt eine bestimmte Anzahl von Zielbereichen [target sets] ... **die Fähigkeit des Kalifats, sich selbst zu kommandieren und zu kontrollieren** ... seine Finanzen anzugehen und die Liquidität zu reduzieren ... [wir beabsichtigen,] einiges von seiner wichtigsten Infrastruktur zu zerstören.“

Indem er die (Eigen-)Bezeichnung „**Kalifat**“ als vagen Sammelbegriff für Menschen, Infrastruktur und Ideologie verwendet, bereinigt der DCDS die Auswirkungen des Krieges. Dieses „**Kalifat**“ als ein Konglomerat aus materiellen und konzeptuellen Elementen, als ein Stück Land und ein Stück Identität zugleich, steht in verantwortlicher Funktion für die (menschliche) Führungsspitze ein, die es tatsächlich lenkt und die so entmenschlicht wird. Militärische Gewalt wird nach dieser Darstellung gegen ein Konzept eingesetzt, nicht gegen Menschen. Zudem trifft es nicht zu, dass „**das Kalifat sich selbst kommandiert und kontrolliert**“, da es stets zu diesem Kalifat gehörige Menschen sind, die andere Menschen kommandieren und kontrollieren, die ebenfalls dem Kalifat angehören. In der zitierten Konstruktion ergibt sich ein sehr abstraktes Schema von Kommando und Kontrolle; in der Realität jedoch, aus der Perspektive eines RAF-Piloten etwa, sind diese „Strukturen“ sehr viel

¹⁵⁶ Ebd.

konkreter, wirklicher, greifbarer. Letztlich sind es Kommunikationseinrichtungen und Menschen, die bombardiert und zerstört bzw. getötet werden.

Im selben Zusammenhang teilte das britische Verteidigungsministerium mit (in einer schriftlichen Stellungnahme für den Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Verteidigungsausschusses):

„Die Koalition ist nun **in die Schwächungsphase** [degrade phase] der Kampagne **eingetreten**. ... [S]owohl im Irak als auch in Syrien **wird die Luftmacht der Koalition zur Anwendung gebracht, um die Kopfstärke** [numbers] **und Kampfmoral von Daesh zu senken; um durch die Zerstörung von Fahrzeugen seine Manövrierfähigkeit einzuschränken** [to degrade] **und die Kosten offener [Truppen-]Bewegungen zu erhöhen; um Verteidigungsstellungen und Nachschublager zu zerstören; um Nachschublieferungen auf vorgeschobene Positionen zu unterbinden; um Elemente aus Führungsstrukturen zu isolieren; um Angehörige der unmittelbaren Führungsspitze zu eliminieren** ...“¹⁵⁷

Dass der erste Satz der zitierten Passage mit der blassen Formulierung „**in die Schwächungsphase ... eingetreten**“ eröffnet, mag man entschuldigen; immerhin folgt er unmittelbar auf die militärische Terminologie des vorigen Abschnitts und die Koalition war wohl tatsächlich in eine entsprechend projektierte Phase ihres Schlachtplans eingetreten. Aber die Erläuterungen, die hierauf folgen, sollten den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses einen Eindruck von der *Realität* des Militäreinsatzes vermitteln – zu deren Untersuchung ist der Ausschuss schließlich eingesetzt worden –; doch das tun sie nicht. Erstens steht an zentraler Stelle in dem entsprechenden Satz das Abstraktum „**Luftmacht**“. Wer ist diese „**Luftmacht**“ der Koalition und wie kann man sie für ihr Handeln zur Rechenschaft ziehen? Diese Fragen bleiben unbeantwortet. Der Verfasser verwendet eine Passiv-Konstruktion („**wird ... zur Anwendung gebracht**“), wodurch die tatsächlich handelnden, hier jedoch verborgenen Subjekte – die Kampfpiloten der Koalition und ihre

¹⁵⁷ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, *Memorandum submitted by the Ministry of Defence for House of Commons Defence Select Committee Report: UK Military Operations in Syria and Iraq* (1. Dezember 2015), www.data.parliament.uk.

befehlshabenden Offiziere nämlich – von den Konsequenzen ihres Handelns abgelöst und getrennt werden. Anschließend werden die Daesh-Anhänger entmenschlicht und auf die bloßen „Zahlen“ ihrer „**Truppenstärke** [numbers]“ reduziert, die nun **gesenkt** würden. Viel offensichtlicher kann Abstraktion wohl kaum als sprachliches Werkzeug eingesetzt werden. Zusätzlich bereinigt wird die Darstellung dadurch, dass die „**Kampfmoral**“ aufgerufen wird, die an die Seite (bzw. Stelle) der nicht erwähnten Menschenleben tritt. Dieser gesamte Satz könnte auch lauten „die Royal Air Force tötet Daesh-Mitglieder“, doch hat der Verfasser sich dagegen entschieden, seine Botschaft so zu formulieren, weil dann die politische Last ganz eindeutig auf den Schultern der britischen Regierung zu liegen käme. Die Aussage, man wolle **„durch die Zerstörung von Fahrzeugen [die] Manövrierfähigkeit [des Gegners einschränken] und die Kosten offener [Truppen-]Bewegungen ... erhöhen“**, könnte man auch so formulieren: „Die Royal Air Force wird Mitglieder von Daesh töten, wenn sie versuchen, sich von einem Ort zum anderen zu bewegen, und wird ihre Fahrzeuge zerstören“.

Bisweilen wird die britische Regierung in ihren Aussagen deutlicher, wenn auch die Abstraktionen selbst dann nicht ganz fehlen. In einem offiziellen Bericht des britischen Verteidigungsministeriums wird zunächst eine Rechtfertigung für eine Reihe von RAF-Angriffen auf Ziele im irakischen Mossul geliefert, bevor dann kurze Beschreibungen des jeweils Vorgefallenen folgen. Die Rechtfertigung lautet: „Es war [der RAF] möglich, **Luftunterstützung von unschätzbarem Wert** [invaluable] zu liefern. **Ohne diese [Luftunterstützung] wären die irakischen Truppen nicht in der Lage gewesen, Mossul zurückzuerobern ...**“.¹⁵⁸ Es ist für den Leser unmöglich, diese Darstellung zu hinterfragen, da keinerlei Informationen geliefert werden, die eine abweichende Einschätzung der Situation ermöglichen würden. War die Unterstützung durch die RAF-Flugzeuge für die Iraker tatsächlich **„von unschätzbarem Wert“**? Wäre es ihnen nicht vielleicht doch möglich gewesen, Mossul allein zurückzuerobern? Hätte kein anderes Mitglied der Anti-IS-Koalition diese Aufgabe erfüllen können? Verständlicherweise wird der Beitrag der RAF-Angriffe auch im weiteren Verlauf des Berichts positiv eingeschätzt: als **„kaum zu überschätzen** [invaluable]“ und **„zur engen Unterstützung irakischer Kräfte“**.

Anschließend stellt der Bericht die einzelnen Angriffe ausführlicher dar; wie es sich auch bei anderen Beschreibungen von Angriffen durch britische Truppen beobachten lässt,

¹⁵⁸ *Warfare Today*, „RAF plays its Part in re-taking Mosul“ (10. Juli 2017).

werden abstrakte Begriffe verwendet, um das Kampfgeschehen vor Ort zu beschreiben: **Ziele** seien getroffen worden, zu denen **Gruppen** und **Teams** gehört hätten. Das lässt aufhorchen, bedeutet es doch immerhin eine realistischere Beschreibung menschlicher Opfer, als in derlei offiziellen Verlautbarungen üblich ist. Allerdings wird diese „menschliche“ Darstellung gleich wieder qualifiziert, indem der „barbarische“ Status der Zielpersonen als **Terroristen** betont wird, was dem Leser wohl eine gewisse Gleichgültigkeit ihrem Schicksal gegenüber einimpfen soll. Eine klare Linie lässt sich jedoch kaum feststellen; später im Text ist der Sprachgebrauch wieder entmenschlichend und abstrakt: „[Die RAF hat] **punktgenaue Angriffe auf zwei Feuerstellungen** [durchgeführt], an denen die **Terroristen eine rückstoßfreie Panzerbüchse und ein Maschinengewehr positioniert hatten**.“¹⁵⁹ In diesem Satz werden die Angriffe auf die **Feuerstellungen** durchgeführt, nicht auf Menschen (und vielleicht handelte es sich ja tatsächlich um verlassene Gebäude). Das Ergebnis der Angriffe wird verschwiegen – blieb von dem Ziel etwa nur ein Haufen Schutt übrig? Oder wurden Daesh-Kämpfer getötet? Die Verwendung des Begriffs **punktgenau** [pinpoint] soll neben Assoziationen von militärischer Professionalität und Kompetenz auch den Eindruck erwecken, dass die Verantwortlichen den Einsatz mit Sorge und Rücksicht auf die Zivilbevölkerung geplant hätten, was das Rahmennarrativ bekräftigt.

i) Menschenrechte und Drohneneinsatz

Der Sonderausschuss des gemeinsamen Menschenrechtsausschusses im britischen Parlament hat nach der oben erwähnten Tötung der beiden britischen Staatsangehörigen Khan und Hussain den Einsatz von Kampfdrohnen durch das britische Militär untersucht. Der Titel seines Abschlussberichts springt ins Auge: *Die politische Linie [policy] der [britischen] Regierung hinsichtlich des Einsatzes von Drohnen zur gezielten Tötung*. Das Wort „Tötung“ wird hier auf eine Weise verwendet, vor der die Regierung selbst bislang immer zurückgeschreckt ist; außerdem lässt die Formulierung keinen Zweifel daran, dass es zum Vollzug solcher Tötungen eine „politische Linie“ oder „Strategie“ gibt (was in den Verlautbarungen der Regierung selbst nicht ganz so deutlich wird). Dieser Bericht stellt einen

¹⁵⁹ Ebd.

interessanten Vergleichspunkt dar, was die Sprachverwendung im Kriegsdiskurs in Großbritannien betrifft.¹⁶⁰

Selbstverständlich will die britische Regierung unter allen Umständen vermeiden, dass man ihr „gezielte Tötungen“ zum Vorwurf machen kann, denn das klingt schon fast wie „Meuchelmord“ – und Meuchelmord ist verboten. Dementsprechend widersprüchlich sind die Antworten, die Regierungsstellen auf die Frage gegeben haben, ob es in Großbritannien eine solche „politische Linie hinsichtlich gezielter Tötungen“ gebe. Der Verteidigungsminister Fallon schien bei seinen mündlichen Einlassungen zu diesem Thema eine ganz eindeutige Position zu vertreten, als er erklärte: „Eine Strategie [policy] gezielter Tötungen gibt es nicht.“ Auf die Nachfrage jedoch, ob die britische Regierung unter vergleichbaren Umständen wieder gleich handeln würde, antwortete er:

„Wenn es eine direkte, unmittelbar bevorstehende Bedrohung des Vereinigten Königreiches gibt und keine andere Möglichkeit besteht, damit umzugehen – wenn sich diese Bedrohung nicht einfach unterbinden lässt oder man die Leute festnimmt, die daran beteiligt sind –, dann bleibt uns als letztes Mittel natürlich nur die Anwendung von Gewalt.“¹⁶¹

Durch Fallons Aussage wird deutlich, unter welchen Bedingungen die britische Regierung eine solche Entscheidung zum Gewalteininsatz erneut – vielleicht sogar immer wieder – treffen würde. Doch wenn etwas wiederholt veranlasst wird, könnte man dies dann nicht als eine „politische Linie“ oder „Strategie“ bezeichnen? Zu genau dieser Einschätzung gelangte auch der parlamentarische Menschenrechtsausschuss und schloss mit der Feststellung, dass es „trotz der bisweilen verwirrenden Erklärungen der [britischen] Regierung ... klar ist, dass die Regierung eine Strategie [policy] zur auswärtigen Anwendung tödlicher Gewalt verfolgt, und das auch außerhalb militärischer Konflikte ...“.¹⁶²

Wortwechsel wie dieser sind deshalb bemerkenswert, weil ein Regierungsvertreter wie der Verteidigungsminister Fallon sich selbst in Abwesenheit der emotionalen und

¹⁶⁰ Britisches Parlament, Menschenrechtsausschuss, *The Government's policy on the use of drones for targeted killing* (27. April 2016).

¹⁶¹ Britisches Parlament, Menschenrechtsausschuss, *The Government's policy on the use of drones for targeted killing*, 16. Dezember 2015.

¹⁶² Britisches Parlament, Menschenrechtsausschuss, *The Government's policy on the use of drones for targeted killing*, 37.

politischen Implikationen, die das Sprechen über einen konkreten Militäreinsatz oder Krieg mit sich bringt, nicht dazu durchringen kann, das Wort „töten“ in den Mund zu nehmen – es sei denn, man zwänge ihn dazu. Selbst in der oben zitierten Passage ersetzt er „töten“ durch „die Anwendung von Gewalt“, und das, obwohl man ihn dezidiert nach „gezielten Tötungen“ gefragt hatte. Und tatsächlich spricht er selbst nur dann von „töten“ oder „Tötungen“, wenn er die Existenz einer „Strategie gezielter Tötungen“ leugnet (was angesichts seiner weiteren Aussagen widersprüchlich erscheint). Die britische Regierung gibt sich in der Regel die größte Mühe, zu zeigen, dass es sich bei den von ihr autorisierten Tötungen in Wirklichkeit um hochpräzise „Gewaltanwendungen“ handelt, die – wie oben bereits angeführt – „**punktgenau**“ vorgenommen werden, und zwar an spezifischen (nicht undifferenzierten) **Zielen**. Während die hierbei auftretenden Widersprüche für die militärischen oder juristischen Experten unter Verweis auf fundamentale rechtliche Unterscheidungen auflösbar sein mögen, zeigen sie doch nur, wie verworren sich die Lage aus der Laienperspektive darstellt.

j) Tendenzen?

Die vorgestellten Belege scheinen auf zwei Tendenzen in den hier betrachteten Fällen hinzudeuten: Erstens war die Sprache, die zur *Rechtfertigung* eines Vorgehens eingesetzt wurde, in der Regel eindeutig, gefühlsbetont und darauf ausgerichtet, die Öffentlichkeit – als Wahlvolk – von der Richtigkeit des Regierungshandelns zu überzeugen. Zweitens ist deutlich geworden, dass *Erklärungen* bezüglich auswärtiger Gewaltanwendung durch die „eigene Mannschaft“ immer wieder mit bereinigter bzw. bereinigender Sprache durchgesetzt sind – und man muss unterstellen, dass dies mit Absicht geschieht. In der Kommunikation britischer Regierungsstellen über andere Konflikte der jüngsten Zeit lassen sich Anzeichen für einen vergleichbaren Sprachgebrauch feststellen, doch kann hier aus Platzgründen nicht auf diese Vergleichsfälle eingegangen werden. Im nächsten Kapitel, dem Abschlusskapitel, werden die Ergebnisse der Untersuchung genauer diskutiert.

Kapitel 5: Diskussion

Abschließend soll nun die Frage erörtert werden, ob es sich bei der Verwendung bereinigter bzw. bereinigender Sprache um ein neues Phänomen handelt – oder ob es nicht immer schon so gewesen ist. Außerdem werden verschiedene Faktoren untersucht, die eine derartige Sprachverwendung beeinflussen können, bevor dann noch einige Bemerkungen zu den möglichen Auswirkungen folgen.

a) War es schon immer so?

Es ist durchaus möglich, in Zusammenhängen, die eine Verwendung bereinigter Sprache nahelegen, mit deutlichen Worten über die Anwendung von Gewalt zu sprechen. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs vertrat die britische Regierung die Auffassung, das Flächenbombardement ganzer deutscher Städte sei notwendig, obwohl angesichts des Kriegsverlaufs und der zu befürchtenden Folgen für die deutsche Zivilbevölkerung die Frage im Raum stand, ob dies denn wirklich unumgänglich und angemessen sei. Das ist nun kein unpassender Vergleich zu den Luftangriffen in Libyen oder im Irak, sondern gerade weil die Umstände und die sprachliche Rahmung der jeweiligen Bombardements so unterschiedlich sind, lassen sich hieran konstruktive Beobachtungen anknüpfen; der Vergleich ist dienlich, weil er uns zwingt, eine alternative, wenn auch vielleicht extreme, Perspektive in Betracht zu ziehen.

Lord Cecil, Churchills Minister für die Dominions, beantwortete die Fragen des Parlaments zu den alliierten Luftangriffen auf deutsche Städte in einer überaus anschaulichen Sprache: „Der Zweck dieser **intensiven Angriffen auf deutsche Städte** ist es ..., die Kriegsproduktion des Feindes zum Erliegen zu bringen, und das nicht nur ..., indem unter der Zivilbevölkerung Angst und Schrecken verbreitet wird.“ Allerdings setzt Cecil – obwohl er so direkt und deutlich über die Bombenangriffe spricht – ähnliche Techniken ein wie heutige Politiker, wenn sie die den starken Eindruck abdämpfen wollen, den die negativen Auswirkungen von Luftangriffen beim Publikum hinterlassen. Etwas später kehrt Cecil dann jedoch zu direkten Aussagen über die alliierte Gewaltanwendung zurück: „**Wir** sollten den nüchternen Tatsachen ins unverwandt ins Auge sehen ... und als nüchterne, unumstößliche Tatsache muss man es bezeichnen, dass Krieg eine schreckliche Sache ist, die

ohne Schmerz und Leiden nicht ausgeführt werden kann, oft zulasten derer, die überhaupt keine direkte Verantwortung für den Konflikt tragen ... **Wir können nicht erwarten, eine Art der Kriegführung zu entdecken, die ohne Schmerz und Leiden vonstatten ginge.**¹⁶³ Bei Cecil ist die britische Regierung (**wir**) Subjekt der Aussage und übernimmt so die Verantwortung für die Folgen der alliierten Bombenangriffe; dass diese Leid verursachen, spricht er deutlich aus. Dies unterscheidet sich von der Kommunikationsstrategie der britischen Regierung bei den Militäreinsätzen in Libyen 2011 sowie gegen Daesh. Bei einer anderen Gelegenheit wurde die Verbindlichkeit deutlich, mit der die Regierung Churchill ihre Luftkriegsstrategie und die damit verbundenen Kosten vertrat, als der Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair auf eine provokant formulierte Frage antwortete: „... **wenn ich mir** nur ein einziges Ziel [für Bombenangriffe auf] Deutschland aussuchen dürfte, dann wäre Berlin das Ziel, das **ich wählen würde**“.¹⁶⁴ Es wird deshalb deutlich, dass unter verschiedenen Bedingungen der Sprachgebrauch auch unterschiedlich ausfallen kann.

Der Gebrauch bereinigender Sprache in der jüngeren Vergangenheit läuft dem allgemeinen Trend im Kommunikationsverhalten der britischen Regierung zuwider, der – in der Theorie jedenfalls – in Richtung einer größeren Transparenz verlaufen ist. Spätestens seit der Amtszeit Tony Blairs als Premierminister (1997–2007) hat die britische Regierung eingesehen, dass es nötig ist, die Öffentlichkeit „auf dem Laufenden zu halten“ (durch kommunikatives, nicht durch strategisches Sprachhandeln), und die jeweiligen Regierungen haben selbst am meisten dazu beigetragen, ihr eigenes Handeln publik zu machen.¹⁶⁵ Dies schlägt sich in der Gesetzgebung nieder, die den einzelnen Ministerien die Verpflichtung auferlegt, die Öffentlichkeit über ihre Aktivitäten und Ausgaben zu informieren. Auch der in Kapitel 1 vorgestellte Armed Forces Act 2011 gehört in diesen Gesetzgebungszusammenhang. Der Sonderausschuss des Verteidigungsausschusses im britischen Unterhaus ist in seinem Bericht über *Operations in Iraq and Syria* („Militäreinsätze im Irak und in Syrien“) bemüht, die Regierung in dieser Sache beim Wort zu nehmen:

„Wenn **die Regierung** ihre Strategie der Luftschläge in Syrien weiterhin rechtfertigen und für legitim erklären sollte, dann **sollte sie die erforderlichen Einzelheiten** zu den jeweiligen Zielen **offenlegen**.“

¹⁶³ Britisches Parlament, *Hansard House of Commons Debate* (9. Februar 1944), Sp. 737.

¹⁶⁴ Britisches Parlament, *Hansard House of Commons Debate* (1. Dezember 1943), Bd. 395.

¹⁶⁵ B. Maartens, „From Propaganda to ‚Information‘: Reforming Government Communications in Britain“, *Contemporary British History* 30 (2016), 556.

Wir empfehlen deshalb, dass das Verteidigungsministerium diese Information, so weit wie möglich, frei zugänglich zu machen, damit eine realistische Bewertung der Effektivität der britischen Luftangriffe in Syrien vorgenommen werden kann.¹⁶⁶

Die Sprache des Berichts weicht deutlich vom Sprachgebrauch der Regierung ab. Die Verfasser legen außerdem Wert darauf, zwischen „Kollateralschäden“ und „zivilen Opfern“ zu unterscheiden, was einen Schritt in Richtung einer „Rehumanisierung“ des Krieges im offiziellen und öffentlichen Diskurs bedeutet.¹⁶⁷ (Der erste Begriff bezieht sich auf die unbeabsichtigte Beschädigung von Infrastruktur und Material, der zweite auf verwundete und getötete Zivilisten.

Im selben Zusammenhang ist es auch zu sehen, dass der unlängst veröffentlichte Untersuchungsbericht (*Integrated Review*) zu den strategischen Prioritäten Großbritanniens im kommenden Jahrzehnt zu diesen priorisierten Reformaufgaben auch die „Fähigkeit zu strategischer Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ zählt. Womöglich spricht hieraus auch die Erkenntnis, dass zwischen dem britischen Volk und seiner Regierung eine Wissensdiskrepanz besteht, die schädlich ist.¹⁶⁸

Es überrascht nicht, dass auch in der Presse immer wieder Besorgnis über die (mangelnde) Klarheit des öffentlichen Diskurses laut wird.¹⁶⁹ Matthew Parris hat das Problem in einem Artikel für die Londoner *Times* 2009 explizit angesprochen: „Es fällt nicht schwer, sich von der Kühnheit des Unterfangens, von den Akronymen und Euphemismen blenden zu lassen. An der bitteren Wahrheit ändert sich dadurch jedoch nichts.“ Parris schreibt weiter: „Sprache transportiert so viel. Die Akronyme und Phrasen vermitteln uns das Bild eines verrückten Mosaiks aus Bündnispartnerschaften und Kommandostrukturen ... sie erzählen uns von ratlosen Expats und Mitarbeitern von Hilfsorganisationen ... auf der Flucht vor der Realität.“¹⁷⁰

b) Was können wir aus diesen Vergleichen lernen?

¹⁶⁶ Britisches Parlament, Verteidigungsausschuss, *Report UK Military Operations in Syria and Iraq*, Absatz 75.

¹⁶⁷ Ebd., Absatz 58.

¹⁶⁸ Britisches Verteidigungsministerium, *Global Britain in a competitive age: The integrated Review of Security, Defence, Development and Foreign Policy* (2021), 97.

¹⁶⁹ Interviews mit dem Verfasser: D. Loyn, 3. Mai; S. Joshi, 21. April; K. Sengupta, 10. Mai; R. Fox, 14. Mai 2021.

¹⁷⁰ M. Parris, „In the fog, remember: victory is impossible in Afghanistan“, *The Times* 4. Juli 2009.

Wie bei der Lektüre von Paul Fussells Anthologie *The Bloody Game* deutlich wird, hat jede Epoche ihre eigene Sprache des Krieges.¹⁷¹ Worin bestehen also im Einzelnen die Unterschiede zwischen dem Sprachgebrauch im Zweiten Weltkrieg und jenem der Anti-IS-Koalition oder des Militäreinsatzes in Libyen 2011? Eine erste argumentative Linie kann sich auf Clausewitz berufen, der schreibt, dass der Krieg „in das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens [gehört]“ und somit die sozialen und kulturellen Zusammenhänge widerspiegelt, denen seine jeweiligen Protagonisten entstammen.¹⁷² Hieraus folgt, dass die Sprachverwendung öffentlicher Stellen im Kriegszusammenhang nicht zwangsläufig in bereinigender Absicht erfolgen muss; vielmehr spiegeln sich in ihr sprachliche Entwicklungen, die auch in der Gesellschaft als ganzer zu beobachten sind. Die Bereinigung der Sprache des Krieges in Großbritannien steht im Einklang mit einer (bisweilen infrage gestellten) Reduktion von Gewalt und Gewaltakzeptanz in der britischen Gesellschaft, außerdem mit dem gesellschaftlichen Tabu, über den Tod zu sprechen sowie einer weitgehenden Delegitimierung des Gewalteinsatzes in der Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere nach der Invasion im Irak 2003.¹⁷³ In diesem Zusammenhang sind Euphemismen in der Gesellschaft weit verbreitet und auch nützlich. Doch ist dies die Sphäre des sozial – nicht politisch – konstruierten Euphemismus; des kommunikativen, nicht des strategischen Euphemismus. Dieser kommunikative Euphemismus bleibt gesellschaftlich akzeptiert und, in einem gewissen Maße, auch sinnvoll, ja notwendig.¹⁷⁴ Die große Versuchung zum strategischen Gebrauch von Euphemismen rührt daher, dass dieser hochwirksam ist: Eine Times-Mirror-Umfrage in Großbritannien ergab, dass nur 21 Prozent der Befragten über die „Kollateralschäden“ des Krieges am Persischen Golf besorgt waren; fragte man jedoch nach den „zivilen Opfern und anderen unbeabsichtigten Schäden“, stieg diese Zahl auf 49 Prozent an.¹⁷⁵ Angesichts der Tatsache, dass Regierungen einerseits tun müssen, was sie für richtig halten, aber andererseits auch wiedergewählt werden wollen, argumentiert Laity, dass die Vermeidung einer offenen Konfrontation mit der Öffentlichkeit schon ausreicht, um einen politischen Anreiz zum Einsatz „farbloser“ oder abstrakter Sprache zu setzen.¹⁷⁶

¹⁷¹ P. Fussell (Hg.), *The Bloody Game: An Anthology of Modern War* (London: Scribners, 1991).

¹⁷² Clausewitz, *Vom Kriege*, 135 [Kap. 2.3]. Siehe auch C. Coker, *War in an age of risk* (Cambridge: Polity, 2009), 32.

¹⁷³ J. Gray, „Steven Pinker is wrong about violence and war“, *The Guardian*, 13. Mai 2015.

¹⁷⁴ K. Burridge, „Is political correctness a euphemism for euphemism?“ (1999), www.abc.net, 7. Mai 2021.

¹⁷⁵ Norris, „Military Censorship and the Body Count in the Persian Gulf War“, 231.

¹⁷⁶ Interview mit Laity.

Auch die Wissenschaft hat einen tiefgehenden Einfluss auf die moderne Kultur und damit auf die Praxis und sprachliche Vermittlung des Krieges gehabt. Wie der Politologe Antoine Bousquet schreibt: „Den sichtbarsten Einfluss mögen diese Technologien in materieller Hinsicht gehabt haben; doch sollte dies ihren tiefen kulturellen Einfluss nicht verdecken, denn sie sind umfassend in zeitgenössische Diskurse verstrickt, ob nun wissenschaftlicher, philosophischer oder anderer Natur.“¹⁷⁷ Der Kriegsdiskurs reflektiert diese Bewegung weg von Vorstellungen eines menschlichen und existenziellen Krieges und hin zum wissenschaftlich-instrumentellen Krieg; er ist durchsetzt mit der Sprache der Systeme, Netzwerke und Kosten-Nutzen-Analysen.

Als Reaktion auf diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen scheint – was nicht überraschend dürfte – die Bereitschaft öffentlicher Stellen zum Einsatz einer klaren, direkten Sprache mit der Unterstützung für den Einsatz des jeweiligen Krieges in der Öffentlichkeit zu korrelieren. Der Zweite Weltkrieg beruhte auf einem kohärenten und allgemein mitgetragenen Narrativ nationaler Sicherheit; er ließ sich leicht *rechtfertigen*, weil die Bedrohung für Großbritannien und andere Akteure der britischen Öffentlichkeit klar und deutlich vor Augen stand.¹⁷⁸ Die Sprache rund um die Versenkung des argentinischen Kreuzers *General Belgrano* im Falklandkrieg 1982 durch ein britisches U-Boot war ähnlich unverblümt; auch hier war der Bezug zur nationalen Sicherheit klar und die britische Öffentlichkeit unterstützte das Vorgehen weitgehend.¹⁷⁹ Eine derart breite Unterstützung gab der Regierung die nötige Freiheit, um ihr Vorgehen klar *erklären* zu können. Die Rechtfertigung, die von der britischen Regierung für den Militäreinsatz in Libyen 2011 vorgebracht wurde, war hingegen so facettenreich wie umstritten,¹⁸⁰ und obwohl die Kampagne gegen Daesh eine breite Unterstützung erfuhr, war das Vorgehen des britischen Militärs im Irak in der jüngeren Vergangenheit derart negativ besetzt, dass jede politische Stellungnahme zu den neuesten Aktionen einem Eiertanz gleichen musste.¹⁸¹ Abb. 2 illustriert die öffentliche Unterstützung für einige Konflikte und Kriege mit britischer Beteiligung. Es scheint, dass bereinigte Sprache vor allem dort zum Einsatz kommt, wo die Verbindung des Militäreinsatzes zur eigenen nationalen Sicherheit schwer zu erklären ist.

¹⁷⁷ A. Bousquet, *The Scientific Way of Warfare: Order and Chaos on the Battlefields of Modernity* (London: Hurst & Co., 2009), 239.

¹⁷⁸ M. Smith, „Jeremy Corbyn is on the right side of public opinion about foreign policy: except for the Falklands“, 30. Mai 2017, www.yougov.com.

¹⁷⁹ Britisches Parlament, *Hansard*, Bd. 23. 4. Mai 1982 www.api.parliament.uk.

¹⁸⁰ Colley, „What’s in it for us?“

¹⁸¹ Dahlgreen, *ISIS: How 57% came to favour air strikes*; Chilcot, *The Iraq inquiry*.

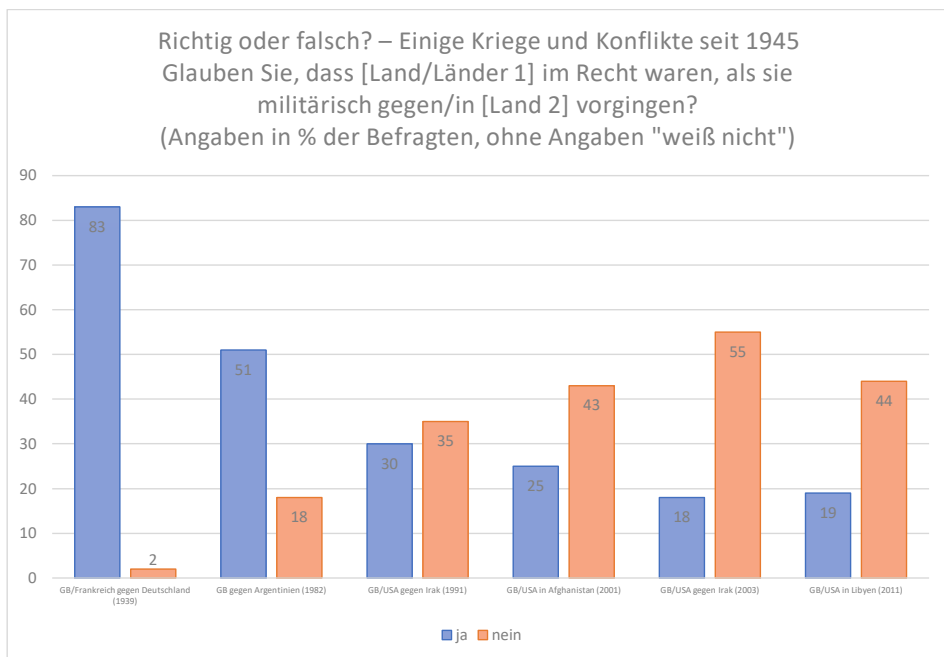


Abb. 2: Eine YouGov-Umfrage zur Unterstützung von Kriegen und Militäreinsätzen in der britischen Öffentlichkeit (Quelle: yougov.com, Datum der Erhebung: 19.–22.05.2017)¹⁸²

Mary Kaldor hat in ihrer eingehenden politischen Analyse dieser Zusammenhänge darauf hingewiesen, dass die treibende Kraft, die heute hinter Entscheidungen westlicher Regierungen zum Krieg stehe, nicht die Sorge um die *nationale*, sondern die um die *menschliche* bzw. *humanitäre* Sicherheit sei.¹⁸³ In Großbritannien wie auch in anderen liberalen Demokratien Europas stellt das Individuum das Kollektiv als grundlegende politische Maßeinheit infrage, aber es hat sich noch nicht völlig durchgesetzt. Das Konzept der Menschlichen Sicherheit hat sich zusammen mit diesem Phänomen entwickelt.¹⁸⁴ Regierungen *rechtfertigen* Kriege und Militäreinsätze unter Verweis auf die Menschliche Sicherheit, wie etwa 2011 in Libyen und beim Kampf gegen Daesh im Irak, und meinen deshalb, sie dürften nicht durch die Schädigung von Individuen auffallen. Die Tatsache, dass gerade einmal 50 Prozent der britischen Wähler ein militärisches Eingreifen aus humanitären

¹⁸² Smith, „Jeremy Corbyn is on the right side of public opinion about foreign policy“.

¹⁸³ M. Kaldor, „Revolutions of War“, *The Western Way of War*, 8. April 2021, www.spotify.com.

¹⁸⁴ Coker, *War in an age of risk*, 34.

Gründen befürworten, erhöht den Druck, die Durchführung der genannten Militäreinsätze „sauber“ zu gestalten.¹⁸⁵ Infolgedessen unternahmen die militärischen Führungsspitzen inzwischen erhebliche Anstrengungen, um die emotionalen Kosten des Krieges zu verbergen; Nachrufe und Sterbelisten sind zum zentralen Schlachtfeld der Öffentlichkeitsarbeit geworden; das Unterschlagen der eigenen Todeszahlen sowie die Entmenschlichung des Gegners sollen eine günstigere – oder wenigstens eine weniger ungünstige Reaktion der Öffentlichkeit auf den Krieg bewirken.¹⁸⁶ Besonders deutlich wurde dies in der Zeit, in der die Friedensdividende des Kalten Krieges eingefahren wurde. Im Gespräch nennen sowohl Shea als auch Laity die Jugoslawienkriege als den historischen Moment, an dem sich im britischen Kriegsnarrativ eine Trendwende vollzogen hat, die das Schutzverantwortungs-Prinzip der Vereinten Nationen (*Responsibility to Protect principle*) beispielhaft verkörpert.¹⁸⁷ Auch das britische Militär hat auf diese Schwerpunktverlagerung reagiert, durch die der Wert von Gewaltanwendung als Werkzeug der Politik infrage gestellt wurde – zumindest in öffentlichen Verlautbarungen. Im Jahr 1996 wurde in Großbritannien ein neues, gemeinsames Hauptquartier aller Waffengattungen eingerichtet (*Permanent Joint Headquarters, PJHQ*). Im Einklang mit ihrer Interpretation des neuen politischen Kontexts bedienten sich Stabsoffiziere wie Kommandeure absichtlich einer bereinigten Sprache, um die bleibende Relevanz des Militärs in dem entstehenden (weniger gewaltsamen) politischen Kontext zu unterstreichen.¹⁸⁸ Nicht auszuschließen, dass diese nicht-konfrontative Sprache auch deshalb eingesetzt wurde, weil sie besser zur traditionell zurückhaltenden britischen Entscheidungskultur passte, die Kenneth Walz so beschrieben hat: „[geprägt von dem Bemühen], Konflikte zu dämpfen und Gefahren herunterzuspielen; lieber Kompromisse einzugehen als zu kämpfen; Entscheidungen zu vertagen; Probleme lieber zu verunklaren, als ihnen klar ins Auge zu sehen“.¹⁸⁹

Die bereinigte Sprache wurde zum internen Jargon der Streitkräfte und ist bis heute ein Bestandteil ihres internen Diskurses geblieben. Nach der Einschätzung von Robert Seely und David Loyn greift die Verwendung dieses Jargons auf Bereiche über, die mit dem Militär zusammenarbeiten, weil die dort Beschäftigten in ihrer Professionalität ernstgenommen und Teil der „Ingroup“ werden wollen. Stewart schließt sich dieser Einschätzung an und schreibt:

¹⁸⁵ Knight u. a., *Hard choices ahead* (London: Chatham House, 2012), 24.

¹⁸⁶ Norris, „Military Censorship and the Body Count in the Persian Gulf War“, 238 und 230.

¹⁸⁷ Interviews mit Laity und Shea.

¹⁸⁸ P. Roberts, Interview mit dem Verfasser, 12. Mai 2021.

¹⁸⁹ K. Waltz, *Foreign Policy and Democratic Politics* (London: Longmans, 1968), 141.

„Minister fühlen sich wie Hochstapler“, wenn sie ein neues Regierungsressort übernehmen, über dessen Arbeit sie womöglich nur wenig detaillierte Kenntnis hätten.¹⁹⁰ Allerdings unterstreicht er auch, dass dies den Kommunikator (Politiker) nicht von seiner Pflicht entbinde, sich auf angemessene Weise an sein Publikum zu wenden und als eine Art von „Dolmetscher“ zu fungieren.¹⁹¹ Bereinigte Sprache sollte nicht mit dem Argument entschuldigt werden, es handele sich schlicht um Jargon, der am falschen Ort zum Einsatz komme; Jargon – als Fachsprache – kann nämlich durchaus seinen Wert haben. Und obwohl ein solcher fachsprachlicher Jargon für Außenstehende schwer verständlich sein mag, ist sein Zweck doch, eine Art von sprachlicher Verknappung, einen Code von vordefinierten Abkürzungen, zu erzielen und die Zugehörigkeit zur „Ingroup“ zu signalisieren. Nie ist es dagegen sein Ziel, negative Gehalte zu beschönigen oder mit einer „Outgroup“ zu kommunizieren.¹⁹² Hierin besteht der Unterschied zwischen einem (fachsprachlichen) Jargon und der bereinigten Sprache.

Auch gesetzliche und politische Vorgaben wirken sich darauf aus, wie öffentliche Stellen kommunizieren. Es gibt also in manchen Umständen technische Einschränkungen, die die bestimmen, wie gewisse Ereignisse oder politische Strategien genannt werden dürfen und wie sie beschrieben werden können. Wie in Kapitel 4 ausgeführt, waren sich die vor einem Untersuchungsausschuss des britischen Parlaments befragten Minister und andere Regierungsvertreter der Gefahr durchaus bewusst, dass man sie der Durchführung (illegaler) Mordanschläge beschuldigen könnte, wenn sie durch ihre Wortwahl den Eindruck erweckten, die britische Regierung verfolge eine Strategie gezielter Tötungen. Ihre Reaktionen auf den Regimewechsel in Syrien 2011 wurden auf ähnliche Weise durch die bestehenden Gesetze geformt. Verständlicherweise – denkt man an die Erfahrungen mit juristischen Gruppierungen wie Public Interest Lawyers – sind Regierungsvertreter auch besorgt, sie könnten verklagt werden. Wenn jedoch eine Diskrepanz zwischen der offenbaren Realität und dem Narrativ erkennbar wird, gibt es auch noch andere, eher langfristig wirksame Gefahren, insbesondere eine Schwächung von Vertrauen und Verständnis aufseiten der Bürger bzw. Wähler. Auf diese Auswirkungen wird die Studie gleich noch einmal zurückkommen.

¹⁹⁰ Interview mit R. Seely, 24. März 2021, und Interview mit Loyn.

¹⁹¹ Interview mit Stewart.

¹⁹² Abrantes, „Euphemism and co-operation in discourse“, 87.

Im selben Zusammenhang wiesen die Interviewpartner darauf hin, dass hohe Beamte und Politiker sich einen gewissen „Manövrier-“ oder „Spielraum“ erhalten müssten, d. h. die Freiheit, ihren Kurs anzupassen oder zu ändern, wenn die Umstände sich ändern (oder sie es vermeiden wollen, zur Rechenschaft gezogen zu werden). Dies führe oftmals zu einer absichtlich „dunklen“, wenig spezifischen Ausdrucksweise, die es dem Sprecher jedoch ermöglicht, ihre Position auf die beschriebene Weise anzupassen. Zwar ist dieses Vorgehen verständlich, bisweilen sogar notwendig und in vielen Einzelfällen auch unschädlich; jedoch wohnen dieser Taktik auch Gefahren inne, auf die unten noch genauer eingegangen wird.¹⁹³ Stewart eröffnet eine weitere Perspektive, wenn er die Auffassung vertritt, dass manche Politiker durch Selbsttäuschung ihr eigenes Denken korrumpierten und sich dies dann in der Sprache ausdrückte.¹⁹⁴ Im gegebenen Fall haben die Vertreter britischer Regierungsstellen sich selbst so sehr von ihrer eigenen, bereinigten Version der Geschichte – ihrem spezifischen Narrativ – überzeugt, dass sie es selbst glauben.¹⁹⁵ So werden ihre Aussagen unwissentlich zu Falschaussagen, da ihnen gar nicht mehr bewusst wird, wie weit sich ihre Darstellung und Sicht der Dinge von der Realität entfernt hat.¹⁹⁶

c) Spielt dies alles überhaupt eine Rolle?

Aufbauend auf den in Kapitel 1 vorgebrachten Argumenten ließe sich sagen, dass die britische Öffentlichkeit sich offenbar immer dann für Fragen der Verteidigungspolitik interessiert, wenn diese „sichtbar“ werden – und nicht notwendig dann, wenn sie wichtig sind.¹⁹⁷ In Umfragen darüber, welche Problembereiche über das Wahlverhalten in Großbritannien entscheiden, steht die Verteidigungspolitik immer wieder auf den hinteren Plätzen; in den Jahren 2017 und 2019 stand das Thema auf Rang 10. In einem gewissen Sinn zeigt dies, dass das Militär seine Arbeit gut gemacht hat.¹⁹⁸ Allerdings äußern zwischen 62 und 69 Prozent der Befragten auch Besorgnis darüber, dass sie verteidigungspolitische Fragen so schlecht verstanden.¹⁹⁹ Es scheint, dass die Populärkultur, dass Bücher,

¹⁹³ Interview with einem politischen Berater, April 2021.

¹⁹⁴ Interview mit Stewart.

¹⁹⁵ A. Galeotti, „Liars or self-deceived? Reflections on political deception“, *Political Studies* 63 (2015), 887–902.

¹⁹⁶ G. Carafiglio, *Involuntary Witness* (London: Bitter Lemon Press, 2005).

¹⁹⁷ Interview mit Sengupta.

¹⁹⁸ S. Prescott-Smith, „Which Issues will decide the general election“ (7. November 2019), www.yougov.co.uk.

¹⁹⁹ Royal British Legion, *How much do you know about the Armed Forces?* <https://www.britishlegion.org.uk>; Lord Ashcroft, „The Armed Forces & Society: The military in Britain – through the eyes of Service personnel, employers and the public“ (Mai 2012) www.lordashcroftpolls.com.

Videospiele und Filme, aber auch Bilder aus Kriegs- und Konfliktgebieten (mit all ihren Beschränktheiten) das intuitive Verständnis der Öffentlichkeit davon, was Krieg sei, immer wieder „auffüllen“.²⁰⁰ Man hat die Frage gestellt, ob dies wirklich ausreiche und ob es nicht vielmehr einen Anreiz für staatliche Stellen gebe, die harte, unschöne Seite der Gewalt ebenfalls offen anzusprechen.²⁰¹

Allerdings ist, *gerade weil* der Einfluss der Populärkultur auf die Konzeptualisierung von Krieg im öffentlichen Bewusstsein so dominant ist, die Qualität der Kommunikation von Staatsorganen untereinander so wichtig – und hierzu gehört auch deren Sprachgebrauch. Umso mehr gilt dies, als das britische Verteidigungsministerium inzwischen ganz die Strategie verfolgt, mit allen Gegnern Großbritanniens im „Wettstreit“ zu liegen, ohne irgendjemandem tatsächlich den Krieg zu erklären.²⁰² Dies führt dazu, dass das Verteidigungsministerium eher dazu neigt, seine Operationen außerhalb des öffentlichen Bewusstseins – und ganz bestimmt jenseits öffentlicher Überprüfung – durchzuführen – und damit auch jenseits des intuitiven öffentlichen Verständnisses davon, was Krieg und Gewalt bedeuten.

Sir Jeremy Greenstock vertritt die Auffassung, der gezielte Einsatz bereinigter Sprache könne durchaus recht und billig sein: Staatliche Stellen sollten die Öffentlichkeit gegen die Details der Anwendung „harter Macht“ abschirmen, weil es den Staatsdienst ja gerade ausmache, dass er die Last auch von Gewaltanwendung klaglos auf sich nehme; dies sei es ja, was die Öffentlichkeit vom Staat erwarte.²⁰³ In diesem Zusammenhang haben Greenstock wie auch höhere britische Offiziere argumentiert, dass mysteriöser Nimbus, „konstruktive Mehrdeutigkeit“ (Henry Kissinger) und echte Geheimhaltung hilfreiche Werkzeuge für Diplomatie, Verhandlungen und Militäroperationen sein könnten. Regierungen wollen in der Regel nicht genau erklären, was sie zu tun fähig oder bereit wären, weil dies ihren Gegnern und Wettbewerbern einen Vorteil verschaffen würde.²⁰⁴ Shea weist auch auf die Schwierigkeiten hin, die in der Zusammenarbeit mit Partnern und Verbündeten auftreten könnten. So müsse beispielsweise die NATO die widerstreitenden Forderungen der amerikanischen und der deutschen Öffentlichkeit ausbalancieren, die sehr unterschiedliche Auffassungen vom Wert – und der Notwendigkeit – auswärtiger

²⁰⁰ Interviews mit Ingham und Roberts.

²⁰¹ D. Nicholls, Interview mit dem Verfasser, 24. Mai 2021.

²⁰² Britisches Verteidigungsministerium, *Global Britain in a competitive age*.

²⁰³ J. Greenstock, Interview mit dem Verfasser, 21. Mai 2021.

²⁰⁴ Ebd. und Interviews mit hochrangigen Offizieren.

Gewaltanwendung hätten. Da dies auch unterschiedliche Erfordernisse an die Kommunikationsstrategie für die jeweiligen Länder mit sich bringt, macht das Reden über Gewalt in solchen Zusammenhängen zu einer Herausforderung.²⁰⁵

Nachdem nun eingehend betrachtet worden ist, *warum* Regierungsorgane in Großbritannien sich einer bereinigten Sprache bedienen, wenden die Untersuchung sich nun den möglichen negativen Auswirkungen einer solchen Sprachverwendung zu. Bereinigte Sprache wirkt sich auf das Vertrauen der Bürger zu den Organen ihres Staates aus, aber auch auf ihr Verständnis von Gewaltanwendung. Diese beiden Kernprobleme erzeugen, wie Loyn sagt, ein „Demokratiedefizit“²⁰⁶ und schränken die Handlungsfreiheit der staatlichen Organe ein.

d) Geschmälertes Vertrauen

Wie in Kapitel 2 diskutiert, bildet Vertrauen – das wohl auf Transparenz beruht – die Grundlage für die Handlungsfreiheit der britischen Regierung und ihrer Behörden. Die Verwendung bereinigter Sprache höhlt diese Grundlage unnötig aus – und bewirkt so, paradoxerweise, eine Verringerung des Handlungsspielraums, der durch die Verwendung bereinigter Sprache ja vermutlich gerade gesichert werden soll. Wenn um die sicherheitspolitischen Interessen Großbritanniens geht, überwiegen in der britischen Öffentlichkeit die „Falken“, die einen harten Kurs vertreten: 52 Prozent der Bürger befürworten ein militärisches Eingreifen aus Prinzip, wenn britische Staatsbürger bedroht sind; fast 80 Prozent befürworten ein Eingreifen, um britisches Territorium zu beschützen.²⁰⁷ Ganz im Sinne der in Kapitel 2 vorgebrachten Argumentation meint auch Dandeker, dass die Öffentlichkeit bereit sei, beträchtliche Kosten zu tolerieren, „sofern die Mission mit klaren Worten vermittelt wird und die Regierung den Bürgern das Kosten-Interessen-Verhältnis in dem gegebenen Fall überzeugend darlegen kann“.²⁰⁸ Bedenkt man, wie stark die Zustimmung zu einem harten außenpolitischen Kurs eigentlich ist, erscheinen die vermeintlichen Anreize zu einer Vertuschung militärischer Gewaltanwendung jeglicher Grundlage zu entbehren.

²⁰⁵ Interview mit Shea.

²⁰⁶ Interview mit Loyn.

²⁰⁷ Knight, *Hard choices ahead*, 24.

²⁰⁸ C. Dandeker, persönliche Mitteilung, 3. Mai 2021.

Wie deutlich wird, handelt es sich bei der Verwendung bereinigter Sprache um eine unnötige, auf kurzfristige Wirkung ausgelegte Taktik, die auf lange Sicht erhebliche Nachteile mit sich bringt. Machiavellis Argument, dass Unaufrichtigkeit nützlich sei, weil die meisten Menschen sowieso nie dahinterkämen,²⁰⁹ lässt sich nicht direkt auf die gegenwärtige politische Landschaft Großbritanniens übertragen, die von zahlreichen Untersuchungsausschüssen geprägt ist, und wo das Verhältnis zwischen der Öffentlichkeit und der politischen Sphäre zeigen soll „wie eine Freundschaft unter Gleichen idealerweise aussehen sollte“.²¹⁰ Hier sorgt ein Mangel an Transparenz dafür, dass das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Regierung weiter zunimmt, womit am Ende der Handlungsspielraum der staatlichen Organe eingeschränkt wird. Seit der Jahrtausendwende lässt sich in Großbritannien beobachten, wie das Misstrauen Politikern gegenüber zunimmt.²¹¹ Lediglich 37 Prozent der Befragten gaben 2014 an, der Premierminister werde in einer Parlamentsdebatte über Militäreinsätze vermutlich die Wahrheit sagen;²¹² 56 Prozent meinten, Politiker neigten inzwischen mehr dazu „als noch vor ein paar Jahren“, zu lügen oder die Öffentlichkeit zu täuschen. Übrigens waren 73 Prozent der Befragten der Überzeugung, dass man nicht lügen dürfe – noch nicht einmal im Interesse der nationalen Sicherheit.²¹³ Vertrauen und Transparenz bedeuten den Bürgern viel. Und die britischen Streitkräfte genießen in der Öffentlichkeit noch immer ein hohes Maß an Respekt.²¹⁴ Während die Streitkräfte hierdurch womöglich vor den negativen Auswirkungen der öffentlichen Meinung abgeschirmt werden, stehen die Regierung und ihre Behörden weitgehend schutzlos da – dabei sind sie es, die dem Militär seine Handlungsfreiheit geben; wenn die Regierung eingeschränkt wird, gilt dasselbe für das Militär. Der Vertrauensverlust trifft auch die britischen Streitkräfte gleichermaßen, wenn auch indirekt.

e) Unverständnis

²⁰⁹ Niccolò Machiavelli, *Il Principe / Der Fürst*, ital./dt., übers. v. Philipp Rippel (Stuttgart: Reclam, 2007).

²¹⁰ Interview mit Stewart.

²¹¹ P. Whiteley u. a., „Why Do Voters Lose Trust in Governments? Public Perceptions of Government Honesty and Trustworthiness in Britain 2000–2013“, *British Journal of Politics & International Relations* 18 (2016), 234.

²¹² YouGov, *Report on British attitudes to Defence Security and the Armed Forces*, 25. Oktober 2014, www.yougov.co.uk.

²¹³ Edelman, *2020 trust barometer UK results*, 7. Mai 2021.

²¹⁴ C. Dandeker u. a., „The UK's Armed Forces: public support for the troops but not their missions“, in: *British Social Attitudes Survey 2012*, 152.

Bereinigte Sprache schwächt das Verständnis der Öffentlichkeit von der auswärtigen Gewaltanwendung, wodurch ein „Demokratiedefizit“ entsteht.²¹⁵ Man kann nicht erwarten, dass die Wähler den Einsatz von Gewalt durch ihre Regierung genau verstehen, wenn man ihnen hierüber keine genauen Informationen liefert. Und wenn das Verständnis der Bürger von dem staatlichen Gewalteinsatz ungenau bleibt, wird das ordnungsgemäße Funktionieren der Demokratie untergraben. Schließlich ist, wie auch Habermas ausführt, eine informierte Öffentlichkeit zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.²¹⁶ So üben also die Organe des Staates durch die Verwendung strategischer Sprache und den Versuch, kriegsbezogene Narrative zu kontrollieren, eine erhebliche Macht über das Wahlvolk aus.

Hinsichtlich ihres kriegsbezogenen Wissens befinden sich die Bürger in einer schwachen demokratischen Position, da sie über ein zu geringes organisches Verständnis von Gewalt verfügen, als dass eine wirklich effektive partizipative oder repräsentative Demokratie möglich wäre: Man bedenke nur die geringe Zahl von Wählern, die tatsächlich über ausreichende eigene Kriegserfahrung verfügen, um ihre politische Willensbildung hieran auszurichten; gerade einmal 5 Prozent der britischen Bevölkerung über 16 Jahre sind Veteranen oder dienen zur Zeit in den britischen Streitkräften.²¹⁷ Entsprechend gering ist die Zahl der Parlamentsabgeordneten mit militärischer Erfahrung. Im Laufe der Zeit wirkt sich diese Situation unweigerlich darauf aus, wie die britische Öffentlichkeit über den Einsatz militärischer Gewalt denkt – und wie sie hinsichtlich eines solchen Gewalteinsatzes entscheidet. Wie Colley, Shea, Brunk und andere angemerkt haben, sinkt bei fehlender militärischer Erfahrung die Wahrscheinlichkeit dafür, dass Individuen ihre kriegs- oder gewaltbezogenen Entscheidungen auf der Grundlage konkreter Informationen treffen; stattdessen wird es wahrscheinlicher, dass sie heuristisch, aufgrund von Narrativen oder Intuitionen entscheiden.²¹⁸ Derartige Entscheidungsstrukturen bilden sich als Anlagerung verschiedenster Verständnisquellen. Zusammen mit politischen Mythen beeinflussen sie die Instinkte der Öffentlichkeit, weil sie gesamtgesellschaftlich länger nachhallen und fortwirken als individuelle Informationen und Daten.²¹⁹

Im betrachteten Zusammenhang ist die Verwendung bereinigter Sprache in einzelnen Fällen nicht schädlich; wird sie jedoch zur Gewohnheit, sind langfristige Schäden

²¹⁵ Interview mit Loyn.

²¹⁶ L. Thomassen. *Habermas: a guide for the perplexed* (London: Continuum, 2010), 11.

²¹⁷ Britisches Verteidigungsministerium, *Annual Population Survey: UK Armed Forces Veterans residing in Great Britain, 2017* (31. Januar 2019).

²¹⁸ Siehe die ausführlichere Analyse in Kapitel.

²¹⁹ Esch, „Legitimising the ‚War on terror‘: political Myth in Official-level Rhetoric“, 386.

unvermeidlich. Weder reine Intuition noch die beschriebenen Entscheidungsstrukturen können die Realität heutiger militärischer Konflikte präzise erfassen, und dies gilt umso mehr, wo detaillierte Informationen über diese Konflikte bereinigt werden, denn Intuition und Entscheidungsstrukturen sind zu ihrem Funktionieren auf historische und kulturelle Interpretationen von Gewalt angewiesen. Damit nämlich ein intuitives Erfassen der Situation seine Berechtigung hat, darf es sich nicht zu weit von der Realität entfernen, was ein wenig an die Aussage Michael Howards über die Militärwissenschaft erinnert: „Es ist die Aufgabe der [offiziellen Kommunikationsstrategie], dafür zu sorgen, dass [das öffentliche Verständnis] nicht auf völlig inakzeptable Abwege gerät“.²²⁰ Wenn in den Datenpool, aus dem die Öffentlichkeit ihre Einschätzung der Lage schöpft, nicht ein Mindestmaß an akkurater und klar verständlicher Information eingespeist wird, wird die Kluft zwischen Realität und Wahrnehmung zwangsläufig immer größer werden. Dies wiederum schwächt das Vermögen der Öffentlichkeit, sachgemäß zu urteilen und so auf eine sinnvolle Weise am Gelingen der Demokratie mitzuwirken.

Durch das beschriebene Wachsen der Kluft zwischen Realität und Wahrnehmung wächst auch die Geschwindigkeit, mit der das Gepräge militärischer Konflikte sich wandelt. Früher einmal gültige Vorstellungen davon, was Krieg heißt, bilden zwar immer noch die Grundlage intuitiver Entscheidungen, veralten jedoch immer schneller. Der Charakter des Krieges wandelt sich derart rasch, dass schon die Frage aufgekommen ist, ob nicht das Wesen von Konflikten überhaupt sich im Umbruch befinde. Insbesondere sorgt die Tatsache, dass zur Gewaltanwendung heutzutage zunehmend komplexe wissenschaftliche und technische Hilfsmittel wie Künstliche Intelligenz oder Quantenverschlüsselung herangezogen werden, dafür, dass die Einzelheiten und Implikationen eines Konflikts für viele immer schwerer verständlich werden.²²¹ Um ein Bonmot des Physiknobelpreisträgers Niels Bohr abzuwandeln: „Wenn jemand behauptet, er könne über den Krieg [bei Bohr: die Quantenphysik] nachdenken, ohne dass ihm dabei schwindlig wird, so beweist dies nur, dass er absolut nichts verstanden hat.“²²² Hinzu kommt, dass man beim Militär inzwischen schon von „hybriden Kriegen“ spricht, das heißt von militärischen Aktivitäten unterhalb der Schwelle des Krieges, die in einer „Grauzone“ stattfinden sollen; solche Ideen werden den meisten Zivilisten absolut fremd sein und unterscheiden sich deutlich von den landläufigen

²²⁰ M. Howard, „Military Science in an Age of Peace“, *Journal of the Royal United Services Institute* 119 (1974), 7.

²²¹ C. Coker, *Warrior Geeks* (Oxford: Hurst, 2019), 189.

²²² Vgl. Harald Fritzsche, *Elementarteilchen. Bausteine der Materie* (München: C. H. Beck, 2004), S. 26.

Vorstellungen von Krieg und Frieden.²²³ Im Kern der neuen Konzepte steckt das strategische Erfordernis, den Gegner im Ungewissen zu lassen und sich Ambivalenzen und Mehrdeutigkeiten zunutze zu machen. Zwangsläufig ergibt sich hieraus eine Spannung zu der Verpflichtung, die Bevölkerung über das militärische Vorgehen zu informieren. Diese Spannung wird im Moment, wie es scheint, nicht aufgelöst.

Die Verfechter einer Theorie des demokratischen Friedens haben außerdem vorgebracht, dass durch einen Mangel an echtem Verständnis des Phänomens Gewalt gesellschaftliche Beschränkungen von Krieg und Eskalation wegfielen. Margot Norris etwa argumentiert, dass durch den Wegfall echter (d. h. auf eigener Erfahrung beruhender) Vorstellungsbilder von Krieg dieser Krieg „dauerhaft akzeptabel“ werde.²²⁴ Und Mary Dudziak widmet sich insbesondere der Frage, wie Stellvertreter-Technologien das Verhältnis zum Krieg beeinflussen; sie hält fest, dass „Drohnen einen technologischen Schritt [bedeuten], der die amerikanische Öffentlichkeit noch stärker vom militärischen Geschehen abschirmt [und so] die Kontrolle ... schier endloser Kriege untergräbt“.²²⁵ Es liegt keineswegs fern, das Wort „Drohnen“ in diesem Zitat durch „bereinigte Sprache“ zu ersetzen: „Bereinigte Sprache schirmt die britische Öffentlichkeit noch stärker vom militärischen Geschehen ab und untergräbt so die Kontrolle schier endloser Kriege“.

f) Na und?

Die vorstehenden Argumente sind teils abstrakter Natur, doch schmälert das keineswegs ihre Wichtigkeit. Die Sorgen über die Qualität des demokratischen Dialogs zwischen der Regierung und der Wählerschaft sind so konkret wie berechtigt; dessen Verschlechterung droht militärische Kapazitäten zu beeinträchtigen, auf die Großbritannien noch angewiesen sein könnte, um in der geopolitischen Landschaft von morgen zurechtzukommen. Hierbei spielt die Resilienz eine entscheidende Rolle.²²⁶ Greenstock argumentiert, dass die nationale Resilienz durch eine offene Debatte über den Stellenwert harter Macht in einer immer weniger gewaltaffinen Öffentlichkeit untergraben würde, da die Öffentlichkeit insbesondere den Gewalteinsatz als Machtinstrument unterschätze.²²⁷ Aber Strachan und Harris vertreten

²²³ Interview mit Joshi.

²²⁴ Norris, „Military Censorship and the Body Count in the Persian Gulf War“, 224.

²²⁵ J. Mayer, „The Predator War“, *The New Yorker*, 26. Oktober 2009.

²²⁶ Interview mit Fox.

²²⁷ Interview mit Greenstock.

die Auffassung, dass – ganz im Gegenteil – „das Fehlen einer ‚erwachsenen‘ öffentlichen Beschäftigung mit dem Thema [Krieg und Gewalt] zu einem Mangel an nationaler Resilienz“ führe.²²⁸ Wenn die Gegner Großbritanniens dies als ein mangelndes Selbstvertrauen beim Reden über den Stellenwert von Gewalt interpretieren, so lesen sie daran vielleicht auch einen Mangel an Selbstvertrauen ab, was den Einsatz von Gewalt angeht. Unter Umständen könnte die britische Regierung durch ihr Vorgehen unbeabsichtigterweise ihre Gegner zu Angriffen ermutigen. Außerdem verliert Großbritannien international an Einfluss, wenn Partner, Verbündete sowie potenzielle Partner und Verbündete hierin einen qualitativen Verfall des demokratischen Dialogs in Großbritannien ablesen, dessen hohe Qualität bislang immer die Grundlage für die „sanfte Macht“ der britischen Demokratie in der Welt gewesen ist. Dies liegt erstens daran, dass die Partner sich womöglich anderen Polen zuwenden, die attraktivere Angebote machen, zweitens auch, weil Großbritannien selbst nicht mehr aus einer Position der moralischen Stärke heraus verhandeln – und mitunter drängen oder schmeicheln – kann.²²⁹

g) Wie geht es weiter?

Nachdem nun deutlich geworden ist, dass es in Großbritannien eine absichtliche Verwendung bereinigter Sprache durch die staatlichen Organe gibt; dass diese ein beträchtliches Potenzial für ungewollte negative Folgen birgt; und dass dies durchaus ein ernstzunehmendes Problem darstellt, wird nun zum Abschluss der Studie eine Synthese der erreichten vorläufigen Schlüsse vorgenommen. Zugleich werden mögliche Perspektiven für die weitere Forschung aufgezeigt.

Wie die vorliegende Arbeit dargelegt hat, spielt bereinigte Sprache im offiziellen britischen Kriegsnarrativ eine zentrale Rolle. Ausweislich der untersuchten Belege wird bei ihrer Verwendung selektiv vorgegangen, wobei sich aber dennoch ein Muster beobachten lässt, das bis zu einem gewissen Grad erklärt und gerechtfertigt wird. Bedauerlicherweise kann auf der Grundlage der hier vorgenommenen Untersuchung noch nicht zweifelsfrei gesagt werden, ob die bereinigte Sprache, wie eingangs vermutet, in den Werkzeugkasten der Stellvertreterschaft gehört oder nicht; auch die Werkzeuge der Stellvertreterschaft brechen ja die gesellschaftlich-politische Verbindung zwischen der Regierung und dem

²²⁸ Strachan und Harris. *The Utility of Military Force in Understanding Today's Britain*, 24.

²²⁹ Interview mit Stewart.

Wahlvolk auf. Und während viele Einzelpersonen und Institutionen durch ihre wertvollen Auskünfte diese Studie bereichert haben, war es einigen wichtigen Stellen – beispielsweise der Pressestelle der britischen Regierung – wohl aufgrund zurzeit hoher Auslastung nicht möglich, sich zu äußern. Auch um solche Lücken auszufüllen, ist weitere Forschung nötig: zunächst eine repräsentative Erhebung über das Kriegsverständnis der britischen Öffentlichkeit, die auch auf den dazugehörigen Sprachgebrauch und die entsprechenden Bilder eingeht. Wünschenswert erscheint hier das Ausforschen von „Bedeutungsclustern“, die sich um einzelne häufig gebrauchte Termini des Diskursfeldes „Krieg“ angelagert haben. Unterstützend könnten dann Belege für das Interesse der Öffentlichkeit an – und ihre Toleranz für – auswärtige Gewaltanwendung ihres Staates Großbritannien hinzutreten. Nach dem Vorbild der französischen Regierung könnte die britische Regierung etwa die öffentliche Akzeptanz hoher Kriegsofferzahlen durch die Befragung von Fokusgruppen erheben, die mit dem britisch-französischen Großmanöver „Exercise Orion“ oder einem hypothetischen Krieg mit Russland konfrontiert werden könnten.²³⁰ Zweitens mangelt es aber auch an detaillierterer Primärforschung unter Einbeziehung der wichtigsten Behörden, Abteilungen und Einzelpersonen des britischen Staatswesens: Wenn deren Sicht und Beitrag nämlich fehlte, würde die Studie sich dem Vorwurf aussetzen, eine wesentliche Perspektive vernachlässigt zu haben.

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass Argumente zur Verteidigung der bereinigten Sprache in aller Regel pragmatischer Natur sind, während Argumente „im Sinne der Anklage“ von moralischen oder philosophischen Überlegungen ihren Ausgang nehmen (bevor sie gleichfalls im Pragmatischen enden). Dies macht die Beurteilung des Sachverhalts natürlich nicht einfacher, da Pragmatismus und Philosophie gegeneinander abgewägt sein wollen. Die angesprochenen Probleme bedeuten jedoch nicht, dass eine derartige Untersuchung noch keine (vorläufigen) Ergebnisse liefern und mögliche weitere Problemfelder aufzeigen könnte. Das ist ja immerhin der Grund, aus dem die *kritische* Diskursanalyse als Methode für die vorliegende Studie gewählt wurde. Die vorliegende Arbeit ist, wie oben erwähnt, nicht aus dem Geist einer rigorosen Revolution, sondern aus dem eines produktiven Ikonoklasmus heraus geschrieben.

Die Arbeit hat dargelegt, dass bereinigte Sprache überall dort in Erscheinung tritt, wo auch die Kennzeichen der stellvertretenden Kriegführung zu beobachten sind. Der Einsatz

²³⁰ Coker, persönliche Mitteilung.

jener anderen Instrumente der Stellvertreterschaft – von Drohnen, Spezialkräften und Stellvertreter-Truppen nämlich – ist gleichfalls wohlüberlegt. Alles in allem erscheint diese Korrelation signifikant; auch sie sollte noch eingehender untersucht werden. Allerdings dürften – obwohl ein solches Vorgehen ihre gesellschaftlich-politische Einbindung lockern und damit die relative Macht Regierung gegenüber der Öffentlichkeit (dem Wahlvolk) stärken würde – dieselbe Regierung eher nicht darauf aus sein, diese Beziehung bzw. Einbindung zu lockern, da sie (theoretisch zumindest) darauf angewiesen sind, wollen sie wiedergewählt oder auch nur unterstützt werden.

Zwar mag es gegenwärtig keine gezielten Bemühungen geben, die Beziehung zwischen Regierung und Zivilgesellschaft zu kappen oder zu schwächen; und kurzfristig mögen vom Einsatz stellvertretender Elemente sogar Vorteile zu erwarten sein. Doch legt der hier vorgestellte Befund nahe, dass langfristig mit negativen Konsequenzen zu rechnen ist, sollte die Epoche der Stellvertreterschaft nicht Episode bleiben. Diese negativen Auswirkungen haben das Potenzial, die Qualität der britischen Demokratie zu schädigen und die Handlungsfreiheit der Staatsorgane zu beschneiden. Wenn von Regierungsseite das offene Gespräch über den Wert „harter“ Macht vermieden wird, so läuft man Gefahr, dass die Öffentlichkeit diesen Wert gar nicht mehr wahrnehmen kann, was über kurz oder lang den ersichtlichen Vorteil der britischen Demokratie – ihre „sanfte“ Macht – aushöhlen wird. Jedes weitere Erstarken dieser negativen Auswirkungen muss unbedingt verhindert werden. Ein zu erwartender Einwand von Regierungs- und Behördenseite wäre wohl, dass es naiv sei, zu den vielen hier vorgestellten Schlüssen zu gelangen, ohne dabei sämtliche Details des staatlichen Handelns überblickt zu haben. Jedoch könnte – bei Inkaufnahme offenbar nur geringer politischer Kosten – der Staat eine sehr viel deutlichere Kommunikationsstrategie zum Thema „Gewalt“ verfolgen. Und auch wenn Emile Simpson womöglich übertreibt, wenn er meint, es gebe „keinen Anreiz [unklare Sprache] zu verwenden“, macht er doch immerhin darauf aufmerksam, dass eine ungute Schieflage besteht.²³¹ Wenn diese Schieflage gebührend thematisiert würde, könnte sich hieraus durchaus eine effektivere Verdeutlichung des Wertes harter Macht ergeben – und damit auch eine gesteigerte Akzeptanz in der Öffentlichkeit für die staatliche Androhung oder Anwendung von Gewalt als Instrument der Politik.

²³¹ E. Simpson, Interview mit dem Verfasser, 7. April 2021.